

In Dankbarkeit, nicht in einer Diktatur gelebt haben zu müssen, mit Hochachtung für alle, die in ihr anständig geblieben sind oder ihr sogar widerstanden haben, widme ich diese Arbeit Cordula Müller-Hörseljau, meiner Medizin gegen die Beklemmung, die bei der Lektüre mancher der Geschehnisse aufkommt.

	INHALT
Geleitwort	2
1. Leben an und mit der Grenze	3
2. Ein Gespräch mit Hilde und Erich Höhne in Stapelburg	3
3. Die Zeit von 1945–1952 im Überblick	10
Die Bauern – Opfer des Kollektivierungswahns	14
Leben im Sperrgebiet	18
4. Flucht und Fluchtversuche von Ost nach West	20
5. Wie lebten die Grenztruppen?	23
6. Leben und Atmosphäre in den Grenzorten	26
7. „Republikverrat“ und „Rückkehrer“ – Von Ost nach West und retour.	
Lebenswege zwischen den Blöcken	41
Der Fall der Hildegard Kruse	53
8. Ein Blick zurück	92
Dokumente	94
Ungedruckte Quellen	131
Literatur	132

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung von Frau Jutta Scharenberg, Archivarin im Kreisarchiv Wernigerode, der Mitarbeiter der Zentralstelle Berlin und der Außenstelle Magdeburg der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sowie des Dokumentationszentrums am Moritzplatz Magdeburg des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e. V.

Hinweis: Die *kursiv* dargestellten Textstellen sind Abschriften. Sie wurden in alter Rechtschreibung belassen. Sofern sie aus Unterlagen des MfS und anderer DDR-Behörden stammen, wurden orthografische und grammatikische Fehler nicht korrigiert.

Ab 1945 wurde die Grenze zwischen der sowjetisch besetzten Zone, der späteren DDR, und dem übrigen Teil Deutschlands bis 1989 stetig dichter. Viele trugen auf der ostdeutschen Seite dazu bei, dass Familien so für lange Zeit getrennt wurden.

Menschen kamen bei dem Versuch, die Grenze zu überwinden, durch die Schüsse von Grenzsoldaten ums Leben. Andere wurden Opfer der Minen und Selbstschussanlagen. Wieder andere wurden schon auf dem Weg zur Grenze durch die verschiedenen Abteilungen der Polizei (z. B. die Transportpolizei, die Schutzpolizei, die freiwilligen Helfer, die Abschnittsbevollmächtigten) und die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit – oder durch die Hinweise von Spitzeln verhaftet und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, welche sie in den allermeisten Fällen in einer ungewohnten Nähe zu Schwerverbrechern in Halle, Brandenburg, Bautzen, Cottbus oder Hoheneck verbringen mussten. Denen konnten sie nicht entkommen.

Der Staat DDR mit seinen zahlreichen Mitarbeitern, z. B. im Bereich Pass- und Meldewesen und Abt. Inneres hinderte nicht nur Menschen am Verlassen des Landes, sondern er trennte Familien und verhinderte Freundschaften durch eine restriktive Reise- und Bevormundungspolitik. Schlimmer als ein autoritärer Vater schrieb er „seinen“ Bürgerinnen und Bürgern vor, mit wem sie Kontakt haben und in wen sie sich verlieben durften.

Die Tatsache, dass Menschen ihr Leben aufs Spiel setzten, um die Sowjetisch besetzte Zone nach 1945 und später die DDR zu verlassen, wirft ein bezeichnendes Licht auf dieses Land. Diese Grenze auf die geschehene Art zu sichern war und ist durch nichts zu rechtfertigen. Das Grenzregime in seinen vielfältigen Ausprägungen war keine Folge des sogenannten Kalten Krieges. Es war letztendlich der gekränkten Eitelkeit einer Führungselite geschuldet, die nicht ertragen konnte, dass es Menschen gab, die mit ihr nichts zu tun haben wollten. Jeder der daran Beteiligten – vom einfachen Sachbearbeiter bis zum politischen Funktionär – muss sich nach seiner Mitverantwortung fragen lassen.

Nicht wenige haben das Eingesperrtsein hinter sichtbaren und unsichtbaren Mauern nicht ertragen können. Viele sind psychisch krank geworden, andere haben ihrem Leben ein Ende gesetzt. Sie bleiben namenlos. Ihre Anzahl und ihre Geschichte ist noch weitgehend unbekannt.

Die Broschüre erinnert an das Leben im Grenzgebiet bei Wernigerode an Hand ausgewählter Aspekte. Sie beschreibt die Absicherung aus dem Blickwinkel einzelner Personen. Im Mittelpunkt steht das Schicksal einer Frau, deren gesamtes Leben durch die innerdeutsche Grenze geprägt wurde. Im Titel werden ihre Worte zitiert. Ihr und den anderen Zeitzeugen sei gedankt, dass sie sich dem Autor für Gespräche zur Verfügung gestellt haben. Auf diese Weise konnten den in Archiven aufgefundenen Dokumenten lebendige Erinnerungen zur Seite gestellt werden. Herr Brinkmann hat sich mit sehr viel Engagement auf die Suche nach den Geschichten gemacht und damit einen wertvollen Beitrag zur regionalen Geschichtsschreibung geleistet.

Edda Ahrberg

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

---

## 1. Leben an und mit der Grenze

*Einst war Europa in zwei Teile zerschnitten. Die zwei Teile nannte man West und Ost. Die Trennung selbst trug den Namen „Yalta“; und um allen zu zeigen, was man wirklich wollte, baute man die Berliner Mauer.<sup>1</sup>* In den Grenzkreisen der DDR waren die Konsequenzen der Konferenz von Yalta vielleicht am deutlichsten sichtbar. In dem ersten Jahr nach Ende des Krieges wurde die Grenze noch oft gequert; in zunehmenden Maße senkte die Regierung jedoch eine Dunstglocke aus Kontrolle und Überwachung über die Menschen. In späteren Jahren des Nachts taghell erleuchtet, bekamen nur die Menschen die Grenze zu sehen, die im „500 m-Schutzstreifen“ wohnten, und das Geräusch der Hunde an ihren Laufketten hatten sie im Ohr. Viele flohen, und immer konnten einige nicht mit oder wollten es nicht. Einige wenige der Flüchtlinge hielten die Trennung von ihren Angehörigen und der vertrauten Heimat nicht aus. In ihr Zuhause ließ die Staatsmacht sie aber nicht mehr, die Landstriche an der Grenze sollten zur Festung werden, und Menschen, welche die Regierung „Ungeziefer“<sup>2</sup> nannte, wurden frühmorgens von hier abtransportiert und ins Hinterland verbracht.

Wie die Menschen an und mit der Grenze lebten, soll hier, anhand von Beispielen, vorwiegend aus dem Kreis Wernigerode und für den Zeitraum vom Ende des Krieges bis in die 60er Jahre hinein, berichtet werden. Die Darstellung schöpft aus Akten und Gesprächen. Anfang und Ende des Berichteten berührt Erlebtes, das nicht erzählt wird.

## 2. Ein Gespräch mit Hilde und Erich Höhne in Stapelburg<sup>3</sup>

Herr Höhne war zur Zeit der Nazi Herrschaft in Wernigerode Stadtinspektor und von 1939–1945 im Krieg. Mit dem Ende des Dritten Reichs verlor er seine Stelle als Stadtinspektor. So brauchte das Ehepaar Höhne dringend eine berufliche Alternative. Die Eltern hatten eine Gastwirtschaft in Stapelburg, sie waren aber alt und konnten die Gaststätte nicht mehr alleine führen. So bot es sich an, dort mit einzusteigen.

---

1 Timothy Garton Ash, In Europe's Name Germany and the divided Continent, New York, 1993, im Original: *Once, Europe was cut in two. The two parts were called West and East. The division itself was often labelled "Yalta". It was set in concrete in the Berlin Wall.* (S. 1).

2 Die Zwangsaussiedlungen des Jahres 1952 trugen den Decknamen „Aktion Ungeziefer“. Siehe: Inge Bennewitz, Rainer Potratz, Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, Berlin 1994, 1. Auflage, S. 13–85

3 Am 17. Juni 1997 in Stapelburg. Aufzeichnung mit DAT-Recorder. Im Besitz des Autors.

---

---

In der ersten Nachkriegszeit waren die Deutschen täglich zu Tausenden auf „Hamsterfahrt“ unterwegs; so auch zwischen Ost und West hin und her, aus Chemnitz und Leipzig mit Strümpfen hinauf bis an die Nordsee nach Bremen und mit Torpedooöl für Bratkartoffeln, Maisbrot und Heringen wieder zurück. An den Grenzen zwischen den drei westlichen und der sowjetischen Zone hatten die Züge oft stundenlang Aufenthalt. So war es auch in Stapelburg. Manche der wartenden Menschen kamen in die Gaststätte „Zabel“; sie entwickelte sich zu einem „Bombengeschäft“, erinnerte Herr Höhne. Natürlich musste auch er schauen, wo er die Lebensmittel her bekam, um seine Gäste zu verköstigen, und so erwarb er sich ein Wissen, wo der unbemerkte Grenzübergang am ehesten möglich war. In den ersten Nachkriegsjahren waren Gaststätten in Grenznähe oft letzter Stützpunkt der Flüchtenden, deshalb gerieten sie ins Visier der Staatssicherheit.

In Stapelburg hatte es bis zum Ende des Krieges zwei große Gasthäuser gegeben, den „Weißen Hirsch“ und die Gaststätte „Zabel“. In den „Weißen Hirsch“ zog die sowjetische Kommandantur ein. Auf Anweisung der Sowjets mussten Höhnes jede Woche eine Tanzveranstaltung machen. Der Dorfklingler ging mit der Nachricht durch den Ort, alle jungen Frauen hatten zu erscheinen. Soldaten und Offiziere tanzten mit ihnen, die Zeit der Massenvergewaltigungen lag nur wenige Wochen zurück. An einem Abend tauchte die männliche Dorfjugend Stapelburgs auf dem Fest auf, und es kam um die Mädchen zur Schlägerei. Die Offiziere schossen durch die Saaldecke und sperrten ihre Soldaten in den Schweinestall. Aber am nächsten Tag wurden die Deutschen verhört. Die Angst ging um, sie kämen nach Sibirien.

In solchen Konflikten konnten Höhnes schnell zwischen die Fronten von Besatzern und Deutschen geraten, denn sie mussten den Sowjets zu Willen sein, sonst wäre ihre Gaststätte geschlossen worden. Einen Angriffspunkt boten sie durch ihre „Grenzgängerei“.

Und dann erschien eines Tages bei Herrn Höhne die Staatssicherheit. Sie führten ihn in der Gaststätte in einen abgedunkelten Raum und nötigten ihn eine Erklärung zu unterschreiben, in der es hieß, dass er über die Unterredung Stillschweigen, auch gegenüber der Ehefrau und Familie wahren solle. Wenn er das Versprechen breche, dann sollten ihn „die Gesetze der Sowjetunion treffen.“ Für seine Tätigkeit wird er den Decknamen „Humanist“ tragen. Die Treffen mit der Staatssicherheit fanden fortan im Geheimen statt, und Herr Höhne versuchte sich den Abhörgesprächen zu entziehen; ließen sie sich gar nicht mehr umgehen, berichtete er nur das über seine Mitbürger, was ohnehin jeder über sie wusste; zum

---

Beispiel wer Besuch oder Post aus dem Westen bekommen hatte. *Ich wollte nicht musen*, sagte Herr Höhne. „Musen“ bedeutet mundartlich, sich für Dinge zu interessieren, die einen nichts angehen. Einmal überraschte sie bei einem solchen Treffen seine Frau. Der Vertreter der Stasi ist „Tuckelhahne“, ein Klassenkamerad von Frau Höhne, und sie fährt ihn an: *Hau bloß ab! Was du auf dem Kerbholz hast! Warst auch Hitlerjunge! ... Und jetzt machst du solche Touren? ... Solltest dich was schämen! Da blieb er weg, kam auch nicht wieder.* Herr Höhne ist seiner Frau, die *sich durchgesetzt hat*, wie er stolz und lachend erzählte, noch nach Jahrzehnten tief dankbar. Sie hat ihn befreit aus der Umarmung der Stasi – so hoffte er. Der Friede währt nicht lange. Immer wieder holte ihn die Staatsicherheit zu Verhören nach Wernigerode. Er sollte aussagen über die Grenzgänger, und ihm wurde vorgeworfen anderen zur Flucht verhelfen zu haben.

Eines Tages fährt ein dunkler BMW auf dem Hof der Gaststätte Zabel vor. *Sind Sie Erich Höhne?* Er muss einsteigen. Die Fahrt geht nach Ilsenburg, auf dem Kohlweg in den Wald. Die Offiziere sind vom sowjetischen Geheimdienst, dem NKWD. Auf einem Feldweg wird gestoppt. Er muss sich auf den Boden setzen, auf beiden Seiten ein Offizier. Einer von ihnen legt seine Pistole neben sich. Sie wissen alles über ihn. Auf dem Russlandfeldzug hatten die Nazis ihn gemeinsam mit vielen anderen deutschen Verwaltungsfachleuten abkommandiert. Auf der Omsburg in Crössensee sollte er in einem Lehrgang als Zivilverwalter in Russland für die Zeit nach einem deutschen Sieg ausgebildet werden. Mit dieser Karriere wäre Herr Höhne, nach einem Sieg Hitlerdeutschlands, zu einem Rädchen in der Maschinerie des „Lebensraums im Osten“ geworden. Ein Prozess mit der Anklage, Erich Höhne<sup>4</sup> sei nach einem deutschen Sieg zu einem der Blutsauger des sowjetischen Volkes geworden, hätte ihm tödliche Lagerhaft einhandeln können. Die Offiziere bieten ihm einen Ausweg an. Über seine Vergangenheit werden sie Stillschweigen wahren, wenn er für sie im Gegenzug als Spion im Westen arbeitet. In Harzburg soll er, so der erste Auftrag, die Camps der Engländer auskundschaften. Herr Höhne wehrt sich in höchster Angst. *Das wäre mein Tod gewesen. Ich war nicht geeignet als Spion.* Die Offiziere lassen ihn schließlich liegen, und er geht zu Fuß nach Hause.

Kurz nach diesem Ereignis wurden im Juni 1952 in Stapelburg insgesamt drei Familien ausgesiedelt. Die Höhnes gehörten dazu. *Das war vielleicht mein Glück. Denn kaum war ich weg, kamen die Offiziere wieder und suchten mich.*

---

<sup>4</sup> Mit der Schlacht um Stalingrad wurde die Ausbildung abgebrochen. Herr Höhne wurde an die Front zurück beordert und entkam nur knapp dem Inferno.

Im Eingang des Gesprächs schilderte er die für ihn aus der Rückschau wichtigste Frage: *Wir haben natürlich geforscht, wer sitzt dahinter, wer hat uns ausgesucht, wer hat uns auf die Liste gesetzt? Und die Leute, die wußten alle nichts, angeblich.* Auf die Rückfrage, wen er mit „die Leute“ meine, sagte er: *Die bei der SED, die in Parteikreisen waren.* Die Entscheidung sie auf die Liste zu setzen, müsse aber doch über die SED gegangen sein, vermutete Herr Höhne und erzählte, dass die Familie gegenüber, mit einer Funktionärin, Wally Siebert, zusammengewohnt habe. *Und die sagte des Abends zu ihren Nachbarn: Ihr werdet morgen ausgesiedelt. ... Und diese Familie ist die Nacht noch hier über die Ecker. ... Die hat es gewußt, die Frau Sieber. Also muß es doch über die Partei gekommen sein? Die anderen führenden Parteileute konnte ich nicht befragen, die sind alle schon verstorben.* Vermutlich meinte Herr Höhne Gespräche nach der Wende 1989.

Die SED hatte in ihrem Befehl zu dieser auf Anraten der Sowjets durchgeführten Aktion in erster Linie solche Menschen zur Zwangsaussiedlung vorgeschlagen, die *Mörder, Räuber, Asoziale, Prostituierte, Ausländer oder Staatenlose* waren.<sup>5</sup> In den staatlichen Akten findet sich aber unter den Ausgesiedelten kein Mörder, Dieb oder Prostituierte.<sup>6</sup> Im Nachhinein wurde die Maßnahme verleugnet, es habe nie eine „Massenaussiedlung“ gegeben. Das war sogar richtig, denn es waren „nur“ 0,7 Prozent der Grenzbevölkerung ausgesiedelt worden. Es hätte aber nahezu jeden treffen können. Vorgesehen zur Aussiedlung waren Personen, die *wegen ihrer Stellung in und zu der Gesellschaft eine Gefährdung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung darstellen.*<sup>7</sup> – *Das Unrecht diente der Festigung der Macht und der Einschüchterung der Bürger,* sagt Werner Haberland, der in Ilsenburg die Zwangsaussiedlungen erlebte.<sup>8</sup> Diese Beurteilung deckt sich mit den Beobachtungen der Staatssicherheit. Das MfS interessierte sich für die Wirkungen ihrer Aktion bei der verschont gebliebenen Bevölkerung und glaubte festgestellt zu haben, dass *vielfach ... von den Bürgern bei ihren Meinungsäußerungen eine gewisse Vorsicht [an den Tag gelegt werde], da sie der Auffassung seien, daß sie bei evtl. negativen Äußerungen [selbst] mit einem Umzug zu rechnen haben.*<sup>9</sup>

5 Bennewitz und Potratz, S. 38

6 ibd., S. 44

7 Deutsche Demokratische Republik, Ministerium des Innern, Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei, Befehl Nr. 112/52 vom 1. August 1952 (BStU, ZA, MfS, BdL Dok. Nr. 15713, Bl. 1). Diese Passage ist identisch mit dem Befehl 38/52 vom 26. Mai 1952, den er ersetzte. Siehe: Bennewitz und Potratz, S. 231

8 Leserbrief in der Wernigeröder Zeitung, 9./10. März 1991

9 Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, Operativstab, 29.11.61 (BStU, ZA, MfS, Allg. S 204/62, Band 13, Bl. 15)

In Stapelburg sollte, wie Herr Höhne erinnert, in „drei Schüben“ ausgesiedelt werden. Die ersten, die ihr Häuschen an der Ecker hatten, wurden vor Pfingsten ausgesiedelt. *Na, ham wer gedacht, die ham immer nach Westen geguckt, die werden jetzt da weg gemacht, und acht Tage später wir.*<sup>10</sup> ... *Ein dritter Schub war auch schon vorgesehen, unter anderem auch Leute wie unser Pfarrer, Dr. Grosse, sollten auch mit drankommen. Der Eisenbahnzug stand schon in Wasserleben bereit, wurde dann aber abgesagt, weil es da zu Schwierigkeiten und Einsprüchen gekommen war.*<sup>11</sup> Die westdeutschen Zeitungen berichteten wochenlang, das westdeutsche Fernsehen befragte Augenzeugen, der deutsche Bundestag führte eine große Debatte und legte nachher eine Dokumentation vor.<sup>12</sup> Eine dritte Aussiedlungswelle, bei welcher unter anderem die Lerchenfeldsiedlung in Stapelburg komplett geräumt werden sollte, kam wegen des massiven öffentlichen Protests aus dem Westen und der Tatsache, dass in Wernigerode nicht genug Wohnraum für die kinderreichen Familien zur Verfügung stand, nicht mehr zustande.<sup>13</sup> In der Öffentlichkeit schwiegen die Bischöfe der evangelischen und katholischen Kirche der DDR, protestierten aber schriftlich, und Pfarrer ließen in den Gottesdiensten für die Ausgesiedelten beten.<sup>14</sup>

Pastoren waren daher selbst gefährdet, wie ein Beispiel aus der Gemeinde Wanzer im Kreis Seehausen aus dem Jahr 1961 zeigt: *Der ... erhielt am 17. 9. 1961 durch den Pfarrer ... des Ortes den Hinweis, seine Sachen zu packen, da er in den nächsten Tagen ausgesiedelt wird. ... packte seine Sachen und erkundigte sich einen Tag später beim Bürgermeister, wie das mit der Aussiedlung sei. Der Pfarrer ... ist in der Vergangenheit operativ angefallen und war ursprünglich mit zum Wohnungswechsel vorgesehen. Er hat in der Gemeinde einen großen Einfluß unter der Bevölkerung. Um operativ gegen den Pfarrer vorgehen zu können, wurde der Wohnungswechsel des ... nicht vorgenommen, er wurde vernommen und stellte sich gegen den Pfarrer. Über den Staatsapparat wird mit der Kirchenleitung die Versetzung des Pfarrers erwirkt und damit sein Einfluß in der Gemeinde gebrochen.* Die Staatssicherheit suchte in diesem

10 Tonbandprotokoll. Dies äußert Frau Höhne zu einem späteren Zeitpunkt im Gespräch. Zuerst schildern sie, was ihnen selbst widerfahren ist.

11 Tonbandprotokoll, Gespräch mit dem Ehepaar Höhne am 17. Juni 1997 in Stapelburg. Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Äußerungen von Herrn Höhne. Seine Frau hielt sich im Hintergrund zurück, brachte aber sehr gezielt und präzise Einwürfe.

12 Bennewitz und Potratz, S. 83–85

13 Tonbandprotokoll, Erich Höhne

14 Bennewitz und Potratz, S. 65–70

konkreten Fall den Kontakt mit denjenigen, den der Pfarrer gewarnt hatte, und stellte fest, dass er Eignung besäße zur IM-Tätigkeit.<sup>15</sup>

Am 1. Juni 1952 kamen vierzig, fünfzig Soldaten in blauer Uniform nach Stapelburg. Mit dem ABV (Abschnittsbevollmächtigten) tranken sie in der Gaststätte Zabel ihr Bier. *Keine Ahnung, nischt.* Höhnes hatten eingekauft, Pfingsten wollten sie ein großes Tanzfest veranstalten. Am Abend gingen sie spät ins Bett und am andern Morgen, gegen halb sechs, Frau Höhne war schon auf und machte sauber, kamen zweie an sein Bett. *So, Sie werden ausgesiedelt. Das war alles.* Auf den Hof fuhr auch schon ein Lkw, der musste genügen zum Aufladen der Habseligkeiten der Höhnes. Der Fahrer, der für die Aktion abgeordnet worden war, *hat aber gleich gesagt, das gucke ich mir nicht mit an*, drehte sich um und ging. Höhnes wurden mit Hunden bewacht, unbekannte Männer luden ihre Sachen auf. In zwei Stunden sollte der Ort verlassen sein. Das war die vorgegebene Norm, *ham se aber nicht ganz geschafft.* Seine Stiefeltern Zabel, von denen sie die Gaststätte gepachtet hatten, um sie nicht zu verlieren, blieben in Stapelburg zurück. Die Genossen nötigten ihn ein Schriftstück zu unterschreiben, in welchem er der „Übergabe“ an einen Herrn Hoppe aus Wernigerode zustimmt. Als sein über achtzigjähriger Stiefvater das mitbekommt, will er mit einem Beil auf den Hoppe losgehen. Die Polizisten schützten den Hoppe nur widerwillig. Später ist es ihm, der angeblich in Königsberg ein Hotel verloren hatte und sich als Bauchhändler durchgeschlagen hatte, in Ilsenburg gelungen, das Hotel Ilsetal der Familie U. zu ergattern. Mit 24.000 Mark Warenschulden floh er schließlich in den Westen. *Kann ich nich vergessen*, sagte Herr Höhne. Auf dem Bahnhof in Wernigerode treffen sie viele Bekannte, aus dem Oberharz, aus Elend und Schierke. So den Inhaber des Café W. in Schierke, *beiderseitig ober-schenkelamputiert. Seine Frau war im Krankenhaus. Dem ham sie nach-gesagt, er hätte wertvolle Bilder gehabt.* G.s aus Mandelholz werden auch ausgesiedelt. *Der hat sich einen berühmten Rechtsanwalt aus Leipzig genommen, dem ist es später gelungen nachzuweisen, daß sein Haus außerhalb der 5000 m Zone lag. Der war in zwei Monaten wieder da.*

An den Bahnsteig in Wernigerode kamen Frau Höhnes Eltern, abends um halb neun, um sich von ihnen zu verabschieden.<sup>16</sup> Kläffende Hunde an der Leine, die Polizisten umkreisten die Waggonen, in die man sie verfrachtet hat und beschimpften sie: *Ungeziefer, Schieber, Asoziale!* Einige der Nachbarn hatten beim Abtransport hinter den Gardinen gestanden, zu

15 Bezirksverwaltung Magdeburg – Einsatzstab –, Magdeburg, den 4.10.1961 Sa/Er, Abschlußbericht zur Aktion „Festigung“ (BStU, ZA, MfS, Allg. S 75/65, Bl. 209)

16 Selbst diese Kleinigkeit, die Zeitangabe, stimmt. Siehe: Bennewitz und Potratz, S. 57

protestieren wagte keiner. Herr Höhne verteidigte sie: *Um Gottes Willen, die wären doch auch alle weg gekommen! ... Dreierlei Polizisten gab es hier, Hinterlandsicherung, Ortspolizei, Stasi, und dann diese Geheimen. ... In jedem Hause hier war das praktisch beaufsichtigt.*

Im brandenburgischen Jessen kamen sie mitten in der Nacht an. Zuerst verdächtigten die Jessener sie, „Arbeitsscheue“ und „Asoziale“ zu sein. Aber die Tochter geht in die Schule, Frau Höhne hilft in der Landwirtschaft mit, denn als ehemalige Gastwirte erhalten sie die niedrigste Lebensmittelration auf Karten. So muss Frau Höhne schauen, schwarz etwas für die Familie hinzu zu bekommen. Nach einiger Zeit bessert sich das Verhältnis zu den neuen Nachbarn. Frau Höhne: *Da hieß es, ihr seid ja gar nicht so. Wir haben es so schön gehabt!* Herr Höhne: *Als wir abreisten, flossen Tränen!* Frau Höhne: *Der Kontakt besteht heute noch!*

Gerda B., aus Schierke nach Klödern ausgesiedelt, schrieb am 30. Juli 1952 an den Landrat des Kreises Wernigerode: *Hier in der Gemeinde Klödern, sowie der ganze Kreis Herzberg, werden die Umsiedler als Verbrecher angesehen, auch darüber hätte ich gern mal eine Auskunft. Was haben wir eigentlich verbrochen? ... Jeder Mensch, der etwas verbrochen hat, kann sich verteidigen und wird erst dann verurteilt, aber was hat man mit uns gemacht? Man hat uns ohne Grundangabe aus unserer Wohnung und Existenz rausgerissen, man fragt auch nicht danach, wie wir untergekommen sind und wie wir unseren Lebensunterhalt bestreiten sollen.* Das Antwortschreiben vom 5. August wirft ihr „Grenzschiebereien“ vor. Wegen des Ausdrucks „Verbrecher“ wird ihr eine Rücksprache mit dem Landrat versprochen.<sup>17</sup>

In Schliem wurde Herr Höhne zum Traktoristen ausgebildet. Auf der MTS [Maschinen-Traktoren-Station] hat Herr Höhne schnell Fuß gefasst. Dort konnte keiner Schreibmaschine. Obwohl er als ehemaliger Bediensteter des Nazireichs „etwas vorbelastet“ war, wie er sagte, *bin ich dolle rausgekommen. ... Ich habe immer gesagt, ich bin hier in der Löwenhöhle! Alles nur dicke Parteileute.* Er arbeitete in der Abteilung „Statistik und Planung“. 1954, nach dem Tod Stalins und dem 17. Juni 53, gelang ihnen die Rückkehr nach Stapelburg. Denn beim 17. Juni hat er auf der MTS dafür gesorgt, *daß nicht alles zerschlagen wurde. Das brauchen wir alles noch! Ist nix passiert auf der MTS. Hat man mir hoch angerechnet. Durfte ich wieder zurück. Alles auf nen Lkw, kam ich hier wieder an.*

17 Kreisarchiv Wernigerode, Rat des Kreises Wernigerode, Abt. Inneres, Aussiedlungen 1952, Signatur Nr. 198, unpaginierter Bestand

---

Das Haus der Höhnes lag so dicht an der Grenze, dass sie die Hunde an ihren Ketten hörten.

*Einen haben sie hier erschossen, einen Einwohner von uns, einen Polizisten [August Kratzi] ... Im Kornfeld haben sie ihn erschossen, an seinem Hause. Von hinten. Der kam gar nicht von drüben. Der war auf dem Acker. Den haben sie liegen lassen auf dem Acker, verbluten lassen durch Bauchschuß. Der konnte noch gerettet werden.*

Herr B., ein Karikaturmaler, den Herr Höhne von der Schule her kannte, hatte seine Frau schon nach drüben gebracht, und sie wartete im Eckertal. Herr B. hat sich dann bei Höhnes noch aufgehalten und wollte „schwarz über die Grenze.“ *Is nich angekommen in Eckertal. Nie wieder gefunden. ... Auch nicht ausgepflügt. Was habe ich geforscht in Krankenhäusern? Die Frau traute sich ja nicht mehr rüber. Ham se beige buddelt. ... Wie viele Arme ham sie ausgebuddelt im Obermeitzental, Eckertal? Das warn die Russen, das warn nich die Deutschen.* Aber August Kratzi war von Deutschen erschossen worden.

*Wie viele Leute sind hier weg aus dem Dorf? Die haben sich abends hier Mut angetrunken in der Gaststätte: Wir gehen rüber! – Sechs, acht Bengels, die haben sich drüben alle wunderbar entwickelt. Nicht einer sei im Rotlichtmilieu untergegangen. Da ging die Kontrolle los in der Post, wenn so ein Brief kam von drüben, der wurde sofort geöffnet und mußte sofort der Stasi gemeldet werden. Oder es kam ein Brief, fühlten die, ob da vielleicht Geld drin war, mußte die Postfrau sofort öffnen, die Stasi kam da. Ist nie angekommen, das Geld da, bei den Leuten. – Ham die Leute gewartet, auf ein Zeichen von die Jungen. Wußten ja nich, is er drüben angekommen, is er erschossen? Aber der Brief ist ja nie angekommen.*

### 3. Die Zeit von 1945–1952 im Überblick

Von 1945–1947 kontrollierten „die Russen“ die Grenze. Die sowjetischen Soldaten erschossen, vergewaltigten oder verhafteten die Grenzgänger nach Willkür. Von 1947–1952 übernahmen die deutschen Grenzer die Bewachung der Demarkationslinie. Das illegale Überschreiten der Demarkationslinie ist verboten – rechtliche Grundlagen für die Bestrafung existieren zunächst nicht und werden ab Herbst 1949 in Form geheimer Befehle der Sowjets erlassen. Das Justizministerium der DDR stellt ab 1949 formal nicht den Grenzübertritt unter Strafe, sondern den (illegalen) Besitz von Westmark und Westgütern als Verstoß gegen wirtschafts- und zollrechtliche Verordnungen.<sup>18</sup>

---

18 Bennewitz und Potratz, S. 18 f.

---

Westdeutschland geht ab 1948 unter der Führung Konrad Adenauers den Weg der Integration in das entstehende westeuropäische und transatlantische militärisch, wirtschaftliche Bündnis. Am 10. März 1952 lockte Stalin die drei Westalliierten mit dem Angebot der deutschen Wiedervereinigung. Am 26. Mai unterzeichnen Frankreich, Großbritannien und die USA mit der Bundesrepublik Deutschland die „Bonner Konvention“. Westdeutschland soll schrittweise seine Souveränität wiedererlangen, im Gegenzug hierfür bindet sich Westdeutschland, wie ein Fötus an die Mutter, an das westeuropäisch-amerikanische Militärbündnis.<sup>19</sup>

Ende März 1952 – nach der Ablehnung der Stalin-Noten zur Deutschlandpolitik durch Frankreich, Großbritannien und die USA – waren Pieck, Grotewohl und Ulbricht in Moskau zum Rapport. Stalin „regte an“, so notierte sich Wilhelm Pieck, die Kasernierte Volkspolizei auszubauen, es sollten „Maßnahmen“ an der Demarkationslinie ergriffen werden, ohne dass Stalin näher erläuterte, was er damit meinte, und er empfahl, mit der Kollektivierung der Landwirtschaft zu beginnen. Nach der Rückkehr der Delegation aus Moskau wurde das Politbüro der SED am 11. April hierüber unterrichtet, und in den folgenden Wochen wurde in enger Absprache mit der Sowjetischen Kontrollkommission in Berlin an der Umsetzung der Anweisung Stalins gearbeitet.<sup>20</sup> Der 26. Mai 1952, der Tag des Eintritts Westdeutschlands in die westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft, diente Ulbricht als willkommenes Anlaß, um Stacheldraht und Schießbefehl ideologisch zu verbrämen. Nach einer nur 35-minütigen außerordentlichen Sitzung des Ministerrats der DDR beschloss die Regierung die *Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie ... zur Erhöhung der Sicherheit im Gebiet an der Demarkationslinie.*<sup>21</sup> Auf die „Spaltungspolitik“ der „klerikal-faschistischen Adenauerregierung“ gibt die SED ihre Antwort: Die Westmächte hätten *in immer größeren Umfange Spione, Diversanten, Terroristen und Schmuggler über die Demarkationslinie in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik eingeschleust.*<sup>22</sup> Diese hätten *nach Ausübung ihrer verbrecherischen Aufgaben leicht die Möglichkeit, ungehindert über die Demarkationslinie nach*

---

19 Das Bild der „Nabelschnur“ entstammt: Timothy Garton Ash, In Europe's Name, Germany and the Divided Continent, New York, 1993, S. 21

20 Diese Darstellung folgt Bennewitz und Potratz, S. 26–33.

21 Befehl 38/52 des Leiters der HVDVP Deutsche Demokratische Republik, den 26. Mai 1952, Ministerium des Innern, Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei, unterzeichnet vom Chef der Deutschen Volkspolizei, gez. Maron, und dem Stellv. Chef der DVP i. V., gez. Grünstein, Chefinspektor der VP (Bennewitz und Potratz, S. 231–233)

22 Für das Folgende: Polizeiverordnung, gültig mit Wirkung vom 27. Mai 1952, 0.01 Uhr, Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister, Zaisser (BSSt, ZA, MfS, BdL Dok. Nr. 5120, Bl. 1–9)

*Westdeutschland zurückzukehren.* Entlang der Demarkationslinie solle deshalb eine „Sperrzone“ errichtet werden, bestehend aus einem zehn Meter breiten Kontrollstreifen, einem 500 m-„Schutzstreifen“ und einer 5 km-„Sperrzone“. *Das Überschreiten des 10 m Kontrollstreifens ist für alle Personen verboten. Personen, die versuchen den Kontrollstreifen in Richtung der Deutschen Demokratischen Republik oder Westdeutschland zu überschreiten, werden von den Grenzstreifen festgenommen. Bei Nichtbefolgung der Anordnung der Grenzstreifen wird von der Waffe Gebrauch gemacht.* Die Bewohner der Sperrzone müssen sich binnen 48 Stunden bei der Deutschen Volkspolizei registrieren lassen. Alle Veranstaltungen in der Sperrzone sind genehmigungspflichtig und müssen bis 22.00 Uhr beendet sein. Personen, die in der DDR wohnen und im Sperrgebiet arbeiten, erhalten hierfür einen befristeten Ausweis. Für berufliche und private Reisen ins Sperrgebiet muss ein „Passierschein“ beantragt werden, und jeder, der mit diesem Passierschein in die Sperrzone einreist, muss sich binnen 12 Stunden bei der Volkspolizei anmelden. Die Bewohner der Sperrzone haften dafür, dass ihre Besucher sich an diese Regeln halten. Die im 500-Meter-„Schutzstreifen“ ortsansässige Bevölkerung wird durch einen zusätzlichen Stempeldruck im Personalausweis, der erst zum Aufenthalt in der 5 km-Sperrzone berechtigt, kenntlich gemacht. Das Wohnrecht in der 500 m-Zone wird mit einem Extra-Stempel im Personalausweis festgehalten. Das schafft die Voraussetzung dafür, dass die Bevölkerung zur Kontrolle mit herangezogen werden kann. Ihr wird die Pflicht auferlegt, *alle Personen, die sich widerrechtlich in dem 500 m Schutzstreifen aufhalten, sofort der Deutschen Grenzpolizei zu melden.* Innerhalb der 500-Meter-Zone ist der Aufenthalt außerhalb der Häuser nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gestattet. *Die Ausführung von Arbeiten in unmittelbarer Nähe des 10 m Kontrollstreifens ist nur unter Aufsicht der Grenzpolizei gestattet. ... Zum Aufsuchen der Arbeitsplätze außerhalb der Ortschaften dürfen nur die von der Grenzpolizei vorgeschriebenen Wege benutzt werden. ... Verstöße gegen diese Verordnung werden mit aller Strenge des Gesetzes bestraft.*

Mit diesem Regelwerk wird der Grenzraum in einer Tiefe von fünf Kilometern zu einer abgeschotteten Sonderregion. In ihr wird die Bevölkerung noch intensiver überwacht als im Hinterland der DDR, und zunehmend werden die Menschen gezwungen, aktiv an ihrer eigenen Kontrolle mitzuwirken. Den Abteilungen für Paß- und Meldewesen der Volkspolizei wird die Aufgabe zugewiesen für *die Erhöhung der Ordnung und Sicherheit* in den Grenzkreisen zu sorgen.<sup>23</sup> Die Volkspolizei soll jederzeit wissen wer,

23 Bezirksbehörde Deutsche Volkspolizei, Magdeburg, Betr. Einschätzung über die Erfüllung der Aufgaben nach Befehl 1/61 des Leiters der HVDVP, 19.10.1961 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M24, BDVP Magdeburg 18.1, Nr. 794)

wo, wie lange und warum im Sperrgebiet ist. Zu diesem Zweck führt sie die Meldekartei der Grenzbevölkerung. Sie prüft und entscheidet über Anträge auf Passierscheine ins Sperrgebiet und in den 500 m-Schutzstreifen. Im Kreis Wernigerode liegt nur die Gemeinde Stapelburg im Schutzstreifen. Pro Monat stellte die Volkspolizei – im Jahr 1964 – 30 Passierscheine für Stapelburg aus.<sup>24</sup> Das bedeutete, nur dreißig Menschen kamen monatlich in diese Gemeinde hinein und hinaus! Stapelburg mit seinen 500 Einwohnern war eine „Insel“, und die Benutzung der „Fährverbindung“, das System der Passierscheine, unterlag der Kontrolle und Genehmigungspflicht. Die Volkspolizei (VP) entschied, wer Verwandte in Westdeutschland besuchen durfte. Die Volkspolizisten gerieten unter Rechtfertigungszwang, falls jemand von einer genehmigten Reise nicht zurückkehrte, „Republikverrat“ beging. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Mitarbeitern der Staatssicherheit sollten sie Fluchtabichten „unserer Menschen“ im Vorhinein erkennen und verhindern. Die Volkspolizei wirkte an der Entscheidung über die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen zur Wohnsitznahme im Sperrgebiet mit. Nur regimetreue Bürger sollten eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Die *Überwachung und Kontrolle der Rückkehrer und Erstzuzüge* gehörte ebenfalls zu ihren Aufgaben.<sup>25</sup> Unter Rückkehrern werden DDR-Bürger verstanden, die in den Westen Deutschlands flohen und in die DDR zurückkehrten. „Erstzuzüge“ waren nach dem Sprachgebrauch der DDR Menschen aus Westdeutschland, die ihren Wohnsitz in die DDR verlegen wollten.

Zaisser, Minister des Ministeriums für Staatssicherheit, erlässt mit Wirkung vom 27. Mai 1952 eine Polizeiverordnung.<sup>26</sup> Der Regierungsbeschluss benannte den Personenkreis, der ausgesiedelt werden sollte:

- a) Ausländer und Staatenlose;
- b) Personen, die nicht polizeilich gemeldet sind;
- c) Personen, die kriminelle Handlungen begangen haben und bei denen zu vermuten ist, dass sie erneut straffällig werden (Im Weiteren spezifiziert als *insbesondere Mörder, Diebe, Räuber und Prostituierte*)
- d) *Personen, die wegen ihrer Stellung in und zu der Gesellschaft eine Gefährdung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung darstellen*

24 BDVP Magdeburg, Abteilung PM, Übersicht über die 500 m Sperrzonen im Bereich der BDVP Magdeburg, 27.5.1964 (Landeshauptarchiv Magdeburg, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18.1, Nr. 823)

25 ibd.

26 Der angegebene Zeitpunkt betrug zuerst 0.00 Uhr und ist in diesem Schriftstück handschriftlich auf 0.01 Uhr korrigiert. Es ist von Zaisser abgezeichnet. (BStU, ZA, MfS, BdL Dok. Nr. 5120, Bl. 9)

---

und Familienangehörige, mit denen sie in enger Gemeinschaft leben oder die auf einander angewiesen sind.<sup>27</sup>

In den Kreisämtern der Volkspolizei mussten laut Anordnung dieses Befehls Kommissionen gebildet werden, die sich aus je einem Angehörigen der Abteilung Pass- und Meldewesen, Kriminalpolizei und Sicherheit zusammensetzen hatten. Ihnen oblag die Festlegung und listenmäßige Aufstellung der konkret auszusiedelnden Personen. Im Hintergrund wurde die Aktion aber bereits seit spätestens dem 21. Mai von der Volkspolizei vorbereitet. Sachsen-Anhalt preschte vor und versuchte bereits am 28./29. Mai die Aussiedlung in die Wege zu leiten. Das misslang, denn es stand nicht genug Transportkapazität zur Verfügung. Die drohende Aussiedlung verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Die ersten flohen. Am 30. Mai begann in den frühen Morgenstunden die Aktion, deren interner Deckname „Ungeziefer“ war.<sup>28</sup> Eine Woche später wurde der „zweite Schub“, bei dem Höhnes aus Stapelburg dabei waren, ins Hinterland der DDR verbracht, aus dem Kreis Wernigerode insgesamt 299 Menschen.<sup>29</sup> Der erste Schub kam in den Kreis Torgau, der zweite in den Kreis Herzberg.<sup>30</sup>

Im Kreis Wernigerode waren mit den Harz-Urlaubsorten besonders viele Gastwirte auf die Liste geraten, im Vergleich zu den anderen Grenzkreisen mit acht Bauern nur wenige Landwirte.<sup>31</sup> Höhnes hatten, um die mageren Rationen auf Lebensmittel auszugleichen, ihre Verbindungen, selbst etwas angebaut und eine „Zicke“. In dem neuen, anfänglich feindlich gesonnenen Umfeld mussten sie zusehen, wie sie, wiederum eingestuft in die niedrigste Versorgungsstufe, den Mangel ausglich.<sup>32</sup>

### DIE BAUERN – OPFER DES KOLLEKTIVIERUNGSWAHNS

Die Höfe der zwangsausgesiedelten Landwirte sollten als *Keimzellen für den Umschlag in der Agrarpolitik*<sup>33</sup> in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften vom Typ I<sup>34</sup> dienen, das bedeutete, eine gemeinsame

---

Landbewirtschaftung bei getrennter Viehhaltung. Den Landwirten ihrerseits, die ihrer Höfe auf diese Weise beraubt worden waren, sollten an den neuen Wohnorten sogenannte „devastierte“, nach offizieller, amtlicher Einschätzung im Wortsinne also „verwüstete, ausgeplünderte“ Höfe zum Ausgleich angeboten werden. Viele trafen dort erst gar nicht ein und flohen über West-Berlin nach Westdeutschland. Von denjenigen, die in der DDR blieben, lehnten wiederum viele die Übernahme solcher Höfe ab, weil sie, statt eine neue Existenz zu begründen, zur Schlinge um den Hals hätte werden können: Wie hoch waren die Höfe mit Schulden belastet? Die Behörden konnten es ihnen nicht auf Anhieb sagen. Wie hoch war das im Herbst fällige Pflachtsoll? Hierauf erhielten sie ebenso wenig eine klare Antwort, wie auf die Frage, ob sie ihr Vieh und ihre Gerätschaften nachholen könnten. Während der Staat bei der ohnehin kritischen Versorgungslage in der DDR mutwillig bäuerliche Existenzen im Grenzgebiet vernichtete, sollten nun auf Anweisung der Räte der Kreise die zwangsausgesiedelten Bauern auf ihren neuen Höfen, bis sie zur „Selbstversorgung“ in der Lage seien, mit Lebensmittelkarten versorgt werden. In der Sperrzone würden Lücken in der Lebensmittelversorgung entstehen, vermutete das Landwirtschaftsministerium und ordnete daher an, in den betroffenen Gebieten vermehrt Konsumverkaufsstellen mit HO-Vertrag einzurichten. 890 Betriebe mit einer Gesamtfläche von rd. 13.000 ha waren im Grenzgebiet durch die Zwangsaussiedlungen zunächst ohne Bewirtschaftung. Sie sollten in Treuhandschaft des Rates des Kreises bewirtschaftet werden. Als weitere Perspektive schwebte den Leitern der Abteilung Agrarpolitik und Bodenordnung vor: *Dabei muß selbstverständlich beachtet werden, daß [die Kollektivierung] nicht sofort in Massen sondern individuell bis in die Einzelheiten hinein vorbereitet durchgeführt werden muß. Hierbei gilt grundsätzlich das Prinzip der absoluten Freiwilligkeit.* „Werkstätige Bauern“, an anderer Stelle auch „Arbeiter“ und „Klein- und Mittelbauern“ genannt, sollen für die gemeinsame Bewirtschaftung dieser Flächen gewonnen werden. *Das wissenschaftliche Material und Erfahrungswerte zur Bildung von Produktivgenossenschaften liegt beim Ministerium für Land- und Forstwirtschaft nur in wenigen Exemplaren aus dem Ungarischen übersetzt in Berlin vor. Eile ist geboten: Ab Montag den 16.6. werden die Sekretärinnen der Abt. Leiter gemeinsam Abschriften dieser wissenschaftlichen Literatur in Berlin vornehmen.* Die Grundsatzfragen zur Umgestaltung dieser Höfe sollen *vorerst nur mit einem kleinen Kreis verantwortlicher Mitarbeiter* besprochen werden.<sup>35</sup>

---

35 Abt. Agrarpolitik und Bodenordng. Halle/S., den 14.6.52, Vermerk, Betr.: Besprechung der Leiter der Abt. Agrarpolitik und Bodenordnung in Berlin am 13.6.52 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K MLF, Nr. 5201, S. 23r–28r)

27 Befehl 38/52, nach Bennewitz und Potratz, S. 231

28 Bennewitz und Potratz, S. 38–47

29 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. Mdl, BDVP Magdeburg, Nr. 41, S. 286

30 ibd.

31 ibd.

32 Tonbandprotokoll

33 Protokoll über die am 1.7.52 durchgeführte Besprechung mit den Kreisräten der 6 Grenzkreise (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K MLF, Nr. 5201, S. 4r)

34 Abt. Agrarpolitik und Bodenordng. Halle/S., den 14.6.52, Vermerk, Betr. Besprechung der Leiter der Abt. Agrarpolitik und Bodenordnung in Berlin am 13.6.52 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K MLF, Nr. 5201, S. 27r)



Am 1. Juli 1952 kam der verantwortliche Genosse Döring vom Land- und Forstwirtschaftsministerium nach einer Inspektionsreise durch die Grenzkreise bei einer Besprechung mit den Kreisräten der sechs Grenzkreise Osterburg, Salzwedel, Haldensleben, Gardelegen, Wernigerode und Oschersleben zu dem ernüchternden Schluss: *Die Situation sieht jedenfalls jetzt so aus, daß die Keimzellen für den Umschlag in der Agrarpolitik nicht in den Grenzkreisen zu finden ist.* Die Kreisleitungen der Partei hätten sich ahnungslos gezeigt. Das werde jetzt durch die Landesleitungen der Partei korrigiert, und es sollten „Personalumwechselungen“ vorgenommen werden, *die so aussehen ..., daß viele Genossen aus der Verwaltung im Parteiapparat eingesetzt werden und umgekehrt, denn die Aufgaben der Landwirtschaft sind ... nicht mehr nur Aufgabe der Landwirtschaft sondern der gesamten Arbeiterklasse.* Großbauern sollen in die Produktionsgenossenschaften nicht aufgenommen werden, *da diese nur eintreten wollen aufgrund der Vorteile, indem sie bei dem Arbeitskräftemangel die Landarbeiter und werktätigen Bauern ausbeuten könnten,* sagte Döring.<sup>36</sup>

Eine Verordnung vom 17. Juli zur Entschädigung der Bauern war zwar auf dem Papier erlassen worden. Zu Entschädigungsleistungen war es aber noch nirgendwo gekommen, und die ausgesiedelten Bauern standen in engen Kontakt untereinander.<sup>37</sup> „Instruktoren“ der „Aufnahmekreise“ mussten die Bauern einzeln aufsuchen, um sie im persönlichen Gespräch zur Übernahme eines neuen Hofes zu bewegen<sup>38</sup>. Aus Delitzsch, dem Aufnahmekreis für die Zwangsausgesiedelten aus Salzwedel<sup>39</sup>, berichtet der Instrukteur an den Landrat, der die Abfuhr in gemilderter Form nach oben weiter geben wird: *Wir trafen bei unserem Besuch in Gallen den Bauer C... nicht an und unterhielten uns aus diesem Grunde mit seiner an Rheuma leidenden Frau. Diese lehnte jede Übernahme von Land kategorisch ab und erklärte als Begründung dafür, daß man ihnen erst einmal sagen soll, weshalb sie aus ihrer Heimat „vertrieben“ worden wären. Unseren Argumenten über die Notwendigkeit dieser von der Regierung der DDR getroffenen Sicherungsmaßnahmen schenkte sie*

36 Protokoll über die am 1.7.52 durchgeführte Besprechung mit den Kreisräten der 6 Grenzkreise (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K MLF, Nr. 5201, S. 4r, 6r)

37 Protokoll über die am 9.10.52 durchgeführte Arbeitsbesprechung, Betr. VO zur Sicherung von Vermögenswerten v. 17.7.1952 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K MLF, Nr. 5280, S. 1r–8r)

38 Bericht über den Instrukteureinsatz am 13.8.1952 betr. Verordnung vom 17.7.52 im Kreis Torgau (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K MLF, Nr. 5280, S. 102r)

39 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. Mdl BDVP, Nr. 41, S. 286

*keinen Glauben. Sie ging soweit, zu behaupten, daß alle Zeitungsmeldungen über Zwischenfälle an der Demarkationslinie nur eine Hetze von Seiten unserer Regierung seien. Nach ihrer Meinung wird die Errichtung einer Staatsgrenze nicht von Seiten der Bonner Regierung vorgenommen, sondern durch die DDR.* Der Pflegesohn der gleichfalls ausgesiedelten Bauern S. zeigte sich *nicht abgeneigt Land zu übernehmen. Er knüpfte jedoch an eine evtl. Übernahme die Bedingung, daß er aus seinem Hof im Kreis Salzwedel einiges Vieh (Pferde und Rindvieh) erhält.*<sup>40</sup> Die Höfe in den Grenzkreisen waren aber für die Umwandlung in LPGs vorgesehen. Würde dieser Plan nicht gefährdet, zöge man das Vieh von ihnen ab? S... zeigte in der Unterhaltung ein sehr aufgeschlossenes Wesen und erklärte uns u. a., daß er sich denken könne, aus welchem Grunde gerade seine Familie den Hof verlassen mußte. Als Begründung führte er dafür an, daß sein Vater Ortsgruppen-Vorsitzender der CDU, Mitglied im Landwirtschaftsausschuß des Kreisverbandes der CDU war und somit rege am politischen Leben teilnahm. Damit wollte S... zum Ausdruck bringen, daß das persönliche Leben seines Vaters gefährdet wäre. Nach unserer Meinung waren die Ausführungen des S... nicht von seiner inneren Überzeugung getragen.<sup>41</sup>

Mit lächelnder Maske hatte er mit seinen Antworten an die unmittelbar zurückliegende Vergangenheit erinnert, denn ab 1947 waren Mitglieder der CDU und LDP (ab Oktober 1951 LDPD), sofern sie nicht gefügige Werkzeuge der SED waren, verfolgt worden. Der letzte Herzog von Anhalt, ein Gegner des NS-Regimes, kam 1947 im sowjetischen Speziallager Buchenwald ums Leben. Im Oktober 1949 war Leo Herwegen, Landesvorsitzender der CDU und Minister, gemeinsam mit dem ehemaligen Sozialdemokraten Willi Brundert unter dem Vorwurf der Agententätigkeit festgenommen und in einem anschließenden Schauprozess verurteilt worden. Viele Intellektuelle und Demokraten hatten seitdem Mitteldeutschland den Rücken gekehrt.<sup>42</sup> Und trotz dieses Terrors war der Widerstand der bürgerlichen Parteien 1952 noch nicht gebrochen. Das

40 Bericht über die Werbung von evakuierten Bauern aus den Grenzkreisen für zu besetzende Landwirtschaften (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K KV Delitzsch, Nr. 99, S. 47r)

41 ibd.

42 Mathias Tullner, Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2001, 3. überarbeitete und ergänzte Auflage, Herausgeberin: Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, S. 153–155; vgl. auch: André Gursky, Die Vorgeschichte des Dessauer Schauprozesses, Schriftenreihe „Sachbeiträge“, Nr. 13, Herausgeber: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2000

---

Ministerium für Staatssicherheit ordnete am 20.6.1952 die Überwachung der LDPD-, und CDU-Kreisverbände an, welche *Resolutionen an andere Kreisverbände, sogar über die Ländergrenze, verschickt* hatten, in denen sie über die Ereignisse in den Grenzkreisen informierten.<sup>43</sup>

Im Kreis Wernigerode hatten vor der Zwangsaussiedlung 11 Landwirte ihre Höfe aufgegeben und waren in den Westen geflohen. Neun waren ausgesiedelt worden.<sup>44</sup> Mit dem zweiten „Schub“<sup>45</sup> waren drei „Kleinbauern“ aus dem Kreis Wernigerode in den Kreis Herzberg gekommen. Diese Bauern sollten mit Bauernhöfen abgefunden werden, die aus den enteigneten Gütern der 45er-Bodenreform geschnitten werden sollten; nur stellten die Behörden erschreckt fest, dass diese Felder fast alle *ohne Wirtschaftsgebäude* seien. Wo sollte das – noch nicht vorhandene – Vieh im Winter stehen? Wo sollten die Mensch wohnen?<sup>46</sup> Im Kreis Torgau gab es entweder tatsächlich keine Schwierigkeiten oder der Instrukteur wollte sich gegenüber den vorgesetzten Dienststellen nicht in die Karten gucken lassen. Er teilte nur mit: *Es wird erwartet, daß keine großen Schwierigkeiten für die Landzuteilung für die Bauern aus der D[emarkations]-Linie entstehen.*<sup>47</sup>

#### LEBEN IM SPERRGEBIET

Für die Bevölkerung im Sperrgebiet wurde in den Folgejahrzehnten das Passierscheinsystem die größte Fessel. Selbst die Kontrollen der im Sperrgebiet Lebenden wurden von den ihnen gut bekannten Grenzen höchst penibel durchgeführt; wie Ortwin Ringleb aus Ilsenburg erinnert: *Einmal hatte jemand von den Forstleuten spaßeshalber bei der Kontrolle seinen Kosenamen genannt, weil er glaubte, daß der Grenzer, der ihn immer kontrollierte, kennen mußte. Er mußte aus dem Forstauto aussteigen und wurde zur Überprüfung festgenommen.*<sup>48</sup>

---

43 Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, An das Ministerium für Staatssicherheit Abt. VI, Berlin, 20.6.1952 (BSTu, ZA, MfS, BdL Dok. Nr. 3690, Bl. 1)

44 Aufstellung über Betriebe im Bezirk Magdeburg deren Besitzer westflüchtig o. bzw. ausgesiedelt sind. Magdeburg, den 15.9.1952 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M BT/RdB, Nr. 2473, S. 1r)

45 So hatte sich Erich Höhne ausgedrückt und ich verwende dieses Wort, weil es im Unterschied zum Wort „Vertreibung“ den organisiert staatlichen Charakter der Aktion bildhaft erfasst.

46 Bericht über die durchgeführte Dienstreise am 13.8.52 nach dem Kreis Herzberg, Schwarzer (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K MLF, Nr. 5280, S. 100r)

47 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. K MLF, Nr. 5280, S. 102r

48 Ortwin Ringleb, Ilsenburg, in einem Brief an den Autor vom 20.7.1994

---

Bis 1968 müssen Angehörige, die außerhalb des Sperrgebietes leben, ihren Antrag zum Besuch von Verwandten im Sperrgebiet bei ihren Heimat-Volkspolizeikreisämtern stellen. Mit Wirkung zum 19. September 1968 stellt das Innenministerium diese Regelung um. Nun müssen die Bewohner im Sperrgebiet das Antragsformular bei ihrer Volkspolizeistelle abholen, ausfüllen und dort abgeben. Sie schreiben einen Brief an die Verwandten zur Einladung und müssen sich deren Passnummer mitteilen lassen. Der örtliche Abschnittsbevollmächtigte und, so zumindest in der Theorie, die im Sperrgebiet eingerichtete örtliche Sicherheitskommission, entschieden mit der Volkspolizei im Sperrgebiet darüber, ob dieser Bürger jenen Besucher empfangen darf. Im positiven Fall musste dieser den Passierschein beim Volkspolizeikreisamt abholen und konnte ihn erst dann an die Verwandten schicken. Daraufhin dürfen jene einreisen. Ausschließlich der Besuch von Verwandten ersten und zweiten Grades ist zulässig, und auch dies nur an hohen Festtagen, bei schweren Erkrankungen oder zu Beerdigungen von Angehörigen. In einem Bericht der Bezirksdirektion der Volkspolizei Magdeburg aus dem Februar 1969, in welchem die ersten Erfahrungen berichtet und insbesondere über die entstandene Mehrarbeit geklagt wird, behauptet die Behörde, die Mehrheit der Bürger begrüße diese Änderung des Verfahrens, könnten sie jetzt doch *besser beeinflussen ... wer sie besucht.*<sup>49</sup> In den Folgejahren stabilisiert sich nach dem ersten Anstieg die Zahl der Anträge für private Passierscheine. Um die Zahl der beantragten Passierscheine für dienstliche Aufgaben zu reduzieren, pflegt die Volkspolizei mit den Betrieben *ständige Kontakte und Aussprachen*. Die Betriebsleiter wurden eindringlich befragt, ob dieser oder jener Passierschein wirklich notwendig sei, ob die beantragte Dienstreise nicht mit einer späteren zusammengelegt werden könne. Und die Volkspolizei verbuchte es als einen Erfolg, dass im ersten Halbjahr 1971 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 5.540 weniger Anträge gestellt wurden.<sup>50</sup> Der Bericht, der das erreichte Plansoll, weniger bearbeitete dienstliche Passierscheinanträge, verkündet, trägt den Titel „Einschätzung der Wirksamkeit der Maßnahmen zur Vorbeugung, Aufdeckung und Unterbrechung von Angriffen auf die Staatsgrenze.“ Der geringere Arbeitsanfall ist nach dem Selbstverständnis der Volkspolizei ein Beitrag zum Schutz der Staatsgrenze.

---

49 BDVP Magdeburg – Abteilung PM, 7.2.1969, Betreff Einschätzung der Durchsetzung der Anordnung Nr. 3 zur Grenzordnung und der 5. Änderung zur Anwendung 39/64 des Mdl (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18.1, Nr. 823)

50 BDVP Magdeburg – Abteilung PM, 24.8.1971 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg, 18.1, Nr. 823)

Ein weiteres Mittel zur Kontrolle der Bevölkerung sollten die „Hausbücher“ sein; in sie hatte sich jeder Besucher mit Datum und Uhrzeit einzutragen. Eine lückenloses Erfassen aller Kontakte und Freundschaftskreise in der Bevölkerung war das Ziel. Die Volkspolizei wertete die Einträge in Zusammenarbeit mit den „Hausbuchbeauftragten“ aus. Dadurch sei es zu *721 Hinweisen* gekommen, *die für die Arbeit der Volkspolizei, des MfS oder [die] örtlichen Organe verwertbar waren.* Im gleichen Passus wird noch aufgeschlüsselt zu wie viel Prozent der „Hausbuchbeauftragten“ der Kontakt gehalten werden konnte – bis auf die erste Stelle hinter dem Komma. Anfang der 70er Jahre war aber das Grenzgebiet technisch und organisatorisch derart perfekt abgeriegelt, dass Fluchten nahezu ausgeschlossen waren. Einen „Fortschritt“ auf diesem Gebiet konnte es nicht mehr geben. „Wachsamkeit“ gegenüber dem „Klassenfeind“, der von innen und außen „wühlte“, war aber erstes Gebot und Rechtfertigung der Überwachungsmaschinerie der DDR. Wahrscheinlich wollte Hauptmann Küttenrauch von der Volkspolizei mit diesen Zahlen Leistungssteigerungen der Volkspolizei für den Aufbau des Sozialismus belegen.

Zum 1. September 1972 löst eine neue Grenzordnung die seit 1964 geltende Ordnung ab. Sie wird bis zum Ende der DDR Gültigkeit behalten. Das neue Grenzregime schafft als Erleichterung die Option weiterer möglicher Grenzübergangsstellen. Die Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr ist eine Konsequenz des Grundlagenvertrags mit der Bundesrepublik. An einigen Stellen wird die Regelung rigider. So ist das Zelten und Übernachten im Wagen und Wohnwagen nun nicht mehr nur im Schutzstreifen sondern in der gesamten Sperrzone unter Strafe gestellt. Die Anfahrtswege zum Zielort im Sperrgebiet werden nicht mehr detailliert vorgeschrieben, die Benutzung jeder öffentlichen Straße wird gestattet. Beim Zuzug ins Sperrgebiet muss jetzt der Rat des Kreises des ehemaligen Heimatortes seine Zustimmung geben, und im Schutzstreifen darf in der Sperrzeit von 23.00 bis 5.00 Uhr morgens nicht mehr ein- und ausge-  
reist werden.<sup>51</sup>

#### 4. Flucht und Fluchtversuche von Ost nach West

Oberst Peter von den Grenztruppen berichtet an seine Vorgesetzten über das folgende Ereignis. Jeder dieser Berichte geht nach Berlin. Ulbricht und später Honecker lesen und zeichnen sie ab.

51 BDVP Magdeburg – Abteilung PM, Magdeburg 10.5.1972, Betreff Zuarbeit zum Stab über Veränderungen in der neuen Grenzordnung (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18.1, Nr. 823)

*Am 1. 8. 1963, gegen 13.45 Uhr, versuchte der K., Helmut  
Geb. ...1939  
Beruf: Schlosser  
Wohnhaft: Quedlinburg  
Mitglied der SED – Reservist*

*und die  
K., Margit  
geb. ...1941  
ohne Beruf  
wohnhaft Quedlinburg*

*die Staatsgrenze in Richtung Westdeutschland im Abschnitt Grenzkompanie Sorge ca. 250 m nordwestlich der Straße Sorge – Hohegeiß zu durchbrechen. ...*

*Die gegen 13.15 den Abschnitt erreichende Kontrollstreife stellte den o. g Grenzverletzer ca. 250 m von der Straße Sorge – Hohegeiß entfernt am Rande einer Schonung fest. Die Grenzposten versuchten, den Weg der Grenzverletzer zur Grenze abzuschneiden<sup>52</sup>. Aufgrund der Geländeverhältnisse und der Bodenbewachung (dichte Schonung) in diesem Abschnitt, bestand die Gefahr, die Kontrolle über den Grenzverletzer zu verlieren, und der Postenführer entschloß sich, die Grenzverletzer anzu-  
rufen und einen Warnschuß abzugeben. Die K..., Margit reagierte auf Anruf und Warnschuß, blieb stehen und wurde festgenommen. Der K..., Helmut die vor sich liegende Schonung und das unübersichtliche Gelände ausnutzend, durch Zickzackbewegung die Anwendung der Schußwaffe zu erschweren, setzte die Bewegung mit erhöhtem Tempo in Richtung Staatsgrenze fort.*

*Durch Uffz. S... und den Grenzposten wurde die beiderseitige parallele Verfolgung sofort aufgenommen.*

*Nach Verlassen der Schonung erkannte der K. vor sich die S-Rollensperre und erhöhte sein Tempo, ohne auf einen weiteren Warnschuß, abgegeben durch Uffz. S. zu reagieren. Daraufhin gab Uffz. S... einen gezielten Feuerstoß ab und verletzte den K. am linken Hacken. Als sich der K. nach Überwinden der S-Rollensperre aufrichtete und sichtbar wurde, eröffnete Posten und Postenführer aus nördlicher und südlicher Richtung in einer Entfernung von ca. 100 m auf den Grenzverletzer gezieltes Feuer. Daraufhin blieb der Grenzverletzer zwischen Sperre und Grenze auf dem Territorium der DDR hinter einem Gebüsch, von der Staatsgrenze ca.*

52 handschriftlich ergänzt: „und diese festzunehmen.“

---

60 m entfernt, liegen. Der Postenführer befahl den Posten zum Grenzverletzer und sicherte selbst die Handlungen des Grenzpostens. Dabei beobachtete er, daß aus Richtung Hohegeiß eine größere Anzahl von Personen in Richtung des Tatort kamen und sich ca. 100 m vom Tatort entfernt, auf westlichem Gebiet versammelten.

Zur Sicherung des Tatortes und zur Verhinderung von Provokationen wurde durch den Kompanie-Chef ein Zug auf SPW zur Abriegelung des Abschnittes und zur Sicherung der Handlungen eingesetzt. Unter Deckung der eingesetzten Kräfte wurde die Leiche ins Hinterland abtransportiert, der Tatort markiert und die Rückverfolgung der Spur durchgeführt. ... Die festgenommene K. ... wurde den Untersuchungsorganen übergeben. Die ärztliche Untersuchung der Leiche ergab eine Schußverletzung am linken Hacken des K.

Als Todesursache wird ein Kreislaufversagen angenommen, da der Grenzverletzer keine weiteren Schußverletzungen hatte. Auf Weisung der MUK wurde die Leiche freigegeben und nach dem Kreiskrankenhaus Wernigerode überführt.<sup>53</sup>

... Durch die Grenzposten wurden insgesamt 60 Schuß (Warnschüsse und gezieltes Feuer) abgegeben. Nach Angaben der Grenzposten wurde westliches Territorium nicht verletzt.

Die Anwendung der Schußwaffe durch die Grenzposten zur Verhinderung des Grenzdurchbruchs ist gerechtfertigt.<sup>54</sup>

unterzeichnet

Oberst Peter<sup>55</sup>

Zwischen dem ersten Dezember 1962 und dem 30. November 1963 flohen, laut Angabe der Grenztruppen, 1.284 Menschen aus der DDR in den Westen. 3008 Menschen gelang es das System der Kontrolle durch die Deutsche Volkspolizei an der 5-km-Sperrzone zu umgehen und in das Grenzsperrgebiet einzudringen.<sup>56</sup>

---

53 Dieser Teil ist durchgestrichen und handschriftlich unter dem Text mit Bleistift korrigiert: und einen Einschuß in den After, der den Magen, die Lunge und das Herz verletzte und die Todesursache zur Folge hatte.

54 Auch dieser Satz ist durchgestrichen, stattdessen heißt es handschriftlich: Entsprechend den bestehenden Befehlen des Ministeriums für Nationale Verteidigung über die Anwendung der Schußwaffe, ist der Chef der Grenztruppen Gen. Oberst Peter der Meinung, daß der Entschluss des Postenführers zur Anwendung der Schusswaffe gerechtfertigt und richtig war.

55 SAPMO, Grenzdurchbrüche von Zivilpersonen und Angehörigen der bewaffneten Organe. 3 Bde. Signatur: IV A 2/12/79, 1. Band

56 SAPMO, Grenzdurchbrüche von Zivilpersonen und Angehörigen der bewaffneten Organe. 3 Bde. Signatur: IV A 2/12/79, 1. Band

---

## 5. Wie lebten die Grenztruppen?

Anfang der 60er Jahre beträgt die durchschnittliche Dienstzeit 12–14 Stunden, aber auch 24 Stunden Objektwache, vier Stunden Pause und anschließend wieder Grenzdienst waren keine Seltenheit. Alle acht Tage ist dienstfrei.

Im Jahre 1962 schickt die SED ein Parteiaufgebot in die Kasernen der Grenzkompanie des VI. Grenzabteilung. Die Parteimitglieder leisten mit den Soldaten Grenzdienst und berichten über deren Arbeit. Die Überwachung durch Mitarbeit findet keine Sympathie. Die Genossen Herken und Oberstleutnant Steinke befragen die Genossen<sup>57</sup> zu ihren Eindrücken. Ihre Vorschläge, so beklagen sie, würden in den Wind geschlagen. – Die Gruppenführer machen keine Politinformation. Wir bekommen die Drehsche und verlieren die Lust, da die Soldaten sagen „Ihr seid überscharf“. ... Die Parteiarbeit wird als ein notwendiges Übel betrachtet. Wenn es dienstlich nicht mehr geht, dann heißt es: die Partei! – ... Die Kompanieführer sind zufrieden, wenn wir weg sind – lieber heute als morgen. In der kurzen Zeit entstand kein Gemeinschaftsgefühl. So moniert ein Genosse: Bei der Gewährung des dienstfreien Tages gab es die Linie: erst kommen unsere Truppen dran. Wir werden nicht geachtet. Zum Beispiel beim Revierreinigen säuberte ich als Oberfeldwebel die Toilette, dazu kam ein Gefreiter, der sagte: „Das wird Zeit, daß Sie saubermachen.“

Die körperliche Überanstrengung des langen Dienstes führt zu Fehlern: Durch eine unmögliche Entscheidung von Hauptmann Giese, er verwechselte einen Grenzverletzer mit einem Telefon, konnte ein Grenzverletzer nicht gestellt werden. Oder hatte Hauptmann Giese bewusst daneben geschossen?

Die Ödtheit des Grenzdienstes mit einem plötzlichen Ausbruch von Bestialität, dem Erschießen von „Grenzverletzern“, führt zu einem verrohten Zusammenleben der Soldaten. Die Soldaten des Parteiaufgebots teilen in ihrem Bericht mit, dass die Gruppenführer der 2. Kompanie ... auf den Stuben größere Schweinereien gestalten. Mitgebrachte Schlüpfen werden am Lampenschirm aufgehängt und abgeleckt, Schlägereien inszeniert und Genossen vom Parteiaufgebot in die Finger gebissen. Die Parteisoldaten kritisieren: Solche Sachen werden aber nicht ausgewertet. Der Bericht trägt den handschriftlichen Vermerk am Rande: Moral – Boden für Feindarbeit bereits ausgewertet. Die Grenzsoldaten wollen belobt wer-

---

57 Für das Folgende: SAPMO, Teilbestand Abteilung Sicherheitsfragen des ZK der SED, Sicherung der Staatsgrenze durch die Grenzpolizei bzw. die Grenztruppen der DDR, Band 3, Sign. IV 2/12/73

---

den und erfahren doch nur Kontrolle. So beklagt sich ein Soldat: *Wenn wir Grenzverletzungen haben, kommen immer Kommissionen. Nach Festnahmen lässt sich niemand sehen.* Die Soldaten wissen, dass sie unter während des Besuch durch das Parteiaufgebot Beobachtung stehen, und einige stellen sich in ihren Äußerungen darauf ein. So schildert ein Parteivertreter Gespräche mit Grenzsoldaten während des gemeinsamen Dienstes: *Wann sollen wir die Probleme des VI. Parteitages studieren?*, fragt ihn einer gezielt treuherzig. Der von der Partei geschickte Aufpasser berichtet von einem weiteren pflichtbewussten Soldaten, der ihn fragte: *In der letzten Nacht habe ich mit einem Genossen auf Posten gestanden, der sagte zu mir: „Was können wir nur noch unternehmen, um die Staatsgrenze besser zu schützen?“* Und in der Sprache eines Hundeführers, der bedauert, dass das gelehrige Potential seiner Schützlinge nicht von allen Ausbildern durch Schulung und Ausbildung genutzt wird, zieht der Parteivertreter sein Fazit: *Mit ihnen wird aber nicht gearbeitet.* Hoffnung setzen die Soldaten des Parteiaufgebotes auf die einfachen Soldaten im Gegensatz zu den Kadern: *Die Gruppenführer erfüllen nicht ihre Aufgabe. Sie leben in den Tag hinein und geben den Soldaten ein schlechtes Beispiel in Sauberkeit, Ordnung, Disziplin und Dienstdurchführung. ... Soldaten gehen ohne Murren länger in den Dienst. Die Unteroffiziere meckern die ganze Schicht über, wenn sie mal 8 Stunden Grenzdienst machen. Die Soldaten sind gut und stets bereit strengen Dienst zu versehen. Aber die Arbeit mit ihnen ist formal und herzlos.*

Private Rückzugsmöglichkeiten gibt es nicht: *Wir haben im 1. Zug der 3. Kompanie einen Genossen K., welcher onaniert und Westsender hört. Er wurde am 7. Oktober 1962 bester Soldat.*

Zehn Tage nach der schriftlichen Niederlegung des Protokolls dieser Aussprache bedankt sich Oberst Masseberg, der Kommandeur der 2. Grenzbrigade der Nationalen Volksarmee mit Schreiben vom 20. Oktober 1962 für die ständige Sorge unserer Parteiführung und der Abteilung Sicherheit des Zentralkomitees um die Verbesserung des Lebens unserer Grenzsoldaten ... *Wir versichern Euch, daß wir alle Anstrengungen unternehmen werden, um in Zukunft noch gewissenhafter alle von der Partei gestellten Aufträge zu erfüllen.*<sup>58</sup>

Während eines Kontrollgangs am 25. September 1967 gegen 6.30 Uhr versucht der Gefreite W... *nach Westdeutschland fahnenflüchtig zu wer-*

58 Schreiben des Oberst Masseberg, Nationale Volksarmee, 2. Grenzbrigade (SAPMO, Teilbestand Abteilung Sicherheitsfragen des ZK der SED Sicherung der Staatsgrenze durch die deutsche Grenzpolizei bzw. die Grenztruppen der DDR, 1962, Band 3, Sing. IV 2/12/73, 20.10.1962)

*den. Daraufhin wandte der (begleitende) Kompaniechef die Schußwaffe an und verletzte durch zwei MPi Schüsse den W..., der sich bereits 30 m auf westdeutschem Gebiet befand. W... wurde durch den Kompaniechef und den Soldaten Sch... geborgen und nach Erster Hilfeleistung in das Krankenhaus Blankenburg überführt. Lebensgefahr für W... besteht nicht.* Der Unterzeichner dieses „besonderen Vorkommnis“, Clement, teilt dem Werte[n] Genosse[n] Honecker! mit, *dieser Vorgang ... [sei] durch westdeutsche Grenzsicherungsorgane nicht beobachtet worden.* Das Käppi und das MPi-Magazin befinden sich auf westlicher Seite. *Der Kommandeur der 7. Grenzbrigade hat sich entschlossen, nach Eintritt der Dunkelheit beide Gegenstände durch einen Offiziersposten zu bergen. Wir bitten um Kenntnisnahme. Mit sozialistischem Gruß i. V. Clement.*<sup>59</sup>

*Es gab bei der Grenztruppe extra Angestellte, deren Aufgabe es war, festzustellen, wer mit wem konnte, um diese nicht gemeinsam auf Wache zu schicken. Daher gab es bei Fluchtversuchen immer schwierige Konflikte zwischen den Wachhabenden.*<sup>60</sup>

Manche der Soldaten stehen solche Aktionen psychisch nicht durch. Unmittelbar nach dem Mauerbau war der Schock auch bei den Grenztruppen groß. Das MfS Karl-Marx-Stadt berichtet im November 1961 über fünf Fahnenfluchten, 2 Selbstmordversuche und eine gefährliche Körperverletzung durch fahrlässigen Umgang mit der Schusswaffe. *Ein im Kreis Oelsnitz stationierter Angehöriger der NVA, Abt. Grenze, versuchte sich während seinesurlaubes in seiner Wohnung zu Hause mit Leuchtgas zu vergiften. Ein weiterer Angehöriger dieses Truppenteils versuchte durch Aufschneiden der Pulsader während seinesurlaubes in der elterlichen Wohnung Selbstmord durchzuführen.* Die Gründe für diese Vorkommnisse sah das MfS in der *politisch-ideologischen Diversion des Feindes.*<sup>61</sup>

Von der Partei wurden die Grenztruppen überwacht und mussten sowohl bei erfolgreichen wie auch bei vereitelten Fluchten peinlich genau Bericht erstatten. Die Soldaten wurden fern gehalten von der Zivilbevölkerung. Theaterbesuche, Konzertbesuche waren selten, aus Sorge, die Soldaten würden sich betrinken. Ausgangsüberschreitungen und übermäßiger

59 SAPMO, Sign. IV A 2/12/81–91, Grenzdurchbrüche von Zivilpersonen und von Angehörigen der bewaffneten Organe, Bericht vom 25.9.67

60 Ortwin Ringleb, Leiter des evangelischen Altenstifts in Ilsenburg, in einem Brief an den Autor vom 20.7.1994

61 Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt, Operativstab, 29.11.61, Betr. Lage an der Staatsgrenze West (BStU, ZA, MfS, Allg. S 204/62, Band 13, Bl. 17)

---

Alkoholkonsum der Soldaten würden nur lax geahndet, haben die Parteivertreter beobachtet.

Und immer wieder erleben die Grenzsoldaten Vorkommnisse wie das folgende: *Am 3. 1. 1956 hatte der Bürgermeister und zwei Frauen von Lochturm Angehörige der VP Grenze aufgefordert die Knarre wegzuerwerfen und nach drüben zu kommen.*<sup>62</sup> Leuchtkugeln nach dem Muster der Grenzpolizei wurden abgeschossen, um den Grenzsoldaten eine Flucht vorzutäuschen. Und manchmal werden nachts die Grenzsoldaten vom Westen aus mit Scheinwerfern angestrahlt,<sup>63</sup> und westdeutsche Zöllnerstreifen hätten bei Stapelburg Grenzpolizisten mit Steinen beworfen, behauptet die Kreisleitung Wernigerode.<sup>64</sup>

Zwischen dem 13. August 1961 und dem 9. März 1962 gelang bei 193 versuchten Grenzdurchbrüchen im Harzer Raum die Flucht in 56 Fällen, ermittelte die Grenzpolizei, und sie stellt als leuchtendes Beispiel das *in Benneckenstein entwickelte System des Selbstschutzes* hervor. In diesem Harzstädtchen seien 227 Mitarbeiter als „Grenzhelfer“ im Einsatz. Seitdem habe es dort keine Grenzdurchbrüche mehr gegeben. Als den Ilsenburgern nach der verhinderten Flucht von vier Kindern im Mai 1966 in einer Volksvertreterversammlung klar gemacht werden soll, wie wichtig die Wachsamkeit aller an der Grenze sei, sagen die Bürger, *man solle doch nicht so viel „Wind“ um die Sicherheit an der Grenze machen, da ja die Bevölkerung [Westdeutschlands] keinen Krieg will.*<sup>65</sup>

## 6. Leben und Atmosphäre in den Grenzorten

Nach dem 2. Weltkrieg fanden viele Flüchtlinge aus den damaligen deutschen Ostgebieten, offiziell „Umsiedler“ genannt, im Ostharz Zuflucht. Das Umsiedleramt Wernigerode zählt im Jahr 1948 39.913 Umsiedler bei einer „Kernbevölkerung“ von 68.505. Insgesamt lebten also rund 100.000 Menschen im Kreis Wernigerode, von denen also rund 40 % von außen Kommende, Fremde waren.<sup>66</sup> Die Orte in unmittelbarer Nähe zur innerdeutschen Grenze hatten in den späteren Jahren mit der Aufnahme der Soldaten zu kämpfen. In Elend wohnten vor der Einführung des Grenzre-

---

gimes 300 Einwohner gegeben, jetzt seien dort zusätzlich 600 Grenzer stationiert, heißt es in einem Bericht aus dem Jahr 1957.<sup>67</sup>

In Westdeutschland waren viele ausgebombt und evakuiert worden. Für die Zeit des Krieges arbeiteten sie zwangsverpflichtet unter anderem auch in Ostharzer Betrieben. Nach dem Kriege blieben manche von ihnen; es lebten aber noch Verwandte im Westen, und so wollen sie diese besuchen. Nun dürften unpolitische Bürger reisen, die Genossen aber nicht, monierte ein Bericht der SED-Kreisleitung Wernigerode vom 19. April 1956. Diese Praxis erzeuge aber in den Reihen der Partei Unmut. Die Genossen seine *der Meinung, daß man ganz besonders unsere Genossen fahren lassen müßte, denn die würden sich nicht so leicht von den vollen Schaufenstern beeinflussen lassen. Aber man läßt jetzt indifferente Menschen fahren, die sowieso nicht alle günstig über uns sprechen. ... Dabei ist gerade in der letzten Zeit die Republikflucht ziemlich angestiegen, sodaß man sich fragen muß ob diese Maßnahme dazu beiträgt die Republikflucht einzudämmen.*<sup>68</sup> Die *sture bürokratische Haltung unseres Staatsapparates* rügt der Bericht vom 13. Juni 1956: *Ein Genosse Arzt der kurzfristig eine Einweisung für 6 Tage in das Intelligenzlerheim Heinrich Heine in Schierke bekam, hatte es verabsäumt sich eine Aufenthaltsgenehmigung für das Sperrgebiet zu beschaffen. Als er nach Wernigerode kam und bei der VP um eine Bescheinigung ansuchte, bekam er den Bescheid, daß sie nur Bescheinigungen für 24 Stunden ausstellen könnte. Allen berechtigten Einwänden seitens des Arztes, daß er nicht jeden Tag von Schierke nach Wernigerode fahren kann, um sich jedesmal eine Bescheinigung für 24 Stunden zu holen, blieben die Verantwortlichen stur. Erst nach dem der Genosse Arzt zur Kreisleitung kam und um Unterstützung bat, war es möglich eine Bescheinigung für 6 Tage auszustellen.*<sup>69</sup>

Aufgabe der Grenztruppen war es, in den Orten „Grenzpolizeihelfer“ anzuleiten und einzusetzen. So wird die Gemeinde Ziemendorf im Kreis Seehausen gelobt, weil sie *beim Stellen von Grenzverletzern erfolgreich beteiligt gewesen* sei. Allerdings heißt es, die „negativen“ Beispiele würden überwiegen: *Bis auf einige Bereiche in den Kreisen Wernigerode, Oschersleben und Seehausen ist einzuschätzen, daß das Verhältnis zur Bevölkerung nicht gut ist.* Nicht gut, bedeutet aus Sicht der Partei, dass die Bevölkerung nicht immer zur Fluchtvereitelung von Mitbürgern gewonnen werden konnte, und die Grenzpolizei nur schwer freiwillige

---

62 SAPMO, Signatur: IV 215/749

63 SAPMO, Signatur: IV 215/749, 2.1.1956

64 SAPMO, Signatur: IV 215/749, Bericht v. 11.7.1956

65 Kreisarchiv Wernigerode, Sign. 96, unpaginierter Bestand

66 Dokument vom 8. April 1948 (Kreisarchiv Wernigerode, Umsiedleramt Wernigerode, Aktz. XII Nr. 156/48 Fa/Ob, unpaginierter Bestand)

---

67 SAPMO, Signatur: IV 215/749, Bericht v. 4. Februar 1957

68 SAPMO, Signatur: IV 215/749, Bericht v. 19.4.56

69 SAPMO, Signatur: IV 215/749, Bericht vom 13.6.1956

Grenzpolizeihelfer aus der Zivilbevölkerung findet.<sup>70</sup> In den Grenzzonen fühlt sich die Bevölkerung vom DDR-Militär umzingelt: *Nachts halten sich im Ort 5–6 Grenzpolizisten auf und rings um den Ort sind Signalgeräte aufgestellt, wie auf einer Koppel. Wenn ich die Absicht habe rüber zu gehen, gehe ich trotzdem, da halten mich keine Grenzen und keine Signalgeräte auf*, äußert ein Genossenschaftsbauer aus Wendischbrome/Klötze.<sup>71</sup> Oft werden die Bürgermeister ausgetauscht und in Versammlungen der Bevölkerung die Notwendigkeit der Grenzordnung in der Abwehr des imperialistischen Klassenfeindes nahegebracht.

Über die Stimmung in der LPG Waddekath heißt es: *der größte Teil der Mitglieder ... sei dem Alkohol verfallen, und oft seien Flaschen von Alkohol mit auf den Acker genommen worden*.<sup>72</sup> *Auf Grund dieser Entwicklung machen die Grenzdörfer einen nicht gerade guten und sauberen Eindruck. In einigen Dörfern ist immer noch eine große Unordnung, wo Ställe, Scheunen und sogar Häuser nach und nach zerfallen.* Die Bevölkerung setzte Hoffnung auf die Westmächte. So berichtet das MfS: *In der LPG Waddekath, Krs. Salzwedel, sind Diskussionen bekannt geworden, daß man mit den Instandsetzungs- und Verschönerungsarbeiten bis zum Herbst (1960) warten sollte, da unter Umständen die Westmächte auf der Gipfelkonferenz auf eine Veränderung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR dringen werden*.<sup>73</sup>

Den Einfluss des Westens schätzt die Staatssicherheit, insbesondere im grenznahen Raum, als groß ein: Westliche Radio- und Fernsehsendungen konnten empfangen werden. „Hetzflugblätter“, abgeworfen von westlichen Flugzeugen, die ganz kurz die Grenze überflogen, zeigten ihre Wirkung. *In Benneckenstein ist es so, daß sofort wie es bekannt wird das Flugblätter geworfen sind, die Pioniere da sind und die Dinge aufsuchen. Aber eine Kontrolle, ob sie nicht doch einige Exemplare mit nach Hause nehmen besteht nicht. Nach der Einschätzung des Genossen Sekretär machen die*

*Flugblätter die Runde vor Ort*.<sup>74</sup> In Elend sei noch kein Flugblatt von den Waldarbeitern abgegeben worden, auch von den Genossen nicht. Es sei aber ganz ausgeschlossen, dass sie keine gefunden hätten. Die Genossen in Elend würden wohl offensichtlich vor der Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind zurückweichen.<sup>75</sup> *In einer Fernsehreparaturwerkstatt in Oebisfelde, Krs. Klötze wurden von 25 defekten Fernsehgeräten 21 mit einem defekten Westkanal zur Reparatur abgegeben*.<sup>76</sup> So notiert am 11. Juli 1956 die Kreisleitung der SED Wernigerode in ihrem wöchentlichen Stimmungsbericht, es fast keinen, der nicht Westsender höre. Diese Tatsache könne sogar eine im Sinne der SED erfreuliche Wirkung haben, denn die Bürger, welche die Debatten des Deutschen Bundestages über die Wiedereinführung der Wehrpflicht gehört hätten, seien „empört“ gewesen und hätten *den ganzen Bonner Bundestag als Affentheater bezeichnet*.<sup>77</sup> Der Genosse, der diese, auf den ersten Blick, aus Sicht der Partei erfreuliche, Tatsache schildert, hat aber gleich Angst, die Leitung könnte ihm vorwerfen, er wolle angesichts dieser im Einzelfall förderlichen Wirkung des Hörens von Westsendern die Tatsache als solche, Feindsender zu hören, rechtfertigen. Dem sei selbstverständlich nicht so, fährt er, potentielle Einwände beschwichtigend fort, er wolle nur darauf hinweisen, dass *die Mehrheit der Bevölkerung diese Sender hören und in vielen Fällen dadurch beeinflusst werden*. Mit der Abneigung der Bürger gegenüber der „Rotlichtbestrahlung“, wie die Bevölkerung die ideologische Indoktrination nannte, war die SED überall in der DDR konfrontiert. So wird aus Karl-Marx-Stadt am 10. Oktober 1961 berichtet: *Nach wie vor gibt es viele Diskussionen zum Abbau der Westantennen*. Es sei daher *eine allumfassende politisch-ideologische Aufklärung der Bevölkerung unbedingt notwendig*, damit Unmutsbekundungen, wie die folgende eines Maurers aus Rudersdorf im Kreis Oelsnitz zukünftig unterblieben: *Wenn so ein „Grießel“ auf mein Dach kommt, um die Antenne abzubauen, dann schlage ich ihn tot*.<sup>78</sup>

Selbst die Sekretäre der Partei würden sich die abgeworfenen Flugblätter nicht anschauen, um nicht *in den Verdacht des Objektivismus zu geraten*, kritisiert die Kreisleitung der SED Wernigerode. Es sei den Genossen lieber, sie könnten ihre „Agitation“ führen, ohne die Argumente des Fein-

74 Bericht v. 4. Februar 1957 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

75 ibd.

76 ibd.

77 Informationsbericht der Kreisleitung der SED Wernigerode vom 11. Juli 1956 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

78 Bericht des Operativstabes der BV Karl-Marx-Stadt vom 10.10.1961 (BSTU, MfS, ZA, AS 204/62, Band 12, Bl. 37)

70 Bericht des MfS, Bezirksverwaltung Magdeburg, Der Leiter, Knoppe, vom 13.5.60, an Gen. Minister Generaloberst Mielke (BSTU, ZA, MfS, Allg. S 75/65, Band 3, Bl. 354), siehe gleichlautend auch: Ministerium des Innern, Befehl des Ministers Nr. 9/58, 26. Februar 1958, Inhalt: Die Ergebnisse der Grenzsicherung im Jahre 1957 und die Aufgaben der Deutschen Grenzpolizei zur Verbesserung der Grenzsicherung (BSTU, ZA, MfS, BdL Dok. Nr. 50048, Bl. 3)

71 Bericht der HA V, AG Information, III. Die Lage in den Grenzgemeinden, Berlin, 27.8.1961, betrifft: Erscheinungen der politisch-ideologischen Diversion im Kreisgebiet Hildburghausen/Suhl (Zeitraum: 1. Jan.–12. Aug. 61) (BSTU, ZA, MfS, Allg. S 75/65, Band 3, Bl. 293)

72 ibd., Bl. 356

73 ibd., Bl. 357

des zu kennen. Sonst fühlten sie sich von vorne herein in der Defensive. Das sei aber *eine starre und formale Auslegung* und behindere die Genossen.<sup>79</sup> Ob aber die Menschen, welche die Debatte im Deutschen Bundestag als „Affentheater“ bezeichneten, Sympathie für die „Volksdemokratie“ hegten, wagte die Partei wohl nicht zu hoffen. Viele im Kreis Wernigerode hatten wohl eher Angst vor den Plänen zur Aufstellung der Volksarmee, empfanden diese als bedrohlich und kriegstreibend, nicht jedoch die Bonner Pläne. So beschreibt der Wernigeröder Stimmungsbericht vom 1. Februar 1956: *Es ist, ... daß man Volksarmee gleich Krieg setzt. Daß der Bestand einer Volksarmee nicht Angriff sondern Abwehr bedeutet, haben noch nicht alle begriffen.*<sup>80</sup> Im Kupferwerk Ilsenburg (Walzwerk) schreibt jemand mit Kreide auf die *Klosettanlage* ...: *„Nieder mit der Volksarmee, die Schreier können selber gehen.“*<sup>81</sup> Vor diesem Hintergrund könnte eine Äußerung, die ihrem Ärger Luft macht in der Formulierung „Affentheater“ auch gemeint haben, die Opposition gegen die Errichtung der westdeutschen Armee sei „affig“, denn sie sähe nicht, woher die wirkliche Gefahr drohe. Und dort, wo die SED die Zustimmung der Bevölkerung zur Errichtung der Volksarmee registrierte, war ihr oft deren Motivation nicht unheimlich. So heißt es in dem Februarbericht: *Eine weitere Unklarheit die vorwiegend bei unseren älteren Menschen auftritt, ist die, daß sie sagen, daß es höchste Zeit wird der Jugend ein bißchen Schliff beizubringen.* Im Mai 1957 findet die Staatssicherheit in Blankenburg auf den Toiletten Hakenkreuze und Kritzeleien: *raus mit Ulbricht.*<sup>82</sup>

Eine Ähnlichkeit zwischen der „neuen“ Zeit und der braunen Diktatur fiel den Menschen auf. Die Uniformen der NVA würden als „faschistisch“ bezeichnet, und der Unterschied zwischen den Uniformen des einfachen Soldaten und der Offiziere kritisiert, vermeldet die SED-Kreisleitung. *Im Getriebewerk ... wurde von Kollegen die Meinung vertreten, daß es genauso wie früher sei, der Schütze A... im Knobelbecher und die Offiziere mit Lametta.* Unter der Überschrift „Feindtätigkeit“ führt der Bericht weiter aus: *In der Schlosserei des Kupferwerkes [Ilsenburg] führte der Kollege G..., Umsiedler und ehemaliger Feldwebel der faschistischen Wehrmacht folgendes aus. Können wir auch hier die Wahrheit sagen ohne das einem die Schlinge um den Hals gelegt wird. Wir sind nicht damit einverstanden, daß eine Volksarmee aufgestellt wird. ... Jetzt sei auf*

*einmal Geld da 1945 war für die Umsiedler nichts da. Er sagte weiter, daß bei uns Lohnkürzungen am laufenden Band erfolgen und das Thyssen und Krupp kein Interesse haben die Arbeiter zu überfallen. Seiner Meinung nach könnte die Westdeutsche Armee ruhig einmarschieren, wir hätten doch Freunde die helfen würden. Bei uns würde ein Spitzelsystem herrschen, wer 100 Punkte erreicht, müßte verschwinden. Er hätte wohl mit seinem Diskussionsbeitrag den 71. Punkt erreicht.*

Die Ablehnung alles Militärischen war geradezu impulsiv. Im VEB Holzbau in Benneckenstein hätten von sieben Leitungsmitgliedern es fünf abgelehnt in den Kampfgruppen, der paramilitärischen Organisation in den Betrieben, mitzuarbeiten, darunter sei auch der Parteisekretär gewesen, wird am 4. Februar 1957 berichtet. *Ebenfalls wollten sie nicht wieder bei der Wahl kandidieren, erst nach längerer Aussprache erklärten sie sich wieder bereit.*<sup>83</sup>

Neben die offene, sich selbst gefährdende Empörung tritt die Kritik in der Maske der Verstellung. Über die Reaktionen zum XX. Parteitag der KPdSU berichtet der Wernigeröder Stimmungsbericht unter dem Punkt „Feindtätigkeit“: *Im Hornberger Kalkwerk hat ein Genosse die Parole verbreitet, daß im Rundfunk gesagt worden wäre, daß alle Stalinbilder und Bücher zu vernichten sind. Auf die Frage welcher Rundfunk dies denn gesagt habe, behauptete er, der Demokratische.*<sup>84</sup> Den Gründen für das Misstrauen gegenüber den DDR-Regierungssendern geht der Stimmungsbericht vom 11. Juli 1956 nach: *In den Diskussionen, die darüber im Elmo Werk geführt wurden, brachte der Gen. B... folgende Argumentationen. Er hätte mit verschiedenen Menschen aus Westdeutschland gesprochen, die durchaus positiv zur DDR stehen, es aber ablehnen wie ein großer Teil der Bevölkerung in Westdeutschland, unsere Sender zu hören, weil er nach ihrer Meinung zu sehr „hetzt“. Der Rundfunk in der Bundesrep. bringt dies feiner und diplomatischer.* Die Kreisleitung Wernigerode steht dem geistig geradezu hilflos gegenüber, denn sie empfiehlt nun als Rezept dennoch quasi vom Gleichen mehr: *Aus dieser Erkenntnis wächst für die Aufgabe noch intensiver in den Betrieben und bei jeder anderen Gelegenheit Agitation zu treiben und unseren Menschen den wahren Sachverhalt anzuzeigen. Viele Anzeichen deuten daraufhin, daß gerade die Kumpel in den Betrieben darauf warten, daß die Funktionäre kommen und sie über diese oder jene Dinge aufklären. Denn soweit ist*

79 Probleme aus dem Einsatz im Kreis Wernigerode, Berlin, 12.6.1956 (ibd.)

80 Informationsbericht vom 1.2.1956 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

81 Bericht vom 15.2.56 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

82 Bericht v. 20. Mai 1957 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

83 SAPMO, Signatur: IV 215/749, Bericht vom 4. Februar 1957

84 Stimmungsbericht der Kreisleitung Wernigerode vom 14.3.1959 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)



---

*heute der größte Teil unserer Menschen, daß sie nichts mehr unbesehen hinnehmen. Zum Abschluß ... möchten wir auf den Umstand hinweisen, daß in fast allen Betrieben über die Überhäufung mit Literatur geschimpft wird. Genossen und Kollegen vertreten den Standpunkt, daß im allgemeinen das Papier knapp ist und die Broschüren von jeder Organisation, die sich oft überschneiden, immer mehr werden.*

Die Partei des Materialismus hadert mit „unseren“ Menschen: *Sie lassen sich noch zu viel von den Schaufenstern, Nickel und Chrom blenden. Daß Motorräder und der Benzin billiger sind usw. und wenn es dann wirklich zum Kriege kommen sollte, dann bleiben wir ja ebenfalls nicht verschont, aber die in Westdeutschland haben dann aber gelebt. Das ist die Meinung von einigen Kollegen aus dem Elektromotorenwerk.*<sup>85</sup> Die SED-Kreisleitung Wernigerode will die Bevölkerung zur Zustimmung durch politische Agitation bewegen, und sie ist damit konfrontiert, dass *unsere Bevölkerung ihre Einstellung zu unserem Staat von der Versorgung abhängig macht.*<sup>86</sup> Andererseits wissen die Wernigeröder Genossen, dass sie damit die Bevölkerung nicht ruhigstellen können. *Bisher wurde oft die Meinung vertreten, das man sich in diesen Kreisen [Handwerker] wenig mit Politik beschäftigt, das dies aber nicht der Fall ist, beweisen die Unterhaltungen mit ihnen wo oft die Kenntnisse der Zusammenhänge über diese und jene Probleme frappieren. Die Nationale Front, die dazu berufen wäre in differenzierten Aussprachen Einfluß auf diese Kreise zu nehmen, hat es leider bisher nicht verstanden in entscheidendem Maße die Handwerker zu gewinnen, so daß sich die Kreisleitungen Gedanken machen müßten welche Mittel und Wege anzuwenden sind um auch in diesen Kreisen mehr als bisher aufklärend zu wirken. Denn die Kenntnis dieser und jener Probleme besagt noch nicht, daß von ihnen die nötigen Schlußfolgerungen gezogen werden.*<sup>87</sup>

Die von der Diktatur erzwungene Spaltung der Persönlichkeit wird von der SED selbst bemerkt: *Besonders unter den Lehrern an den Schulen ist die Meinung zu erkennen, daß sie zweierlei Meinungen haben, eine sogenannte „dienstliche“ und eine „persönliche“.* Und die SED glaubt, dass es die Medienbeeinflussung aus dem Westen ist, welche hilft, diese Trutzburg, abgeschirmt im eigenen Ich, zu errichten. Zu den Ursachen dieser Bewusstseinspaltung schreibt sie: *Ohne weiteres sind hier die Bestrebungen des Klassengegners zu erkennen, eine Spaltung zwischen der*

---

85 Stimmungsbericht der Kreisleitung Wernigerode vom 19.9.56 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

86 Bericht vom 2.1.1956 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

87 Bericht vom 2.1.1956 (ibid.)

---

*Masse der Mitglieder und der Parteiführung zu erreichen.*<sup>88</sup> Während die SED die Ursachen der inneren Abwendung der Menschen von ihrem Staat in der Beeinflussung durch äußere Feinde sieht, sehen in der DDR auch ursprünglich diesem Staat wohl gesonnene Menschen die Gründe anders. Dr. O., Arzt in der Poliklinik Wernigerode, ist 1953 aus Westdeutschland in die DDR gekommen. Er war kurze Zeit Mitglied der SED. Dann hat er seinen Parteiausweis in Jena abgegeben. *Der hohe Krankenstand der DDR liege daran, daß an den Menschen zu hohe Anforderungen gestellt werden, die an Hetzen und Jagen grenzen,* zitiert die Wernigeröder SED ihn am 4. Februar 1957. Handschriftlich ist am Rande notiert: *erl. 18.2.;* was möglicherweise so viel heißt wie, durch „Aussprache“ zum Schweigen gebracht. Unabhängig davon, ob die Beschreibung des Arztes zutrifft oder nicht, so etwas hätte sich nicht innerhalb von zwei Wochen abstellen lassen.<sup>89</sup>

Lehrer waren dem ideologischen Gejagt- und Gehetztwerden in besonderer Weise ausgesetzt, sollten sie doch im Mittelpunkt des Bestrebens stehen, den neuen Menschen hervorzubringen. Im März 1957 werden in verschiedenen Schulen des Kreises Wernigerode „Aussprachen“ mit den Lehrern geführt. Die SED Wernigerode fasst ihre Eindrücke wie folgt zusammen: *Allgemein ist festzustellen, daß alle Genossen Lehrer bemüht waren, ehrlich ihre Meinung zu sagen, sich aber kaum um einen parteilichen Standpunkt bemühen. Die Ursachen dazu liegen unseres Erachtens darin begründet, daß man in der Vergangenheit die politisch ideologische Anleitung und Erziehung der Lehrer vernachlässigte. Außerdem ist gerade in Blankenburg charakteristisch, daß eine Reihe von Genossen Lehrern früher Funktionen hatten, aus denen man sie herausnahm ohne versucht zu haben, sie durch Erziehungsmaßnahmen weiter zu entwickeln. Das hat dazu beigetragen, eine starke Verbitterung und ein gewisses Mißtrauen aufkommen zu lassen. So brachte der Genosse Döhring, stellvertretender Direktor der August Bebel-Schule Blankenburg zum Ausdruck, daß er kein Vertrauen zur Partei habe. Er wurde von seinen Funktionen abgelöst, weil er angeblich politisch nicht aktiv genug gewesen wäre. Er werde auch jetzt nichts mehr sagen und nur seine Arbeit verrichten.*<sup>90</sup>

Ende der fünfziger Jahre drängte die Regierung der DDR, nachdem ein erster Kollektivierungszwang unter dem Schock des Aufstandes vom 17. Juni zurückgenommen worden war, erneut die Bauern in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. In den letzten Jahren vor dem

---

88 Bericht v. 7. Juni 1956 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

89 Bericht v. 4. Februar 1957 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

Mauerbau flohen gerade die Bauern in hoher Anzahl. Die Flucht über die immer stärker überwachte „grüne“ Grenze war gefährlich. Vielleicht befürchteten manche Landwirte, eine gemeinsame Flucht der Familie über Berlin sei zu auffällig. Jedenfalls scheint es vorgekommen zu sein, dass Familienväter alleine die DDR verließen. Die SED deutete dieses Panikverhalten als *Verhältnisse der Unmoral*.<sup>91</sup> Und natürlich wirkten sich die nicht bestellten Felder aus; die Versorgung der Bevölkerung mit Frischfleisch und Gemüse war im Sommer 1961 im Kreis Wernigerode äußerst mangelhaft.<sup>92</sup> Die SED wiederholte ihren Bekehrungszwang: *In den Schwerpunktgemeinden Wienrode und Hüttenrode, in denen bei den LPG Typ I Austrittserklärungen vorliegen, wurden ständig Aussprachen geführt, um den Genossenschaftsbauern die Perspektiven der sozialistischen Landwirtschaft aufzuzeigen. Auch in der LPG Hüttenrode sind bereits viele Aussprachen geführt worden. Dort ist es so, daß die Genossenschaftsbauern bei den Aussprachen es wohl einsehen, daß ihr Schritt nicht richtig ist. Aber wenn am anderen Tage wieder bestimmte Schwierigkeiten auftreten, sehen sie nur in der Austrittserklärung einen Ausweg.*<sup>93</sup>

Auf die Arbeiterschaft hingegen setzt die Kreisleitung Wernigerode ihre Hoffnungen: *Im großen und ganzen macht sich in den verschiedenen Grenzgemeinden der Umstand positiv bemerkbar, daß viele Einwohner in naheliegenden Industriebetrieben beschäftigt sind, so daß durch diese Kräfte eine positive Einwirkung auf die negativen bzw. noch abseits stehenden Kräfte ausgeübt wird.*<sup>94</sup>

Zur ideologischen Abgrenzung tritt der Versuch der physischen Abriegelung vom Westen. So wird die Kreisleitung Wernigerode 1962 darauf aufmerksam, dass der Kreisarzt Dr. Floos Seuchenmeldungen an das staatliche Gesundheitsamt in Clausthal-Zellerfeld weitergibt. Daraufhin wird er zur Rede gestellt, und es wird ihm mitgeteilt, dass die *Übergabe von Seuchenmeldungen nicht zulässig* sei. Dr. Floos verteidigt sich. Der *gegenseitige Austausch von Seuchenmeldungen* [insbesondere hier bezogen auf die Viehwirtschaft] sei *unbedingt erforderlich*. Die *Seuchen hielten sich nicht an die Grenzziehung, beide Landkreise hätten „vielfältige Berüh-*

*rungspunkte, zum Beispiel bei der Trinkwasserversorgung.*“ Und trotz der geführten Diskussionen beharrte Dr. Floos auf seinem Standpunkt und protestierte gegen die Einstellung dieses Schriftverkehrs. Die SED-Kreisleitung will die *begonnenen Auseinandersetzungen mit Herrn Dr. Floos* fortsetzen.<sup>95</sup> Während aber der Arzt Dr. Floos intuitiv von einem gemeinsamen staatlichen Interesse zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ausgeht, aus diesem Grunde die wechselseitige Information über natürlich vorkommende bakterielle Erreger und deren seuchenartige Ausbreitung für sinnvoll und notwendig erachtet, ist die Kaderkommission des Rates des Kreises Wernigerode mit der Durchsetzung eines Beschlusses des Ministerrates vom 8. September 1961 beschäftigt, der „Störfreimachung“ im Sperrgebiet. Straßen sollen an der einen Stelle aus militärischen Gründen verengt, Bahnstrecken geschlossen, strategisch wichtige Straßen an anderer Stelle ausgebaut werden, und für den Zulauf der Warmen Bode wird die folgende Regelung getroffen: *Um bei Verunreinigungen des Laufes der Warmen Bode auf westdeutschem Gebiet entsprechende Sicherungsmaßnahmen aus der Überleitungssperre einleiten zu können, sind auch in Sorge [dem Grenzdorf am Südrand des Ostharzes] Einrichtungen zu treffen, die eine ständige Kontrolle des Wassers ermöglichen.*<sup>96</sup> Dr. Floos denkt an natürliche Gefahrenherde, u. a. aus der Tierhaltung resultierend. Der Rat des Kreises trifft Vorkehrungen gegen kriegsgerische Einwirkungen: *Die [verlangte] Anlage muß sowohl chemische wie biologische Verunreinigungen des Wassers feststellen können. Mit der Wasserwirtschaftsdirektion Magdeburg, Oberbauleitung Bodewerk, so wird angeordnet, sind Maßnahmen einzuleiten, die garantieren, daß noch in diesem Jahr eine arbeitsfähige Anlage entsteht.*

Vor dem Mauerbau scheint der Bundesgrenzschutz zusammen mit den alliierten Truppen, schenkt man den Berichten des MfS Glauben, wiederholt versucht zu haben durch das „Legen von Finten“ Fluchten ostdeutscher Bürger in den Westen zu erleichtern. Der Leiter des MfS, Bezirksverwaltung Magdeburg, berichtet am 14. Mai 1960 an den Generaloberst Mielke: *Die Lage war ... gekennzeichnet durch das Legen von provokatorischen Spuren auf der K 10. Allein im Zeitraum vom 15.3. 60 bis 20.4. 60 konnten insgesamt 56 provokatorische Grenzspuren ... festgestellt wer-*

90 Bericht v. 21. März 1957 (SAPMO, Signatur: IV 215/749)

91 Informationsbericht vom 4.8.1961 (SAPMO, Signatur: IV 215/754)

92 ibd.

93 ibd.

94 BStU, ZA, MfS, Allg. S 75/65, Band 3, Bl. 357

95 Beratungen in den Grenzgebieten (Kreisarchiv Wernigerode, 11664, Archivsignatur 402, unpaginierter Bestand)

96 Abteilung Inneres, Beratungen in den Grenzgebieten, Rat des Kreises Wernigerode, Kaderkommission, Maßnahmeplan zur Durchsetzung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8.9.1961 (Kreisarchiv Wernigerode, 11664, Archivsignatur 402, unpaginierter Bestand)

den.<sup>97</sup> Haben sich westdeutsche Jugendliche, wie das MfS-Dokument behauptet, zu dem selbstmörderischen Überschreiten der Grenze von westlicher Seite und dem absichtlichen Laufen durch den geharkten 10-Meter-Grenzstreifen in jugendlich-idealistischem Kampf- und Übermut verleiten lassen? In dem gleichen Dokument heißt es, englische Besatzungstruppen hätten wiederholt „Kriegsstreifen“ durchgeführt; auf allen Straßen und Wegen, die zur Grenze führen, seien sie mit Panzerspähwagen und Schützenpanzerwagen, 2–3 Lkws und Jeeps an die Grenze herangefahren.<sup>98</sup> Unzweifelhaft spricht hieraus nur, dass im April 1960 die politische Lage im Grenzgebiet äußerst angespannt ist, wohl auch, dass die DDR über Möglichkeiten verfügte, Truppenbewegungen auf westlicher Seite detailliert aufzuzeichnen.

Im zeitlichen Vorlauf des Mauerbaus versuchte die Regierung der DDR Kriegsfurcht zu schüren. So ergeht am 17. Mai 1960 eine gemeinsame Direktive des Ministers des Innern, des Ministers der Justiz, des Generalstaatsanwaltes und des Staatssekretärs für die Anleitung der örtlichen Räte, in welcher es heißt: *Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Klassenkampfsituation in Deutschland gewinnen die Fragen der inneren sowie öffentlichen Ordnung und Sicherheit ... große Bedeutung. ... Obwohl die Pläne der westdeutschen Konzernherren, Militaristen und der von ihnen bezahlten Handlanger zur gewaltsamen Störung der sozialistischen Entwicklung in der DDR bankrott [sind] ..., lassen sie, vor allem von Westdeutschland aus, nichts unversucht, zur Vorbereitung ihrer feindlichen Tätigkeit. Sie sind in das Stadium der offenen Bürgerkriegsvorbereitung, d. h. der unmittelbaren Vorbereitung des bewaffneten Überfalls auf die DDR eingetreten.*<sup>99</sup>

Aber wie ist es nun tatsächlich um diese feindliche Tätigkeit von westlicher Seite bestellt? Für den Harz liegen – aus Sicht des MfS – keine Dokumente vor, aber im Oktober 1959 gelang es der Staatssicherheit bei einer Zonengrenzfahrt der SPD Wilmersdorf einen Horchposten einzuschmuggeln, dessen Aussagen in einem Tonbandprotokoll in einem Bericht der Hauptabteilung V/2 am 8. Oktober 1959 den Weg in die Akten fanden, und dessen Bericht vielleicht exemplarisch ist. *Dem Bürgermeister*

[von Schnakenburg] wurden häufig Wünsche von Bewohnern der DDR zum Ausdruck gebracht, z. B. könnt ihr die Glocken nicht etwas länger läuten lassen. ... In einem vertraulichen Gespräch mit dem Bürgermeister und dem Kreissekretär der SPD wurde gesagt, daß viele Schiffer [aus der DDR] ... Bücher, Zeitschriften ... aus der Bundesrepublik in die DDR hinein schmuggeln. ... Wunsch der SPD in diesem Gebiet ist, daß die Bundesregierung einen großen Teil von Aufklärungsschriften Schnakenburg zur Verfügung stellt, die insofern wertlos sind, daß die Schiffer sie bei Kontrollen sofort über Bord werfen können. ... Weiterhin sagte der Bürgermeister, es muß geheim bleiben in diesem Kreise, daß viele Schiffer aus der DDR und auch aus der CSR Westgeldbeträge beim Bürgermeister einzahlen auf ein Konto für evtl. Fälle. In einem internen persönlichen Gespräch mit dem Vorsitzenden des Unterbezirks Ulzen teilte er mit, daß er vom Parteivorstand der SPD in Bonn, mehrere Briefe, u. a. auch Briefe des Ostbüros zum Versand in das Gebiet der DDR erhalten hat. Diese Briefe liegen seit 1 ½ Monaten in seinem Büro, denkt er nicht daran diese Briefe, die bereits mit Namen versehen sind in das Gebiet der DDR zu versenden. Er sagte, ich wäre ein schlechter Sozialist, wenn ich diese Menschen im Gebiet der DDR durch Übersendung der Briefe gefährden werde.<sup>100</sup>

Während auf westlicher Seite, im Zonenrandgebiet, bei der Bevölkerung ein Gefühl der Verlassenheit wächst, wie der Spitzel von einem Lehrer aus Schnackenburg erfuhr, wurde auf östlicher Seite das Leben im Sperrgebiet immer stärker eingeengt. 1962 werden die Kinderheime in Schierke, Elend und Ilsenburg als potentielle Schlupflöcher geschlossen und Privatunterkünfte im 5 km Sperrgebiet nicht mehr geduldet. Im Heinrich-Heine-Haus, dem „Intelligenzlerheim“ in Schierke, sollen auf Anordnung des Ministers für Nationale Verteidigung, Hoffmann, keine Tagungen und Konferenzen mehr stattfinden.<sup>101</sup> Die Ein- und Ausreise aus dem Hinterland der DDR in dieses Niemandsland zu Verwandtenbesuchen an der Zonengrenze ist streng reglementiert. Besuchsweise als Urlauber sollen nur noch FDGB-Urlauber, die zuvor einer strengen Kontrolle unterzogen werden, in das Sperrgebiet hinein dürfen.<sup>102</sup>

100 Bericht der Hauptabteilung V/2, Berlin 8.10.1959, Abschrift eines Tonbandes, Betr.: Zonengrenzfahrt vom 28.9. bis 3.10.1959 (BStU, ZA, Allg. S 204/62, Band 13, Bl. 28–36), *Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bundeshaus Berlin Abteilung II/2/1/1000/02/1961/59 im Schreiben vom 28. August '59, Unterschrift Dr. Gefäller, hat dieser Reise seine Zustimmung gegeben und einen Zuschuß von 1000,- DM (West) dazugegeben.* Gemeint ist der Unterbezirk Uelzen.

101 Kreisarchiv Wernigerode, 11664, Archivsignatur 402, unpaginierter Bestand

102 Kreisarchiv Wernigerode, 11664, Archivsignatur 402, unpaginierter Bestand

97 BStU, ZA, MfS, Allg. S 204/62, Band 13, Bl. 349 – Das Dokument trägt die möglicherweise 1960, eventuell auch später, hinzugefügte Randbemerkung: ? Was ist Legen Provokat. Spuren. Vermutlich sind irreführende Fußspuren im Zehn-Meter-Kontrollstreifen gemeint.

98 ibd.

99 Kreisarchiv Wernigerode, 11664, Archivsignatur 402, unpaginierter Bestand

Die (mentale) „Störung“ durch den Westen will die SED nicht bei der Bevölkerung sondern auch im eigenen Herrschaftsapparat eliminieren. Der christliche Glaube und Familienbande zwischen Ost und West durchlöchern die ideologische Abgrenzung, und daher ermittelt die Bezirksbehörde der Volkspolizei 1956, *wieviele [der] Genossen der Abteilung PM ... noch in der Kirche [sind]? Von 20 Polizisten sind in Wernigerode noch 19 Mitglied einer Religionsgemeinschaft, im gesamten Bezirk Magdeburg sind es nur noch 22,4 Prozent!*<sup>103</sup> Vier Jahre später ist es der Bezirksdirektion der Volkspolizei gelungen, alle Volkspolizisten der Abteilung Pass- und Meldewesen in Wernigerode zum Austritt aus den Kirchen zu bewegen. Unbefriedigend bleibt aber der Gesundheitszustand der Polizisten. Die kränkelnden Genossen bleiben im Jahresdurchschnitt 27,45 Tage der Arbeit fern. Bei der Analyse der „Kaderlage des Dienstzweiges Pass- und Meldewesen“ stoßen die Genossen auf ein weiteres unerfreuliches Faktum: Zwei Drittel aller Volkspolizisten der Abteilung Pass- und Meldewesen im Bezirk Magdeburg haben im Jahr 1960 Verwandte ersten und zweiten Grades in Westdeutschland. In Seehausen haben gar 85 Prozent ... *aller Genossen Westverwandtschaften*. Von der Hälfte ihrer Abteilungsleiter trennt sich die Volkspolizei im Bezirk Magdeburg im gleichen Jahr. *Für die Verbrechensbekämpfung auf dem Gebiet der Bevölkerungsbewegung, der Republikfluchten und der Abwerbung zieht die Bezirksdirektion der Volkspolizei im Juni 1961 den folgenden Schluss: Der bestehende Schwerpunkt in den Westverbindungen ist bis 31.12.1961 dahingehend zu überwinden, daß eine offene und ehrliche Atmosphäre bei den Genossen besteht, wobei bis zum 30.09.1961 die Grenzkreisen in den Vordergrund stehen.*<sup>104</sup>

Hintergrund der Dringlichkeit, die Volkspolizisten in den Grenzkreisen zu disziplinieren, könnte die für den 3. Oktober 1961 bevorstehende Zwangsausiedlungsaktion namens „Festigung“ gewesen sein. Aufgabe der Volkspolizei ist es, die Liste der Auszusiedelnden zu erstellen. An der Durchführung der Aktion sind die Polizisten gleichfalls beteiligt. Viele geraten auf die Listen, weil sie den Kontakt zu ihren Verwandten im Westen nicht aufgeben. Damit es bei Volkspolizisten nicht zu einer Solidarisierung mit den Opfern und nachfolgender Befehlsverweigerung kommt, sollte vermutlich das „Unrechtsbewusstsein“ solchen Tuns im Vorfeld der Gewalttat geschärft werden. Parallel zu den Degradierungen und Umsetzungen in der Volkspolizei sollen unzuverlässige Führungskräfte beim Rat des Kreises Wernigerode abgelöst werden. 19 Mitarbeiter des Rates des Kreises erhalten bis zum 31.12.1961 neue Aufgaben, mit 36 werden

103 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18, Nr. 240

104 Kaderlage des Dienstzweiges Paß- und Meldewesen, BDVP Magdeburg, V/296, 1. Juni 1961 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18, Nr. 240)

wegen „Unklarheiten in den Unterlagen“ „Aussprachen“ geführt.<sup>105</sup> Wer nicht jederzeit stramm in der Öffentlichkeit seine Linientreue dokumentierte, in den Westen reiste, obwohl er keine *nähere[n] Angehörige[n] in der Bundesrepublik* hatte, geriet ins Fadenkreuz der Kritik. Wer zu oft in den Westen reiste, wer unter seinen Angehörigen Flüchtlinge hatte oder zur Zeit der Nazis der Wehrmacht angehört hatte, und sei es nur in niederen Dienstgraden gewesen, wer Mitglied der NSDAP gewesen war, musste nun mit einer Umsetzung oder zumindest einer unangenehmen „Aussprache“ rechnen. Unter den Mitgliedern der örtlichen Räte im Sperrgebiet gab es Rückkehrer. Sie sollten nun entlassen werden; die Staatsbediensteten einzuschüchtern war eine notwendige Voraussetzung des Mauerbaus.

Seit Frühjahr 1960 kursierte in den Gemeinden Klötze und Salzwedel das Gerücht *die Bevölkerung aus dem Sperrgebiet solle demnächst nach Mecklenburg ausgesiedelt werden*.<sup>106</sup> Am 13. August 1961 wird mit dem Mauerbau in Berlin und entlang der innerdeutschen Grenze der Strom der Flüchtenden gestoppt. Die Bevölkerung reagiert mit Erbitterung, wie das MfS registriert: *Am häufigsten tauchten dabei Thesen auf, die DDR sei ein KZ, man lebe hier „unfrei und geknechtet“, die Berlinmaßnahmen hätten die Spaltung vertieft, die DDR verschärfe die internationale Lage und träge mit zur Gefahr eines neuen Krieges bei.*<sup>107</sup>

Am 3. Oktober 1961 werden, um den Zorn zu brechen, nach gleichem Muster wie 1952, Menschen aus den Grenzorten ins Hinterland der DDR deportiert. Lag für die damaligen Zwangsausiedlungen offiziell der Fokus auf „Mördern, Räubern, Dieben und Prostituierten“, wobei nicht einer aus diesem Kreis von Kriminellen aktenkundig wurde, sollten nun die Grenzkreise in erster Linie von „unverbesserlichen Nazis“ und Rückkehrern gesäubert werden. 97 Menschen müssen den Kreis, aufgeschreckt in den frühen Morgenstunden und abtransportiert auf Lkws, verlassen; entlang der Grenze insgesamt 3.165 Menschen.<sup>108</sup> Sie kamen an ihren neuen Wohnorten in oft armseligen Quartieren unter, die ihnen sogar mitunter nach der Abschlusskontrolle wieder weggenommen wurden. Mielke kriti-

105 Bericht vom 17.10.1961 über vorgesehene Veränderungen unzuverlässiger im Staatsapparat arbeitender Kader (Kreisarchiv Wernigerode, Akte 320, unpaginierter Bestand)

106 BStU, ZA, MfS, Allg. S 75/65, Band 3, Bl. 358

107 Hauptabteilung V AG Information/Auswertung, Berlin, den 1.9.1961, Zusammenfassende Einschätzung der Vorkommnisse in den Grenzkreisen ab 12.8.1961 (BStU, ZA, MfS, Allg. S. 75/65, Band 3, Bl. 5)

108 Abschlußbericht über den Verlauf der Aktion zur Festigung der Staatsgrenze nach Westdeutschland (BStU, ZA, MfS, BdL Dok Nr. 584, Blatt 166, 236). In dem Bericht „Statistischer Abschlußbericht – Aktion Festigung“, Berlin 2.11.1961 (BStU, ZA, Allg. S 19/82, Bl. 184) wird hingegen als Zahl der insgesamt ausgesiedelten 3.175 genannt.

siert, die „Einsatzbereitschaft“ bei den für die Aktion zusammengezogenen Kräften aus Kampfgruppen der Betriebe, Freiwilliger Feuerwehr und Volkspolizei sei oft mangelhaft gewesen.<sup>109</sup>

Am Abend des 3. Oktober werden in den meisten Grenzorten Einwohnerversammlungen durchgeführt: *Viele Bürger sind in ihren Äußerungen sehr vorsichtig, und sagen nicht offen die Meinung, weil sie befürchten, ebenfalls umgesiedelt zu werden.*<sup>110</sup> Auch in den Reihen der Partei hatte die Maßnahme der Regierung Verstörung ausgelöst. So monierte das MfS: *Bei einer Reihe von Genossen im Sperrgebiet gab es Unklarheiten über die Aktion. Es gab Beispiele, daß Genossen die Maßnahmen nicht verstanden, bzw. daß sogar Versammlungen durch ihr Verhalten scheiterten.*<sup>111</sup> Der Minister für Staatssicherheit zieht als Schlussfolgerung, das Netz der IMs sei dichter zu ziehen, zugleich nimmt Erich Mielke eine Zweideutigkeit in den Beziehungen zu den Unterworfenen wahr. Die IMs wagten nicht mehr zu sagen, was sie beobachteten, sondern versuchten in ihren Berichten sich darauf einzustellen, was ihre Führungsoffiziere, ihrer Vermutung nach, hören wollten. Es sei *mit aller Entschiedenheit der Kampf gegen ungenaue, schönfärberische und tendenziöse Berichterstattung zu führen.*<sup>112</sup> Wie dieser Kampf gegen *tendenziöse Berichterstattung* mit der im selben Atemzug geforderten verstärkten *ideologischen Beeinflussung* der inoffiziellen Mitarbeiter logisch zusammengehen konnte, blieb sein Geheimnis.<sup>113</sup>

Im Nachhinein legte die Staatssicherheit eine detaillierte Dokumentation der Maßnahmen an. Sie soll, das wird ganz offen ausgesprochen, als Muster dienen für zukünftige Aktionen dieser Art.<sup>114</sup> Wen hätte der Staat „guten Gewissens“ noch aussiedeln können, da das Grenzgebiet von „Mördern, Dieben, Prostituierten,“ und nun auch noch von „Rückkehrern

109 Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit Büro der Leitung II, Berlin, 11.12.1961, Bemerkungen zur Dokumentation Aktion „Festigung“ (BStU, ZA, MfS, Allg. S 75/65, Band 4, Bl. 42)

110 Abschlußbericht vom 6.10.61 über den Verlauf der Aktion zur Festigung der Staatsgrenze nach Westdeutschland (BStU, MfS, ZAIG 526, Bl. 250)

111 Abschlußbericht über den Verlauf der Aktion zur Festigung der Staatsgrenze nach Westdeutschland, 6.10.61 (BStU, MfS, ZAIG 526, Bl. 250)

112 BStU, ZA, MfS, Allg. S 75/65 Band 4, Bl. 61 – Dieses Zitat entstammt dem 1. Entwurf eines Befehls des Ministers für Staatssicherheit Nr. /61, also aus dem Jahr 1961, wobei die Nummer und das Datum noch eingesetzt werden mussten (Bl. 55)

113 ibd., Bl. 59

114 *Die Dokumentation kann als eine gute Arbeitsgrundlage in der Durchführung ähnlicher Aktionen dienen. Der Aufbau und die Anlage dieser Dokumentation sind als Nachschlagewerk geeignet.* (BStU, ZA, MfS, Allg. S 75/65, Band 4, Bl. 42)

und Nazis“ „gereinigt“ war? *Die Grenzbezirke haben jetzt einen anderen Charakter bekommen*, konstatierte Erich Mielke nach der 61er Aktion und sprach *allen Mitarbeitern* seines Ministeriums, *die sich während der Durchführung der Aktion gut bewährt haben*, seine Anerkennung aus. Dieses Lob kontrastiert er mit Kritik an dem *Verhalten verschiedener VP-Angehöriger, welches (...) sehr undefinierbar war*. Es seien *defaitistische Stimmungen* und *als Einzelercheinungen auch Verrat* aufgetreten.<sup>115</sup> Ob Mielke hier in ideologischer Sprache ein wirkliches Ereignis ausmacht, – moralische Verzweiflung bei denen, welche nicht den Mut aufbrachten, sich den Befehlen zu widersetzen –, oder ob er gegenüber Ulbricht die Unentbehrlichkeit seines Ministeriums taktisch herausstreichen will, bleibt unaufschlüsselbar. In dem gleichen Entwurf des Abschlussbefehls heißt es, die Aktion sei *im wesentlichen ohne besonderen Widerstand* verlaufen. Sein Reflex hierauf: *Es sind entschiedene Maßnahmen zu treffen, um alle Tendenzen der Sorglosigkeit gegenüber der Tätigkeit des Feindes zu beseitigen.*

Rund 10.000 Menschen wurden in den drei großen Zwangsaussiedlungen ausgesiedelt.<sup>116</sup> Die Regierung der DDR führte keine Zwangsausweisungen größerer Anzahl mehr durch, und in den folgenden Jahrzehnten wurde die Grenze technisch perfektioniert.

## 7. „Republikverrat“ und „Rückkehrer“ – Von Ost nach West und retour. Lebenswege zwischen den Blöcken

Über Ulbrichts auf der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 angekündigten „Aufbau des Sozialismus“ stimmten die Menschen mit den Füßen ab. Im ersten Quartal 1953 stieg im Bezirk Magdeburg die Zahl der Republikfluchten auf das Dreifache.<sup>117</sup> Die Volkspolizei sucht auch hier den Weg der Belehrung, durch *Versammlungen, Aussprachen, Veröffentlichungen in der Presse*; ohne Erfolg. Und sie findet die Schuld bei der *Junge[n] Gemeinde* und den Kirchen, diese hätten die Fluchten unterstützt und *ideologisch vorbereitet*.<sup>118</sup>

115 1. Entwurf des Befehls des Ministers für Staatssicherheit Nr. /61 (BStU, ZA, MfS, Allg. S 75/65, Band 4, Bl. 60, 61)

116 Bennewitz und Potratz, Zwangsaussiedlungen, S. 7

117 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, 2. April 1953, Betr. Richtlinien für die Berichterstattung 1. Quartal 1953 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg, Nr. 241)

118 ibd.

Den Besitzanspruch auf „ihre“ Bevölkerung verriet die SED in ihrer Wortwahl: Sie erstellte Statistiken über *Veränderungen im Bestand der Bevölkerung*<sup>119</sup>, und das Zentralkomitee fasste am 24. Februar 1954 einen Beschluss zur *Zerschlagung der Republikfluchten*.<sup>120</sup>

Gerade auch in den Grenzkreisen, dem Festungswall gegenüber dem Imperialismus, gilt der Verhinderung der Republikfluchten das Hauptaugenmerk der Volkspolizei. Und weil sie ihr Ziel verfehlte, zu Ende der fünfziger Jahre der Strom derjenigen, die ihre Zukunft im Westen sehen, stieg und stieg, verabschiedeten die Polizisten sich von der Realität in die Ideologie: *Die illegalen Abwanderungen muß man von der Warte des Klassenkampfes aus betrachten*. Die Meinung, das Problem werde sich von alleine lösen, es müsse nur der 7. Jahrsplan erfüllt, der *Lebensstandard unserer Menschen* gehoben werden, diese Auffassung sei falsch, gibt der Halberstädter VP-Mann auf einer Abteilungsleiterkonferenz am 4.12.1959 zu bedenken. Es gilt (...) in erster Linie das Bewußtsein unserer Menschen zu verändern. Den Sozialismus können wir nur mit bewußten Menschen aufbauen und den Sieg erringen, sagt der Genosse Oberleutnant Sievert.<sup>121</sup> Die Betriebe müssten Mitarbeiter, bei denen sie Fluchtabsichten bemerken, in Aussprachen zur Umkehr bewegen, die Jugendarbeit müsse besser werden. In allen Kreisen werden Komitees eingesetzt, welche auf einen Wink der Abteilung Inneres der Kreise potentiell Republikflüchtige ansprechen und halten sollen, im Idealfall gar Geflohene zur Rückkehr bewegen. Dafür werden die Angehörigen von Republikflüchtigen in Aussprachen unter Druck gesetzt. Groß scheint aber das Interesse in den Betrieben nicht gewesen zu sein, sich in dieser Weise mit den Kollegen anzulegen. Und gar zurückholen und wieder einstellen, sie wieder integrieren? Der BGL-Vorsitzende des VEB Zigarrenfabrik im Kreis Oschersleben meint, daß die „Flittchen“, die uns verlassen haben, ruhig in Westdeutschland bleiben sollten.<sup>122</sup> Das will aber der Genosse Oberleut-

119 Analyse über die Bevölkerungsbewegungen des Bezirks Magdeburg für die Zeit vom 13.8.61 bis 30.4.63 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18.1 Nr. 822)

120 Bericht über die arbeits- und wohnraummäßige Unterbringung von freiwilligen Rückkehrern und erstmalig Eingereisten (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18, Nr. 240)

121 Protokoll über die am 4.12.1959 durchgeführte Abteilungsleitertagung (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg, Nr. 246)

122 BDVP Magdeburg – Abteilung PM, Protokoll über die am 4.12.1959 durchgeführte Abteilungsleiterkonferenz, Blatt 14 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg, Nr. 246)

nant der Volkspolizei Oschersleben, Schwedler, nicht hinnehmen, stellt es als doch abschreckendes Beispiel vor, denn die Rückkehrer, propagandistisch eingesetzt, seien ja das beste Werbemittel, um die Überlegenheit der DDR zu demonstrieren. In den Kreissicherheitskommissionen sollen sie öffentlich über ihre Erlebnisse und warum sie zurückgegangen sind berichten. *Das kann den Kampf gegen Abwanderung positiv beeinflussen*, hofft Schwedler. Zugleich misstraut er den Wanderern zwischen den Welten. Mit der Methode, die Rückkehrer in öffentlichen Diskussionen festzulegen, würden die Rückkehrer (...) gezwungen wahrheitsgemäß zu berichten und (...) auch in privaten Gesprächen zu ihren Ausführungen stehen müssen.<sup>123</sup> Vielleicht eine Ironie des Schicksals ist, dass selbiger Oberleutnant Schwedler anderthalb Jahr später seines Amtes enthoben ist, weil seine Ehefrau mit seinem Wissen in enger Verbindung mit einem ehemaligen und anschließend republikflüchtigen Genossen Offizier stand.<sup>124</sup>

Das Verhalten ihrer Kader, die öffentlich Abgrenzung propagierten, privat aber Westkontakte pflegten, trug dazu bei, dass sie dem Einfallstor feindlicher Ansichten ungeschützt gegenüberstanden. Dies bereitete der Magdeburger Bezirksdirektion der Volkspolizei Sorge. Der Genosse Leutnant Peter in Haldenleben wurde auf Grund mangelhafter politisch-operativer Leitungstätigkeit als Abteilungsleiter abgelöst, in Tangermünde der Genosse Leutnant Schulz fristlos entlassen und gerichtlich verfolgt. Zufriedener war man mit dem Gardelegener Kollegen; allein auch ihm ist es noch nicht gelungen auf die Genossin Unterleutnant der VP Meyer, die Ehefrau des Abteilungsleiters F. erzieherisch so einzuwirken, daß diese ihre Westverbindungen aufgibt. Die BDVP Magdeburg empfindet daher im Juni 1961 die Kaderlage als ernst. Trunkenheit im Dienst, Entlassungen wegen Tuberkulose und schlechtem allgemeinem Gesundheitszustand, ein hoher Krankenstand behindern die politische Zielsetzung der VP, die Bevölkerung anzustacheln zur Kontrolle des Nachbarn, um mitzuhelfen Republikfluchten zu verhindern. Immerhin lagen aber die westdeutschen Kommunisten ganz auf ihrer Linie: *Sehr viele Bürger aus Westdeutschland hatten bei einem Besuch in der DDR erklärt, daß insbesondere die Menschen, welche die DDR illegal verlassen, unsere Republik in den Dreck treten*. In politischen Streitgesprächen waren DDR-Flüchtlinge ihnen in den Rücken [ge]fallen. Deshalb baten [sie] uns förmlich darum alles zu tun, damit kei-

123 ibd.

124 Kaderlage des Dienstzweiges Paß- und Meldewesen, BDVP Magdeburg V/296, 1. Juni 1961, 2. Ausfertigung, 12 Blatt (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18, Nr. 240)

---

ner die DDR illegal verläßt weil diese den politischen Kampf gegen das Adenauerregim[e] behindern.<sup>125</sup>

Die Gegner haben tatsächlich erreicht, daß uns ein Teil der Bevölkerung verläßt, heißt es in einer erregten Sitzung des MfS in Potsdam im August 1960.<sup>126</sup> Die Republikfluchten seien eine Erscheinung der Kriegsvorbereitungen des Westens gegen die DDR. Es folgt auf die Einsicht, wir als Sicherheitsorgan allein werden den Kampf niemals allein führen können<sup>127</sup>, der Ruf nach der Solidarität. Der Kampf ist komplex aufzunehmen, und, eine weitere Rhetorik- und Denkschablone, die Führung und Anleitung der Mitarbeiter ist zu verbessern, die Bewegung muss bis zum letzten Bürgermeister und Revier getragen werden. Dort, wo die komplexe Leitungstätigkeit unter Führung der Partei straff durchgeführt wird, hat man auch Erfolge erzielt.<sup>128</sup>

Die „Wahrheit“, welche die Partei hören wollte, die Rückkehrer seien gekommen, weil ihnen die Überlegenheit des sozialistischen Systems deutlich geworden sei, deckt sich nicht mit deren wirklichen Motiven. So schreibt Ilse H. im Januar 1963 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Herrn Walter Ulbricht:

*Sehr geehrter Herr Vorsitzender, im Oktober 1960 habe ich illegal die DDR verlassen und zwar aus folgendem Grund: Seit meiner Scheidung lebte ich mit meinem Sohn zusammen, der im Mai 1960 damals 18-jährig heimlich die DDR verließ und nach dem Westen ging. Ich hoffte, daß sich mein Mann, der seinen Wohnsitz im Westen hatte, sich um seinen Sohn kümmern würde, da dieser noch nicht mit seiner Ausbildung fertig war. Im Laufe eines halben Jahres mußte ich feststellen, daß sich meine Erwartungen nicht erfüllten, mein Sohn alleine in Pforzheim lebte und als Hilfsarbeiter arbeitete. Aus verständlicher Sorge faßte ich damals den für mich sehr schweren Entschluß, ebenfalls nach dem Westen zu übersiedeln. Da mein Sohn nunmehr meine Unterstützung nicht mehr braucht, bitte ich Sie um Mitteilung, ob mir die Rückkehr gestattet wird. ... Artikel in der hiesigen Presse habe ich entnommen, daß Rückkehrer nicht mehr in ihre*

---

125 Protokoll über die am 4.12.1959 durchgeführte Abteilungsleiterkonferenz (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg, Nr. 24 E)

126 Aufzeichnungen aus der Dezentralisierten Tagung Potsdam am 5.8.60 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg, Nr. 248, Bl. 212)

127 ibd.

128 ibd.

---

*alten Heimatorte kommen und ihnen Aufenthalt und Arbeit irgendwo zugewiesen werden. Ich nehme an, daß es sich hier um die üblichen Hetzparolen handelt, denn selbstverständlich möchte ich wieder nach Wernigerode, in dem ich seit meiner Ausbombung in Berlin, 1943, bei meiner Patentante gewohnt habe. Meine Übersiedlung nach dort käme für Juli 1963 infrage, da ich bis dahin wahrscheinlich meine Verpflichtungen hier abgewickelt habe ...*<sup>129</sup>

Ihr Weg zurück in den Staat, der Flüchtende erschoss, war ein Weg ins Ungewisse, Die Bedingungen, unter denen jemand zurückkommen durfte, wurden nicht offen gelegt. Das Innenministerium erklärte stets alle diesbezüglichen Dienstanordnungen zur vertraulichen, mitunter streng vertraulichen Verschluss-Sache. Die offizielle Begründung hierfür lautete, dies müsse so sein, um westlichen Geheimdiensten nicht Aufschluss darüber zu geben, wie sie am besten die „Legende“ eines Rückkehrers fingierten, um eine Agententätigkeit zu tarnen.<sup>130</sup> Festnahmen in den Rückkehrer-Aufnahmeheimen wurden, von den Bewohnern abgeschirmt, durchgeführt.

Am 14. Dezember 1960 schreibt eine andere Rückkehrwillige, Maria F. aus München: *Ich bitte um die Erlaubnis zur Rückkehr in die DDR nach Wernigerode, von wo ich mich nach dem Westen zu meinen Kindern begab infolge jahrelanger seelischer Depressionen von seiten eines Mieters des Hauses und dem Wohnungsamt, die mich in eine bedrängte Lage versetzten durch Wegnahme eines Raumes für Holz und Kohlen, so daß ich die Nerven verlor und meine Zuflucht bei den Kindern suchte. Da ich alleinstehend bin, ich aber hier vor Heimweh nicht die richtige Befriedigung finden kann, bitte ich, mich wieder aufzunehmen.* Und dann kommt sie auf einen heiklen Punkt zu sprechen: *Ich hab all die Jahre für den friedlichen Aufbau der DDR gearbeitet und möchte es auch weiterhin tun, soweit es in meinen Kräften steht. Ich bin 65 Jahre alt, habe seit dem 62. Lebensjahr Altersrente bezogen, auf die ich wieder reflektieren möchte.* Das gibt den Ausschlag, alte Menschen braucht die DDR nicht, ihr Wunsch wird abgelehnt.<sup>131</sup>

---

129 Kreisarchiv Wernigerode, Akte: Rückkehrer und Zuzüge 6, 1963, unpaginierter Bestand

130 Oberleutnant Fritz-Wilhelm Nüchter, Hauptabteilung IX, Diplomarbeit an der Juristischen Hochschule Potsdam, Thema: Zur Befragung von westdeutschen und Westberliner Bürgern sowie Rückkehrern im Rahmen des Aufnahmeverfahrens zur Identifizierung dieser Personen und zur Bearbeitung von Hinweisen auf die von ihnen begangenen Straftaten (BStU, ZA, JHS, VVS 18/71, Bl. 8)

131 Kreisarchiv Wernigerode, Personalunterlagen 4, Von Rückkehrern und Zuzügen aus WD, 1961 und 1962, Inneres, unpaginierter Bestand

Rückkehrer sollten in erster Linie in Wohnungen eingewiesen werden, welche „Republikverräter“ verlassen hatten; von 1949 bis 1955 waren 1,4 Millionen Menschen in den Westen geflohen.<sup>132</sup> Rund 20.000 Menschen kehrten bis 1960 in die DDR zurück.<sup>133</sup> Deren Unterbringung stellte mitunter ein Problem dar. So konnte 1954 in Magdeburg Rückkehrern von staatlichen Stellen ein Quartier nur für ein bis zwei Tage zur Verfügung gestellt werden. In einem Fall half dann die „Innere Mission“ der Kirche mit einer Notunterkunft, welche die inspizierende Genossin mit *ein[em] Elendsquartier in Westdeutschland* vergleicht. Es könne daher *nicht Wunder nehmen wenn diese Menschen wieder illegal unsere DDR verlassen, und wie ihre Argumentation dann in Westdeutschland sein wird kann man sich ausmalen*, gibt die Genossin zu bedenken.<sup>134</sup>

Am 28. Januar 1963 wendet sich Klaus B.<sup>135</sup> aus Witten an der Ruhr an den Rat des Kreises Wernigerode, Abteilung Innere Angelegenheiten:

*Sehr geehrte Herren,  
im August 1959 siedelte ich aus der Bundesrepublik in die DDR. 1960 im Februar heiratete ich in Wienrode. Aus dieser Ehe gingen zwei Kinder hervor. Ich wohnte bis August 1962 bei meiner Familie. In diesem Monat verließ ich meine Familie und ging illegal wieder in die BR. Um ehrlich zu sein, es war zum Teil aus Heimweh und zum großen Teil hat man mich überredet. [Die handschriftliche Notiz am Rande bestätigt seine Darstellung: vier Koll. flohen mit ihm]  
Ich kehrte jedoch nach einigen Wochen wieder in die DDR zurück. Einige Wochen war ich im Aufnahmeheim Eisenach. Von dort kam ich in das Bezirksheim Loburg. In diesem Heim habe ich mich nicht so benommen wie es hätte sein sollen. Ich bin einige Male aus der Rolle gefallen, was ich jetzt sehr bereue. Die Heimleitung in Loburg entschloß sich, mich wieder nach Westdeutschland zurückzuschicken. Dieser Entschluß war meines Erachtens zu hart. Meine Frau und die zwei Kinder wohnen jetzt noch in Wienrode. Sie können sich gar nicht vorstellen wo mir jetzt der Kopf steht. Ich kann kaum eine Nacht richtig schlafen. Deshalb bitte ich Sie,*

132 Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1989, 3. Aufl., S. 218

133 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18, Nr. 246

134 Rat des Bezirkes Sachsen-Anhalt, Ref. Bevölkerungspolitik, 11. März 1954, Betr. Bericht über arbeits- und wohnraummäßige Unterbringung von freiwilligen Rückkehrern und erstmalig Eingereisten (Personen aus Westdeutschland) (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP, Magdeburg 18, Nr. 240)

135 Für das folgende: Kreisarchiv Wernigerode, Akte: Rückkehrer und Zuzüge 6, 1963, unpaginierter Bestand

*irgendwie zu befürworten, daß ich wieder zu meiner Familie zurück kann. Geben Sie mir noch einmal die Gelegenheit, mich zu bewähren. Bitte. Jeder Mensch macht einmal Fehler. Wenn Sie jetzt eine Entscheidung treffen, dann bitte ich Sie, alles noch einmal genau zu prüfen. ...*

*Hochachtungsvoll*

*Klaus B.*

Am 15. Februar 1963 wendet sich Annemarie B., wohnhaft in Wienrode, an den Rat des Kreises Wernigerode:

*Mein Mann wurde im August 1962 republikflüchtig und kehrte im September 1962 wieder in die DDR zurück, da er seinen Fehler eingesehen hatte, den er an seiner Familie und an unserem Staat begangen hat. ... In dieser Zeit der Trennung glaubte mein Mann, daß ich Beziehungen zu einem anderen Mann hatte, welches aber nicht der Wahrheit entsprach. Dadurch kam er zu der Ansicht, daß ein Weiterbestehen unserer Ehe sinnlos wäre und die Scheidung beantragen wollte. Da aber die Nachrede über mich sich als unwahr erwies, hat er nun den Wunsch zu mir und seinen beiden Kindern ... zurückzukehren und wieder wie früher für seine Familie zu sorgen. Da er mir und meinen Kindern ein guter Ehemann und Vater war, bin ich zu jeder Zeit bereit ihn wieder aufzunehmen und die Ehe bestehen zu lassen.*

Dieser Brief trägt auf der Rückseite, dünn und klein mit Bleistift geschrieben, ein Wort: *Scheinehe!*

Die Abteilung Innere Angelegenheiten antwortet Frau B.: ... *Bei der Anwesenheit Ihres Mannes im Bezirksheim Loburg mußte festgestellt werden, daß sich ihr Mann nicht entsprechend der Heimordnung bewegte und viel Umgang mit anderen Frauen hatte. Auf Grund seines Lebenswandels wurden mit ihrem Mann im Bezirksheim Loburg 12 Aussprachen geführt, um ihm begreiflich zu machen, daß er in Zukunft als anständiger Bürger in der DDR aufgenommen wird. Aber alle Hinweise seitens der staatlichen Organe wurden von Ihrem Mann negiert. Die Rückführung geschah auch deshalb, weil ihr Mann im Bezirksheim Loburg erklärte, daß er nicht zu seiner Frau zurückkehrt. Wir bitten Sie, daß Sie mit Ihrem Mann klare Verhältnisse schaffen und werden Ihrem Mann noch mal die Gelegenheit geben zur Rückkehr in die DDR. Das setzt voraus, daß Ihr Mann bei den zuständigen staatlichen Organen nochmals einen schriftlichen Antrag zwecks Rückkehr in die DDR einreicht.*

*Hochachtungsvoll*

*i. V.*

*Röder*



---

Handschriftlich trägt dieses Blatt die Notiz:

7.5.63 B. ... ist in Wienrode  
arbeitet im Talsperrenbau Weimar  
ist abgeschlossen.

Die Formulierung im Passiv, „wurde republikflüchtig“, wird nicht nur in dieser Darstellung gewählt; die eigene „Schuld“ wird so verkleinert. Zu anderen Zeiten oder in einem westlichen Landstrich wäre das private Zerwürfnis der Eheleute B. nicht in den Gesichtskreis der Obrigkeit gekommen.

Otto N.<sup>136</sup> wendet sich am 16. April 1963 aus Redekin an den Rat der Stadt Wernigerode: *Als Sohn des Maurers Hermann N..., Wernigerode, ...str. bin ich am ...01 geboren. Wir waren 9 Kinder. Von 1908–1916 besuchte ich die Volksschule in Wernigerode. 1914 wurde mein Vater eingezogen und verstarb im April 1915 in Rußland. 1918 verstarb auch meine Mutter. Nach meiner Schulentlassung ging ich in die fürstliche Forstverwaltung Christinental in Wernigerode als Holzhauerlehrling. Da nun beide Eltern tot waren, mußte ich Geld verdienen um meine jüngeren Geschwister zu erhalten. ... Von 1923 war ich im Städtischen Forstamt Wernigerode als Holzhauer beschäftigt, wo ich 1931 arbeitslos wurde. Dann heiratete ich. 1925 war ich in der SPD und 1928 trat ich der KPD bei und wurde dann KPD Funktionär. 1933 wurde ich von den Nazis verhaftet und in die ehemalige Maulsche Fabrik in der Ilseburgerstr. Wernigerode mit noch vielen Genossen eingesperrt und mißhandelt. 1934 kam ich dann wieder in die Städtische Forstverwaltung Wernigerode, wo ich bis 1946 arbeitete.*

*1950 zog ich dann mit meiner Frau nach Elend und arbeitete dort bis 1960. Nach einem Zerwürfnis mit meiner Frau lief ich dann im Oktober 1960 kopflos nach Berlin und kam nach Westdeutschland. Nachdem ich nun meinen großen Fehler eingesehen hatte, kam ich am 1. März 1961 wieder zurück und wurde im Lager Barby eingewiesen. Von dort kam ich dann nach Redekin/Kr. Genthin in die LPG „Aufgehende Sonne“ wo ich nun schon 2 Jahre bin.*

*Ich werde in diesem Jahr 62 Jahre alt, wohne heute noch in einem möblierten feuchten Zimmer, ohne Kochgelegenheit.*

*Aus Rücksicht auf mein Alter und meine Krankheit bitte ich deshalb den Rat des Kreises Wernigerode, Abtlg. Inneres mir wieder Arbeit in der Heimat Wernigerode zu leben, damit ich nach 32jähriger Ehe mit meiner Frau wieder zusammen leben kann. Ich bitte um baldigen Bescheid.*

---

136 Kreisarchiv Wernigerode, Inneres 1963, 6, Rückkehrer und Zuzüge aus WD, unpaginierter Bestand

Oberleutnant Sommer vom Volkspolizeikreisamt Genthin gibt am 2. Mai folgende Beurteilung über Herrn N. ab: *seine Arbeit in der Genossenschaft ist zufriedenstellend und gibt sich besonders Mühe in der Pflege seiner zugeteilten Pferde. Unter den Genossenschaftsbauern ist er beliebt, weil er hilfsbereit ist und einen guten Kontakt hat. In seiner Freizeit ist er fast ständig in der Gaststätte anzutreffen, wo er mit seinen Arbeitskollegen alkoholische Getränke zu sich nimmt, aber immer anständig und korrekt bleibt, politisch ist er nicht organisiert und beteiligt sich nicht am politischen Leben, an Versammlungen in der LPG nimmt er nur selten teil, beteiligt sich aber nicht an Diskussionen. Am 13.8. 1961 führte er seine Arbeiten ordentlich durch und führte keine Gespräche über die Maßnahmen unserer Regierung. Ob Verbindungen zu Westdeutschland ... bestehen ist nicht bekannt. Seine Ehefrau welche in Wernigerode wohnhaft ist kommt des öfteren nach Redekin und besucht ihren Ehegatten. Seine Einstellung zu unserer Arbeiter- und Bauernmacht ist zurückhaltend, da er jeder Diskussion ausweicht. In strafrechtlicher Hinsicht ist er nicht in Erscheinung getreten.*

Erna N., Elend, wendet sich in der öffentlichen Sprechstunde des Vorsitzenden Staatsrates an die höchste Instanz und bittet „nach dreijährigem Getrenntleben“ wieder mit ihrem Mann zusammen leben zu dürfen. Die Kanzlei des Staatsrates empfiehlt am 8. November 1963 dem Vorsitzenden des Rates des Kreises Wernigerode *Frau N. in ihre Sprechstunde einzuladen und sich mit ihr über ihre Vorschläge auszusprechen.* Das Blatt trägt die handschriftliche Notiz: *Am 19.11. 1963 mit Frau N. eine Aussprache geführt, ihr wurde empfohlen außerhalb der Sperrzone ein Zimmer für ihren Mann zu beantragen, wenn dieses Zimmer bereit steht, wird nochmals über den Zuzug in den Kreis Wernigerode beraten und entscheiden.* Am 10. Dezember 1963: *erl.*

Die Kreisdienststellen des MfS, die Abteilung Inneres bei den Räten der Kreise und die Volkspolizei waren von den Möglichkeiten, die ihnen die Rückkehrer für ihre Arbeit zu bieten schienen, geradezu magisch angezogen. Rückkehrer besaßen Verbindungen in den Westen, so konnten sie ausgehört werden in den „Quarantänelagern“<sup>137</sup> über das westdeutsche

---

137 Die „Quarantänelager“ sind Aufnahmeheime, in welche die Rückkehrer zunächst eingewiesen werden. Im Jahr 1953 werden sie aufgelöst, weil man erwartet, falls es gegnerische Elemente unter ihnen gibt, werden sie doch erst im eigentlichen späteren Wohnort aktiv werden. 1955 werden sie jedoch wieder neu gegründet. Die Heime werden von der Volkspolizei geführt. Die Neuankömmlinge werden intensiv verhört und von angeworbenen IMs unter den Heiminsassen ausgehört. Zu dem ganzen Komplex der Aufnahmeheime: Jens Müller, Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys, Schriftenreihe „Sachbeiträge“, Nr. 15, Herausgeber: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2000

Militär, die Geheimdienste und „den Stand der Kriegsvorbereitungen“ in Westdeutschland.<sup>138</sup> Kamen sie als vom Feind geschickte Agenten? Könnte es gelingen, sie zu „überwerben“, umzupolen und als eigene Agenten zurückschicken?<sup>139</sup> Die Volkspolizei stellte bedauernd fest, dass sie unter den Rückkehrern keine Agenten findet,<sup>140</sup> aber vielleicht verhalten sie sich nur deshalb jahrelang unauffällig, um dann, nachdem sie die Behörden mit ihrer scheinbaren Harmlosigkeit getäuscht haben, aus dem Verborgenen heraus ihre „feindlich-negative“ Tätigkeit zu entfalten? Rückkehrer sollten nicht in der Nähe zu militärischen Objekten oder den Dienststellen des MfS eine Wohnung beziehen dürfen, und innerhalb der ersten ein bis zwei Jahre nach ihrer Rückkehr dürfen sie auch nicht in einen der Grenzkreise umziehen.<sup>141</sup> Mitunter wurde diese Regel durchbrochen. Im Fall der Hildegard Kruse aus Elbingerode, welcher im folgenden noch ausführlich dargestellt wird, erlaubte der Staat, welcher sie ein Jahr inhaftiert hatte, die Rückkehr zu ihrer Familie, ohne dass sie zum Spitzel werden musste. Im Fall des Sieghard S. war dies möglicherweise nicht so. Sieghard S. war zwei Mal aus der DDR geflohen und zwei Mal zurück gekommen; seine Bitte zu seiner Braut und seinem Kind nach Elbingerode ziehen zu dürfen, wird am 22. Mai 1962 von der Kommission

138 Befragungsprogramm, u. a. für Rückkehrer (BStU, ASt. Magdeburg, MfS, Abt. VII, Nr. 528, Bl. 9), siehe auch: Kreisarchiv Wernigerode, Personalunterlagen (4), Von Rückkehrern und Zuzügen aus WD 1961 und 1962, Inneres, unpaginierter Bestand

139 MfS-Dienstanweisung Nr. 21/53: *Bei Vorliegen von Verdacht, daß die eine oder die andere Person von dem Gegner angeworben worden sein kann oder mit Aufträgen der feindlichen Geheimdienste in die DDR zurückgeschickt wurde, hat die Bearbeitung durch Ansetzen von geeigneten GI oder anderer entsprechender wirksamer Maßnahmen zu erfolgen. Die Bearbeitung hat streng konspirativ zu erfolgen.* (BStU, ZA, MfS, BdL Dok. 2049, Bl. 3). Siehe auch Dienstanweisung 16/53: 6.a) *Wird durch die Ermittlung festgestellt, daß die betreffende Person bereits als vorbelastet bei einer Dienststelle geführt und bei dieser Dienststelle Interesse an dieser Person besteht, ist diese Person der Dienststelle zu weiteren Bearbeitung zu übergeben.* (BStU, ZA, MfS, BdL Dok. Nr. 2048)

140 *Die gegnerische Tätigkeit äußert sich nicht nur in der Abwerbung sondern auch darin, daß der Gegner Menschen einschleust denen man selbst nichts nachweisen kann.* Leutnant der VP Kowalski, VPKA Stendal, in: Protokoll über die am 4.12.1959 durchgeführte Abteilungsleitertagung, Blatt 16 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg, Nr. 248)

141 Protokoll über die Beratung der nichtstrukturellen Arbeitsgruppe in der BV Magdeburg zur Organisation der politisch-operativen Arbeit auf dem Gebiet der R/Z vom 29.8.1967 (BStU, ASt. Magdeburg, MfS, Abt. VII, Nr. 528, Bl. 179) und: DV IX/12, Dienstvorschrift über die Aufnahme und Kontrolle von Rückkehrern und Zuziehenden sowie über deren Eingliederung in das gesellschaftliche Leben, 30. Dezember 1965 (BStU, ZA, MfS, BdL Dok. Nr. 11359, Bl. 29)

für Rückkehrer und Zuzüge des Rates des Kreises Wernigerode erst positiv beschieden als der Genosse L., der für das MfS an der Sitzung teilnimmt, das „staatliche Interesse“ bekundet.<sup>142</sup> L. hatte sich wahrscheinlich auch in der Sitzung bedeckt gehalten, worin denn das „staatliche Interesse“ bestehe. Wollte die Staatssicherheit ihn observieren und hatte hierfür einen geeigneten IM gefunden? Oder hatte er für den Preis, zu seiner Braut und seinem Kind ziehen zu dürfen, seine Bereitschaft erklärt, zum Spitzel zu werden?

Wolfgang F., Jahrgang 1938, floh im Februar 1962 nach Westdeutschland und kehrte Ostern 1962 wieder zurück. Aus Berlin wird er direkt in die Untersuchungshaftanstalt in Wernigerode überstellt und am 21. Mai 1962 entlassen. Als Wohnsitz will er Wernigerode wählen, dort leben seine Eltern. Die Kommission für Rückkehrer und Zuzüge lehnt dies aber ab und schickt ihn zurück in das Aufnahmeheim Barby, denn nur Minderjährige dürfen nach einer Flucht in einem Grenzkreis zu den Eltern. Am 5. Juni 1962 verschwindet er aus dem Aufnahmeheim und wird gesucht. *Bei den Eltern waren die Ermittlungen ergebnislos. Einen Tag später kam die Mutter und machte die Mitteilung, daß ihr Sohn wieder in Westdeutschland ist. Wie er die Republik wieder verlassen hat, ist den Eltern und auch uns nicht bekannt,* schreibt die Wernigeröder Kommission für Rückkehrer und Zuzüge.<sup>143</sup>

Die unterschiedlichen Entscheide der Behörden, der eine darf in den Grenzkreis, der andere nicht, mögen eventuell auch Misstrauen in der Nachbarschaft gesät haben; warum kehrt überhaupt einer aus Wohlstand und Freiheit in die eingemauerte DDR zurück?

Einen schweren Gang trat Hans W. im Juni 1962 an. Im Dezember 1960 war er mit der befristeten Ausreiseerlaubnis, PM 12a, bei einem Besuch in Westdeutschland dort geblieben. Seine Frau wurde kurz vor ihrer Abreise inhaftiert. Fast anderthalb Jahre hatte sie im Gefängnis gesessen, und als sie nach der Haft die Ausreise zu ihrem Mann und ihren Kindern beantragt, wird diese abgelehnt. Die Rückkehrerkommission Wernigerode

142 Protokoll vom 22.5.1962 (Kreisarchiv Wernigerode, Protokolle der Kommission für Rückkehrer und Zuzüge 1963, unpaginierter Bestand)

143 In dem Protokoll heißt es, Wolfgang F. wäre Ostern 1952 wieder in die DDR zurückgekommen. Im Anschluss wird von seiner Flucht im Februar 1962 gesprochen. Daraus kann geschlossen werden, dass es sich um einen Tippfehler handeln muss und Ostern 1962 gemeint ist. (Kreisarchiv Wernigerode, Protokolle der Kommission für Rückkehrer und Zuzüge 1963, unpaginierter Bestand)

---

vermerkt: *Aus diesem Grunde kommt jetzt der Ehemann zur Frau zurück. Keine Bedenken, Einreise kann erfolgen.*<sup>144</sup>

Heimat ist da, wo ich mich nicht zu erklären brauche, hatte Bismarck einmal gesagt. Für manche der Rückkehrer hätte sie dies allein in der Erinnerung bleiben können. In den Berichten der Kommissionen, welche zur Entscheidung über die Rückkehrwilligen eingesetzt waren, heißt es zu deren charakterlicher Beurteilung, diese seien „undurchsichtig“, und die Staatssicherheit konstatiert, sie lebten „zurückgezogen“ und nähmen am gesellschaftlichen Leben kaum teil.

Der Einfluss der Rückkehrer unter den Dagebliebenen wurde als verderblich eingeschätzt: *Ein ehem. LPG-Vorsitzender aus Köckte ist von Westdeutschland zurückgekommen. Arbeitet im Bezirk in der Nähe von Genthin. Er kommt öfter ins Grenzgebiet, erzählt den Bürgern dort, wie er rüber gekommen ist, wie es drüben ist usw.* Dem möchte der 1. Sekretär Genosse Gutsche aus Klötze gerne Einhalt gebieten, und er fragt in einer Besprechung der Einsatzleitungen der Grenzkreise, ob *man solche Leute nicht außerhalb des Bezirks ansiedeln* könne?<sup>145</sup> Es durften auch keine „Konzentrationen“ von Rückkehrern entstehen, sie könnten ja vielleicht konspirativ zusammenwirken. Rückkehrer sollten von Leitungsfunktionen im Bergbau, bei der Energieversorgung, in der Viehzucht ausgeschlossen bleiben; könnte sich doch unter ihnen die „fünfte Kolonne“ des Westens verbergen, die im „Ernst- und Spannungsfall“ unter „Kontrolle zu halten“ sei. Bei der dritten großen Zwangsaussiedlungsaktion im Oktober 1961 wurden auch viele Rückkehrer, die nahe beieinander gewohnt und in privaten Unternehmen gearbeitet hatten, mit ausgesiedelt. Ihre mögliche Infektion durch den Klassenfeind machte sie genauso verdächtig wie die ehemaligen „faschistischen Feldweibel“, die ausgesiedelt wurden oder die Bürger, welche Westverwandtschaft hatten. Das MfS beobachtete, Rückkehrer hätten bewusst mehrmals Wohn- und Arbeitsort gewechselt, um ihre Spur zu verwischen. Sie mussten überwacht und kontrolliert werden, auch durch Spitzel in den eigenen Reihen. Über 1.300 Rückkehrer seit 1954 hat das MfS im Jahr 1975 im Kreis Wernigerode gezählt und ist stolz darauf, dass es ihnen gelungen ist, 19 IMs unter ihnen anzuwerben. Aber,

---

144 Kreisarchiv Wernigerode, Protokolle der Kommission für Rückkehrer und Zuzüge 1963, unpaginierter Bestand

145 Auszug aus dem Protokoll über die Besprechungen mit den Einsatzleitungen der Grenzkreise am 7.1.1964 im VPKA Haldensleben (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18.1, Nr. 822)

---

so sieht sie es selbst, der Informationsertrag steht in keinem Verhältnis zum Aufwand. Besonders verdächtig sind ihnen jene, welche nach dem 13. August 1961 zurückkehrten.

Rund 2.000 ehemalige DDR-Flüchtlinge kamen in den ersten zwei Jahren nach dem Mauerbau in den Bezirk Magdeburg zurück.<sup>146</sup> Wie sollte man unter ihnen westliche Spione ausfindig machen? Gleichzeitig wollte man aber doch mit ihnen quasi hausieren gehen, sie auf Versammlungen als lebendiges Argument pro DDR vorführen. Aber eigneten sie sich dafür? Ein Viertel von ihnen ist vorbestraft, vermeldet die gleiche interne Statistik. In die Fahndungsbücher der DDR gerieten Republikflüchtige leicht. 1953 genügte eine nicht näher definierte „feindliche Tätigkeit.“<sup>147</sup> Die DEFA drehte einen Film über die Rückkehrer, ostdeutsche Zeitungen berichten in den 60er Jahren, zeigten mit Fotos, dass manche sogar mit eigenem Auto wieder einreisten.<sup>148</sup>

#### Der Fall der Hildegard Kruse

Dies ist die Geschichte einer Frau, die den seit über drei Jahrhunderten im Familienbesitz befindlichen Bauernhof verließ, ihrem Mann zu Liebe und um die Familie zusammen zu halten, die Stacheldraht und Minengürtel querte, weil sie ihre Enkelkinder sehen wollte, und die nach einem Jahr DDR-Haft freiwillig aus Westdeutschland in die DDR zurückkehrte.

Hildegard Kruse wird am 7.2.1925 in Elbingerode geboren. Sie besuchte die Grund- und Mittelschule in Elbingerode.<sup>149</sup> Sie ist begabt, wach, intelligent. *Meine Eltern liebten mich innig und wollten mich in der Zeit der Bombennächte nicht von ihrer Seite lassen. So kam es, daß ich 17jährig der Schule den Rücken kehrte und für 1 ½ Jahre als Praktikantin auf ein Lehrgut, ganz in der Nähe meiner Eltern kam. Es tobte der Krieg, doch ich*

---

146 Analyse über die Bevölkerungsbewegung des Bezirks Magdeburg für die Zeit vom 13.8.61 bis 30.4.1963 (Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep. M 24, BDVP Magdeburg 18.1, Nr. 822)

147 MfS-Dienstanweisung Nr. 6/53, 1. Exemplar/Original (BStU, ZA, MfS, BdL Dok. Nr. 2041, Bl. 2)

148 Film A 171/62 „Flucht ins Vaterland“ (vgl. Schreiben der DEFA an das Mdl v. 4.12.1962, BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 442) und Presseartikel „Tor zur neuen Heimat. Eine Reportage aus dem Aufnahmeheim Barby“ (BArch Berlin, DO 1, 34.0, Nr. 442), zitiert nach: Jens Müller, Übersiedler von West nach Ost in den Aufnahmeheimen der DDR am Beispiel Barbys, Schriftenreihe „Sachbeiträge“, Nr. 15, Herausgeber: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2000, S. 115 f., 118

149 Eigene Angaben in dem Vernehmungsprotokoll, Berlin, 29. Dezember 1964, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 63)

*führte ein sorgenfreies Leben. Mein Vater war wieder daheim, Geschwister hatte ich nicht, die in den Krieg ziehen mußten. Nur in Gebeten gedachten wir Mädels auf diesem Gut der armen Menschen an den Fronten. Während dieser Zeit lernte ich meinen Mann kennen und lieben, mit 18 Jahren heiratete ich, wir hatten das Jahr 1943.*<sup>150</sup> Heinrich Kruse, Jahrgang 1912, war im Russlandfeldzug verwundet und in das Lazarett Elbingerode gekommen. In der Phase der Rekonvaleszenz freundete er sich mit den Eltern von Hildegard Göbel an; und so lernte sie ihn während ihrer Wochenendbesuche zuhause, zurück vom Lehrgut „Heiligenstock“ in Rübeland, kennen. Direkt nach der Heirat im November 1943 muss Heinrich Kruse als Soldat wieder an die Front. *Als im Jahr 1945 das Morden ein Ende hatte, kehrte er aus dem Krieg zurück und blieb in meiner Heimat. Am glücklichsten darüber waren meine Eltern, konnten sie mich doch bei sich behalten.*<sup>151</sup> So beschreibt Hildegard Kruse die Zeit in der Einleitung ihrer Erinnerungen, geschrieben in der Haft. Tatsächlich war die Familie aber bei Kriegsende getrennt. Der Vater saß von 1945–1948 in den sowjetischen Speziallagern in Haft.<sup>152</sup> Gemeinsam mit der Mutter und den Großeltern bewirtschaften Heinrich und Hildegard Kruse den Hof. Ihr Mann betrieb nebenbei ein Fuhrgeschäft.<sup>153</sup> *Wir bauten ein großes landwirtschaftliches Gebäude mit guten Stallungen und verbesserten im und am Haus. Aber nicht nur Arbeit hatten wir, auch viel Freude und Glück. Ich brachte drei Kinder zur Welt, zwei Mädchen und einen Jungen.*<sup>154</sup> Ab 1952 drängte die Regierung die Bauern in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Viele Landwirte fliehen. Auch Großvater Kruse ertrug die drohende Enteignung nicht. *Meine Scholle verlasse ich nicht,* sagte er. Am 28. Mai 1953 setzt sich Fritz Göbel abends nur noch auf die Bettkante, wartet, bis alle sich schlafen gelegt haben und geht leise in den Stall und erhängt sich.<sup>155</sup> Noch vor dem 17. Juni flieht Heinrich Kruse in den Westen. Seine Frau Hildegard und die Kinder bleiben in Elbingerode. Im Oktober 1953 reist Hildegard Kruse mit einer offiziellen Reisegenehmigung in den Westen, und es gelingt ihr, ihren Mann zur Rückkehr zu bewegen: *Wenn du jetzt nicht mitkommst, ist unsere Ehe gescheitert. Die Pläne zur Kollektivierung werden aufgegeben. Sie neh-*

150 Aufzeichnungen in der Haft, eigenhändige maschinenschriftliche Abschrift durch Frau Kruse, S. 3

151 ibd.

152 Gespräch mit Hildegard Kruse am 13. April 2002 in Elbingerode

153 ibd.

154 ibd.

155 Gespräch mit Hildegard Kruse am 13. April 2002 in Elbingerode

*men uns den Hof nicht weg.*<sup>156</sup> Aus der Haft heraus erinnert sie sich an ihre Jugend: *Ich hatte noch keine bösen Erfahrungen gemacht und liebte das Leben und die Menschen. Vor allen Dingen aber meine Heimat, die herrlichen Wälder, Täler, Wiesen und Äcker, den schönen Sommer, den Winter mit seinem vielen Schnee, die bunte Welt im Herbst und das erste Grün im Frühjahr teils noch vom Schnee verdeckt. So bin ich ein echtes Harzer Kind. Ich brauche die Skier im Winter unter meinen Füßen. Ich brauche den Sommer mit seiner würzigen Luft, den Duft der Wiesen und der herrlichen Harzer Tannen. Ich brauche den Anblick der braunen Harzkühe mit ihrem abgestimmten Glockengeläut, den Jodler, wenn im Frühjahr sein erstes Lied erschallt, und die Musik der rauschenden Tannen im Herbst, gepaart mit dem Röhren der Hirsche.*<sup>157</sup>

Während ihres Prozesses, 1965, wird der Abschnittsbevollmächtigte für Elbingerode, Wolter, Unterleutnant der Volkspolizei, aufgefordert eine Beurteilung der Eheleute Kruse abzugeben. Dessen Äußerungen über die „Republikflüchtigen“ mussten natürlich negativ ausfallen. Sie gewährt aber, höchst verkürzt, einen Einblick in die Entwicklung, welche Heinrich Kruse dazu trieb, den Hof aufzugeben.<sup>158</sup> Die Kruses, „Erbbauern“, seien „besonders raffiniert“ und „raffgierig“ gewesen, meint der Abschnittsbevollmächtigte.<sup>159</sup> Die SED schürt Neid und Missgunst der Bauern untereinander; kleine gegen große. So greift in Drübeck der „Kollege“ B. den LPG Bauern Hermann V. an. *Er hat drei schwere Ziehochsen im Stall stehen. 1 davon steht nur im Stall und frißt unnötig das Futter, denn den braucht er nicht.* Was kann man dagegen tun, fragt B. in einer Besprechung mit den Abschnittsbevollmächtigten und den Bürgermeistern der umliegenden Ortschaften. *Wir haben LPG Typ I, II, III. Wo sich die Kleinbauern zusammengeschlossen haben, geht die Arbeit Hand in Hand. Die Großbauern [so werden auch Kruses vom MfS titulierte] dagegen, die sich zusammengeschlossen haben, arbeiten alle einzeln. Sie unterschreiben sogar die Produktionspläne nicht. Wie lange sollen wir uns das noch gefallen lassen? Wir müssen endlich dazu übergehen, mit ihnen ein*

156 Gespräch, Elbingerode, 13. April 2002

157 Aufzeichnungen in der Haft, eigenhändige maschinenschriftliche Abschrift durch Frau Kruse, S. 3

158 Gespräch, 13. April 2002

159 Der ABV Wolter charakterisiert Hildegard Kruse 1965 nach ihrer Verhaftung als einer „Erbbauernfamilie“ entstammend. „Beurteilung über die Eheleute Kruse“ durch den Abschnittsbevollmächtigten Wolter, U.-Leutn. d. VP, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 74). Wolter hat Kruses wohl nicht gekannt, denn in den fünfziger und frühen sechziger Jahren war nicht er, sondern Gustav Engel ABV in Elbingerode (BStU, Ast. Magdeburg, MfS, ZMA, Nr. 6082, Bl. 7)

ernsthafte Wort zu reden.<sup>160</sup> Um den Druck abzufangen, wird Hildegard Kruse Ende der 1950er Jahre „Mitglied des Aktivs für Jugend und Heim-erziehung“.<sup>161</sup> Der Abschnittsbevollmächtigte beklagt, dass sie sich in dieser Aufgabe nicht besonders hervortat und führt weiter aus: *Bei der Bildung der sozialistischen Landwirtschaft war ... auch die Familie Kruse die sich gegen dieses Neue stemmte und versuchte die Bildung einer LPG in Elbingerode zu verhindern. Bei der Bildung der LPG „Rotviehzucht“ 1960 in Elbingerode wurden beide dann aber doch Mitglied dieser LPG Typ I.*<sup>162</sup>

Da der Krusesche Hof der größte im Ort ist, kommt seiner Entscheidung, der neu gegründeten LPG „Rotviehzucht“ beizutreten, Symbolkraft zu. Heinrich Kruse gilt als einflussreich. Er genießt Vertrauen bei den anderen Landwirten in Elbingerode. So kommt es, dass die Staatssicherheit ihn anspricht für sie als Informant tätig zu werden. Heinrich Kruse ist tief erschreckt, spricht mit seiner Frau darüber, was einem Bruch der geforderten Konspiration gleichkommt. Sie beknielt ihn, *Wenn Du doch vor dem SSD gesagt hättest, daß es dir nicht liegt, du dich nicht eignest, um zu einer politischen Überprüfung von Menschen mitzuhelfen. Zu überprüfen, ob sie feindlich oder freundschaftlich auf die DDR eingestellt sind.*<sup>163</sup> So spricht Hildegard Kruse mit ihrem Mann, um ihm einen Weg zu eröffnen die Integrität zu wahren, und zugleich den schroffen Konflikt mit der Staatsmacht zu vermeiden.<sup>164</sup> Als die Staatssicherheit ihn auffordert, nach Wernigerode zu kommen, um die Verpflichtungserklärung zu unterschreiben und um sich mit dem Verbindungsmann zur Stasi zu treffen, fährt Hildegard Kruse mit. Der Mitarbeiter der Staatssicherheit erscheint nicht am verabredeten Treffpunkt. Für Hildegard Kruse ist das Thema damit erledigt, die Eheleute sprechen nicht mehr darüber. Im Jahr 1960 fahren sie einmal in den Westen zu einem Verwandtenbesuch und kehren nach Elbingerode zurück; im Februar 1961 ein zweites Mal. Auf dem Hauptbahnhof in Hannover eröffnet Heinrich Kruse seiner Frau und den Kindern,

160 Protokoll über die am 12.7.60 durchgeführte Beratung mit den ABVs und den Bürgermeistern (Kreisarchiv Wernigerode, 11664, Archivsignatur 402, unpaginierter Bestand)

161 aus der „Beurteilung über die Eheleute Kruse“ durch den Abschnittsbevollmächtigten Wolter, U.-Leutn. d. VP, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 74)

162 ibd.

163 aus dem Brief von Hildegard Kruse „An den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Herrn Walter Ulbricht Berlin/Ost“ 1964, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 144)

164 Gespräch vom 13. April 2002 in Elbingerode

*wir können nicht mehr zurück. Ich habe [bei der Staatssicherheit die Verpflichtungserklärung zur geheimen Mitarbeit] unterschrieben. Die älteste Tochter weint.*<sup>165</sup>

Der Abschnittsbevollmächtigte (ABV) von Elbingerode Gustav Engel muss eine lange Stellungnahme zu Kruses am 13. April 1961 abgeben. Die Flucht der Kruses hat ihn in Bedrängnis gebracht, denn er hatte die Westreise befürwortet. Er berichtet aus seiner Tätigkeit: *Im September 1958 wurde ich von Blankenburg als ABV nach Elbingerode versetzt, hier lernte ich Laufe der Zeit nun verschiedene Bürger von Elbingerode kennen, ... Ein persönlicher Kontakt begann im Herbst 1960, als ich wie üblich in der Gaststätte „Deutsche Eiche“ zum Übungsabend der Kulturgruppe der Harzer Eisenerzgruben war ... Einige Wochen später trafen wir uns wiederum unbeabsichtigt nach einem Übungsabend in der gleichen Gaststätte. Gegen 24.00 Uhr verließ ich gemeinsam mit ... der Fam. Kruse die Gaststätte, da wir den gleichen nach-Hause-Weg hatten, gingen wir auch zusammen. ... Als ich mich von K. verabschieden wollte, wurde ich von diesem noch ... eingeladen, noch eine Stunde mitzukommen, was ich dann auch nach Ablehnung trotzdem tat. In der Wohnung von Kruse unterhielten wir uns noch über allgemeine Probleme, u. a. auch über die Arbeit in der LPG. Hierbei brachte K. sowie auch seine Frau zum Ausdruck, daß ja noch manche Mängel in der LPG bestehen, z. B. die schlechte Zusammenarbeit mit den anderen Bauern. ... Bei diesen Gesprächen haben wir dann gemeinsam einige Schnäpse getrunken, es können 5 bis 6 gewesen sein, genau kann ich es aber nicht sagen. Gegen 1.00 Uhr verließ ich dann die Wohnung der K. und ging ... nach Hause. ... An diesem Abend wurde bei Kruses unter anderem auch über die Reise nach W[est]D[eu]tschland gesprochen, wo K[ruse] sagte, daß sie im Februar wieder einmal seine Eltern besuchen wollten, da sie dann im Frühjahr doch keine Zeit haben wegen der Frühjahrsbestellung usw. Einige Zeit später befand sich dann unter den anderen Anträgen nach WD, auch die Anfrage von Kruse. Es wurde über diese Anträge von der stellvertretenden Bürgermeisterin, Genn. Ziesenhenne, dem ABV Gen. Simchen und mir beraten. Bei dieser Beratung wurde dann festgelegt, daß Kr. noch nicht fahren sollte, da die Zeit der letzten Reise vom April 1960 zu kurz ist. Am gleichen Tage nach dieser Beratung habe ich dann die Anträge trotzdem befürwortet. Ich habe die Anträge deshalb befürwortet, weil ich die Zeit der Reise für günstig hielt, dagegen wäre die Zeit im Frühjahr ungünstiger gewesen, wegen der ausfallenden landwirtschaftlichen Arbeiten. Außerdem waren mir die K. durch die*

165 Gespräch vom 13. April 2002

---

*gemeinsamen Gespräche und ihre Funktionen, als zu unserem Arbeiter- und Bauernstaat gutgesinnte Menschen bekannt. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich die Anträge nicht deshalb befürwortet habe, weil ich mit K. persönlich bekannt bin ... Ein drittes Mal bin ich wieder nach einem Übungsabend in der Gaststätte „deutsche Eiche“ mit Kruse zusammengetroffen und zwar war dieses am 7.2. 1961. Auch an diesem Abend trank ich noch mein Bier ... und erfuhr hier, daß die Frau Kruse Geburtstag hat. Nach Ablauf der Polizeistunde um 24.00 Uhr wurde ich gefragt, ob sie anschließend noch privat Geburtstag feiern können, darauf habe ich gesagt, daß dieses möglich ist, jedoch nicht in den Gasträumen. Zu dieser Feier wurde ich auch eingeladen, was ich auch nicht ablehnte. ... Nun machte ich hier einen großen Fehler, indem ich damit einverstanden war, daß wir nicht in die Privatstube gingen, weil diese zu klein war, sondern wir blieben in dem hinteren Gastzimmer. ... Einige Tage später ... erfuhr ich ..., daß ... ihr in der Gärtnerei erzählt hat, daß sie von ... erfahren hat, daß am 8.2. 1961 noch eine Feier bei Kruse stattgefunden hat, wo u. a. auch die stellvertretende Bürgermeisterin Ziesenhenne teilgenommen. ... Mir ist jetzt richtig bewußt geworden, wie falsch, das ich gehandelt habe, indem ich selbständig den Antrag von Kruse befürwortete.<sup>166</sup>*

Die Qual des ABVs, der sich dem „Schwarze-Peter“-Spiel, „Haltet den Schuldigen für diese Republikflucht!“ zu entziehen suchte, war nach Hildgard Kruses heutiger Einschätzung gänzlich überflüssig, denn die Entscheidung, ob sie reisen durften oder nicht, hätte doch die Wernigeröder Stasi allein gefällt. Heinrich Kruse hatte seine Verpflichtungserklärung unterschrieben, und so kam er zu dem Privileg reisen zu dürfen. Das Kalkül der Stasi war aber nicht aufgegangen. Heinrich Kruse verließ die DDR, weil er *nicht zum Schweinehund* werden wollte.<sup>167</sup> Vielleicht war es für die Männer vom MfS in dieser heiklen Situation ganz angenehm, zur Hatz auf den kleinen ABV blasen zu können?

Aus der gewundenen Erklärung des Abschnittsbevollmächtigten abzuleiten, was tatsächlich in Elbingerode geschah, ist vielleicht nicht möglich. Die Chance zur Bewährung im Sinne der Partei ist sein Ziel. Der Bericht filtert die Ereignisse und soll seinen Vorgesetzten die Verhältnisse in Elbingerode in einem bestimmten Licht erscheinen lassen. Die kalkulierte Wirkung lässt sich vielleicht wie folgt umschreiben:

---

166 BStU, Ast. Magdeburg, MfS, ZMA, Nr. 6082, Bl. 5, 6

167 Erläuterungen von Frau Kruse in einem Telefongespräch am 2. September 2002

- 
- Bevölkerung und Aufpasser leben dicht bei einander. Engel will eine Einladung der Kruses zur Geburtstagsfeier nicht ausschlagen, weil er sonst den Kontakt zur Bevölkerung verlöre. Der vertraute Kontakt ist aber im Interesse der Partei! Der ABV will die Einladung vielleicht auch nicht ausschlagen, sonst wäre er isoliert. Als seinen Fehler beschreibt er den Regelverstoß, als er gestattete, dass nach 24 Uhr der Geburtstag weiter gefeiert wird, denn er wurde ja gefragt, ob er dies erlauben könnte! So übt Herr Engel reumütig Selbstkritik und bekundet Bereitschaft zur Besserung.
  - Herr Engel vermittelt den Eindruck, Kruses seien so geschickt gewesen, ihn zum Mitfeiern einzuladen. Frau Kruse lehnt diesen Vorwurf heute vehement ab, sie hätten ein gastfreundliches Haus geführt und aus Berechnung sei niemand eingeladen worden.<sup>168</sup> Jedenfalls ist das Resultat, dass sie – mit ihm zusammen – im hinteren(!) Zimmer der Gaststätte, also im Verborgenen, feiern. Der Aufpasser nimmt Züge eines „Komplizen“ an, der deshalb im Nachhinein seine Mitbürger nicht für diesen Regelverstoß angreifen kann.
  - Als sie ihn – einige Wochen zuvor – nachts in ihre Wohnung einluden, hätten Kruses so mit ihm über die Kollektivierung gesprochen, dass er den Eindruck hätte gewinnen können, sie stünden auf Seiten des Staates.
  - Tatsächlich hatte Heinrich Kruse bereits 1953 die Familie panikartig verlassen, weil die angedrohte Enteignung ihm die Luft abschnürte. Zum Zeitpunkt des nächtlichen Gesprächs mit Engel hatte die Staatssicherheit ihn schon zur Unterschrift genötigt oder es stand unmittelbar bevor. Und die erzwungene Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit hatte schließlich den Entschluss in ihm reifen lassen, die beantragte Westreise zur Flucht zu nutzen. Gustavs Engels Botschaft zwischen den Zeilen, mit welcher er den Kopf aus der Schlinge zu ziehen suchte, lautet im Klartext: „Das Gespräch mit mir nutzten die Kruses, um mich in dem Glauben zu wiegen, sie kämen zurück; ihrer Hinterlist war ich jedoch nicht gewachsen.“
  - Gustav Engel hat entgegen dem gemeinsamen Beschluss(!) den Antrag der Kruses befürwortet.

In einem „Zusatz“ zu seiner Erklärung scheint Gustav Engel der Obrigkeit seinen Wert als Informant verdeutlichen zu wollen: ... *haben wir uns u. a. auch über die R-Flucht von Kruse unterhalten. In diesem Gespräch sagte*

---

168 Telefongespräch vom 2. September 2002

---

sie mir, daß sie nun auch den wa[h]ren Grund der R-Flucht von K. weiß. Jedoch hat sie mir diesen nicht vollkommen gesagt. Sie sagte mir noch, daß ich von ihr den Grund auch erfahre, aber erst später. Sie machte nur Andeutungen, in dem sie sagte ...<sup>169</sup> Am 16. April 1961 hat er durch einen abgefangenen Brief von Frau Kruse in Erfahrung gebracht, sie arbeitete bei „Melitta“, sie habe eine Zwei-Zimmer-Wohnung, sie wollten sich eine Wohnung bauen, und sie lebten in der Nähe von Oldenburg.<sup>170</sup>

Hildegard Kruse ist über den Weggang unglücklich. Sie macht ihrem Mann Vorwürfe, dass er sich nicht geschickter gegenüber der Staatssicherheit verhalten habe. Er hätte nicht unterschreiben müssen, dann hätten sie auch nicht gehen müssen.<sup>171</sup> Sie hat die Entscheidung ihres Mannes zur Flucht mit getragen, weil sie die Familie nicht zerreißen wollte. Nun aber, gerade 18-jährig, geht ihre älteste Tochter im Herbst 1962 in die DDR zu den Großeltern nach Elbingerode zurück.

Hildegard Kruse erinnert sich an diese Zeit rückblickend: *Mein Denken galt in der Hauptsache meinen Leuten, die ich in der DDR wußte, ich verschloß meinen Kummer, Sorgen, mein Heimweh, meine Sehnsucht ... Ich isolierte mich, ging meiner Arbeit nach und fand mich am besten zurecht, wenn ich allein am Waldrand oder Koppelzaun saß oder von einem Hochsitz ... das Leben im Wald betrachten und belauschen konnte. Manche Stunde verbrachte ich so, sie waren mein Geheimnis und gaben mir Kraft. ... Ich war zu stolz, ich wollte kein Mitleid, ich wollte aber auch nicht Gefahr laufen, nicht verstanden zu werden. Meinem Mann machte ich manche Szene, unsere Ehe fing an, in ihren Grundfesten zu wackeln. Mein Mann verstand es nicht, mir den richtigen Halt zu geben. Meine Kinder fühlten so wie ich, auch sie sehnten sich nach ihrer Heimat. So kam es, daß unsere älteste Tochter gerade 18 Jahre alt, zu ihren Großeltern in die DDR zurückging. So furchtbar der Trennungsschmerz auch für mich war, war ich doch froh, daß meine Eltern jemanden von uns bei sich hatten, ich gönnte ihnen diese Freude. Unsere Tochter lernte bald ihren Mann kennen, verlobte sich, heiratete und es wurde ein Zwillingsspärchen geboren. An all diesen Tagen, an all diesen bedeutsamen Ereignissen im Leben meiner Tochter durfte ich nicht teilhaben. Ich verstand die Welt nicht mehr.*<sup>172</sup>

---

169 BStU, ASt. Magdeburg, MfS, ZMA, Nr. 6082, Bl. 5, 6

170 ibd., Bl. 8

171 ibd.

172 Aufzeichnungen in der Haft, eigenhändige maschinenschriftliche Abschrift von Frau Kruse, S. 5.

---

Am 22. Januar 1964 schreibt sie an den Bürgermeister von Elbingerode: *Zuerst möchte ich mich bedanken, daß mein Sohn Gerd die Möglichkeit hatte, Weihnachten und Neujahr dort bei seinen Großeltern zu sein. Er erzählte mir, daß er einer Einladung von Ihnen zur HO-Gaststätte gefolgt sei und daß Sie allgemein geäußert haben, daß wir mal schreiben möchten. Ich wollte dies eigentlich schon im Sommer 63, da ich auch damals sehr erfreut war, daß unsere Tochter Sigrun nach dort reisen durfte. Nachdem meine Kinder nun dort waren, ist in ihnen verstärkt der Wunsch geäußert, ach Mutti, laß uns doch wieder nach Elbingerode fahren. – Sie finden bei mir ein offenes Ohr, daß sie wissen, wie ungern ich hier bin. Es war wohl auch jene Unruhe, die ich auf meine Tochter Elke übertrug, als sie damals vor gut einem Jahr wieder nach Elbingerode fuhr. Ich war damals gar nicht erstaunt, denn sie tat nur, was ich immer wollte. Elke hatte keine Verpflichtungen und konnte tun, was ihr besser erschien. Bei mir hingegen ist ein solcher Entschluß von überaus großer Tragweite, denn mein Fortgehen hier kommt einer Scheidung gleich, da mein Mann hier im Westen bleiben will. Bis jetzt glaubte ich es richtig [gemacht] zu haben, indem ich hier bei meinem Mann blieb, um die Familie nicht zu trennen. Mehr und mehr frage ich mich, ob es richtig ist, wenn ich hier bleibe. Daher kommt mein Entschluß auch nicht über Nacht, daß ich mich an Sie, Verehrter Herr Bürgermeister Kever, mit einigen Fragen, welche mir am Herzen liegen, wende.*

*Wenn wir nach dort kommen, ist es natürlich wichtig, daß wir eine Wohnung bekommen. Bei meinen Eltern können wir uns vorübergehend nicht aufhalten, auch dann nicht, wenn meine Tochter Elke mit Mann, welche ja augenblicklich noch bei meinen Eltern – Ernst Goebel – wohnen müssen, eine Wohnung haben. Gesichert muß natürlich auch eine Lehrstelle sein für unseren Gerd und wichtig ist noch, eine Arbeit für mich zu finden, welche mir die nötigen finanziellen Mittel in die Hand gibt, um meine Kinder und mich damit zu ernähren. Am Liebsten aber wäre es mir, sehr geehrter Herr Bürgermeister Kever, wenn ich die Möglichkeit hätte, persönlich mit Ihnen nicht nur diese sondern auch noch weitere Fragen zu besprechen. Wenn Sie mir für einige Tage eine Aufenthaltsgenehmigung schicken würden, wäre ich Ihnen sehr zu Dank verpflichtet. So könnte ich ohne jede Überstürzung meine Einreise nach dort in die Wege leiten. Ich wünsche mir, daß Sie erkennen, wie ernst es mir mit meinem Brief ist und zeichne hochachtungsvoll!*

*Hildegard Kruse*<sup>173</sup>

---

173 Eine maschinenschriftliche Abschrift des Schreibens findet sich in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1)

---

Das Schreiben wird abgefangen, und am 10. Februar legt der Unterleutnant Windhagen in Wernigerode eine Aktennotiz zu diesem Brief an. Er bemerkt die Intention eines Briefes:

1.) *Frau Kruse versucht mit ihrem Schreibstiel den Bürgermeister Kever zu veranlassen, auf ihren Brief einzugehen.*

Unterleutnant Windhagen bleibt bei dieser Erkenntnis nicht stehen: *Dadurch wäre es den Feinden bei entsprechender Verbindung zur Kruse oder aber auch bei Kontrolle ihrer Post möglich, daraus eine Abwerbung der DDR-Organe von Bürgern in WD. zu konstruieren.*

Unterleutnant Windhagen versucht sich in die Denkweise des bundesrepublikanischen Geheimdienstes hinein zu versetzen. Und so überlegt er: Wenn es dem Bürgermeister Kever nun gelänge, die Einreiseerlaubnis für Frau Kruse zu erwirken, dann könnte der bundesdeutsche Geheimdienst dessen Post abfangen und daraus sich zusammenreimen, dass nicht – wie es offensichtlich zutage tritt – er damit der Bittstellerin einen Gefallen getan hätte, nein, die Feinde würden sagen, er hätte sie vom Boden des Arbeiter-und-Bauern-Staates aus „abgeworben“. Dieses ließe sich „konstruieren“, was hier so viel heißt wie „propagandistisch lügend zusammensetzen“.

Der Gedanke wird im weiteren Verlauf der Aktennotiz nicht weiter verfolgt. Unterleutnant Windhagen greift nun von anderer Stelle an. Bürgermeister Kever hatte ihr zur Erlaubnis der Westreise im Februar 1961 verholten.

2.) *Frau Kruse nimmt hier Kontakt zu Leuten auf, die ihr seiner Zeit zum R-Verrat verhalfen, und die heute noch unbekannt [Windhagen meint wohl: unerkannt] in günstigen Positionen sitzen.*

Jetzt wird die Aktennotiz doch klarer! Durch ihre Flucht haben die Kruses Bürgermeister Kever in Bedrängnis gebracht, denn er hatte mit der (tatsächlichen oder vermeintlichen) Befürwortung der Reiseerlaubnis sich beim Fortbleiben dieser in die Nessel gesetzt. Offensichtlich war über diesen „Fehltritt“ von Kever in Solidarität der düpiert Zurückgebliebenen Stillschweigen gewahrt worden. Kever war „unbekannt/unerkannt“ in seiner Position verblieben. Das Schreiben von Frau Kruse zerrt seine damalige Fehleinschätzung, *Den Kruses kann man eine Besuchserlaubnis erteilen, sie kehren zurück*, ans Licht. Windhagen überlegt, was dies aus Sicht der „Feinde“ bedeuten könnte: *Unter Anwendung von Druck, schreibt er, und, weil ihm dies wohl selbst etwas diffus erscheint, und sonstigen Möglichkeiten, könnten für den Gegner Anknüpfungspunkte erarbeitet werden.* Vielleicht ließ sich Windhagen beim Abfassen dieser Aktennotiz von der Befürchtung leiten, der westliche Geheimdienst könnte

---

– via Frau Kruse bei deren geplanten Besuch – dem Bürgermeister drohen wollen: Wir wissen, dass du den Fehler gemacht hast, Frau Kruse die Flucht zu ermöglichen. Wir sagen das der SED nicht, und du arbeitest als Spion für uns!

Und wenn es nicht so trickreich kommt, Windhagen hat ja nur geschrieben, der Feind könne „Anknüpfungspunkte“ finden. „Anknüpfen“ sowie „konstruieren“ kann man, siehe oben, nahezu alles. Wachsamkeit ist geboten! Und jetzt hat sich Unterleutnant Windhagen zur wahren Absicht der K. durchgearbeitet:

3.) *Frau Kruse will, daß wir einige Genossen ... zur Rechenschaft ziehen, womit wir uns evtl. selbst schaden würden.*

Mit ihrem Schreiben stellt Frau Kruse Kever bloß, erkennt Windhagen und befürchtet, sie wolle ihn ans Messer liefern! Unterleutnant Windhagen erkennt diese Absicht des „Feindes“. Windhagen scheint mit seiner Aktennotiz Bürgermeister Kever schützen wollen. Weil die Feindin will, dass er bestraft wird, und der Feind der DDR immer schaden will, ist es gut für die DDR, Kever nicht zur Rechenschaft zu ziehen.

Mit Punkt vier bricht Windhagen aber sein ganzes Konstrukt:

4.) *Ihre Absicht, in die DDR zu kommen ist ehrlich.* Eingangs seiner Aktennotiz hat Windhagen ja auch festgestellt, dass mit dem Brief *die Überlegungen kamen.*

Sie können sich ruhig widersprechen. Denn es kann die Probe aufs Exempel gemacht werden: *Dieses wird sich zeigen, wenn sie mittels der Einreisegenehmigung nach Elbingerode kommt, um dort ihre Gespräche mit dem Bürgermeister fortsetzt.*<sup>174</sup>

Im Endergebnis empfiehlt Windhagen also die Einreise! Diese Empfehlung bleibt heikel, denn er empfiehlt die Einreiseerlaubnis für eine Frau, die erst vor kurzem „R-flüchtig“ geworden ist. Seine Begründung: So können wir die Absichten der Feinde ergründen. So hofft er gegenüber seiner Obrigkeit, nicht in Verruf zu geraten, er wolle einer Republikflüchtigen helfen. Mit der Aktennotiz versucht Windhagen, sich nach allen Seiten zu sichern. Und er gibt dem Bürgermeister freie Hand zu antworten und schützt ihn gleichermaßen vor Verdächtigungen, er wolle sich mit Feinden einlassen, denn die Kontaktaufnahme dient dem Ziel, die Motive der Feinde zu ergründen. Mit dieser Deutung erhält die auf den ersten Blick diffuse Aktennotiz eine klare Stoßrichtung.

Am gleichen Tage noch schreibt Bürgermeister Kever aus Elbingerode an Frau Kruse in Langendamm in Westdeutschland:

---

174 BStU, Ast. Magdeburg, MfS, ZMA, Nr. 6082



---

Sehr geehrte Frau Kruse!

Ich habe Ihren Brief dankend erhalten und mich sehr darüber gefreut daß Sie bereit sind, mit uns in schriftlichen Verkehr zu treten. Über die Fragen, die Sie aber dort aufgeworfen haben, kann man so schnell nicht antworten. Ich möchte Ihnen nur eins versichern, daß wir Ihnen in keiner Weise Schwierigkeiten bereiten würden und daß wir Sie entsprechend eines Beschlusses des Staatsrates nach wie vor als Bürger der DDR betrachten. Wenn Sie also daran interessiert sind, alle von Ihnen aufgeworfenen Fragen mit mir mündliche zu beraten, so halte ich es doch für zweckmäßig, wenn Sie zu einem Besuch zu ihren Eltern und Ihrer Tochter in die DDR kommen. Wir werden mit Ihren Eltern bzw. Tochter darüber sprechen, daß sie den erforderlichen Antrag für Ihre Einreise in die DDR an uns stellen. Da ich aber gegenwärtig für einige Wochen zur Kur muß, halte ich es für richtig, daß Sie ihren Besuch in der 2. Hälfte des Monats März oder Anfang April durchführen.

Entgegen der Aktennotiz von Windhagen täuscht Kever nun vor, Frau Kruse nicht zu kennen:

*Ich rechne also auf ein persönliches Kennenlernen, bei dem wir alle Fragen besprechen werden.*

*Herzl. Grüße!*

Kever

Für den Mai 1964 stellt Hildegard Kruse einen 14-tägigen Besuchsantrag. Unterleutnant Windhagen vom MfS in Wernigerode hält am 27. April in einer Aktennotiz fest, dass der G[eheime] I[nformant] Sandberg einen ... Auftrag erhalten [hat], um zu gewährleisten, daß der Antrag befürwortet wird.<sup>175</sup> Bereits am 18. Februar hat Windhagen entschieden, dass dem Sachbearbeiter, der die Besuchsanträge bearbeitet, der Brief der Frau Kruse nicht zurückgegeben werden soll, um ihm nicht auch evtl. noch einzuweihen.<sup>176</sup> Offensichtlich kann sich Unterleutnant Windhagen vom MfS in Wernigerode aber mit seinen Vorstellungen, Frau Kruse einreisen zu lassen, um sie dann in einer nicht näher bestimmten Weise zu bearbeiten, bei den letztendlich entscheidenden staatlichen Stellen nicht durchsetzen, denn der Besuchsantrag für den Mai wie ein weiterer für den August wird schließlich abschlägig beschieden.<sup>177</sup> Frau Kruse lässt am

---

9. Mai in einem Brief an die Eltern und die Tochter ihrer Enttäuschung freien Lauf: *So, den Traum haben wir wieder ausgeträumt. War Ostern die Enttäuschung nicht so groß, so mußte ich diese Absage erst verkraften. ... Nur gut, daß ich [den Kinderwagen] noch nicht gekauft habe – sonst könnte ich jetzt zusehen, daß ‚ich‘ da das Baby reinbekomme.*<sup>178</sup>

Bürgermeister Kever hatte ihr geschrieben, der Staatsrat der DDR habe entschieden, Republikflüchtige blieben Bürger der DDR. Und so schreibt sie im September 1964 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Herrn Walter Ulbricht und legt ihm ihre Wünsche dar. Ihren Kindern schickt sie eine Abschrift des Briefes. *Hoffe, daß der Erfolg nicht ausbleibt und hoffe auch, daß ich den richtigen Ton gefunden habe. Vielleicht ist aber dieser Brief gar nicht mehr nötig und ihr schickt mir bald eine Geneh. – ... Habt ihr die Wolle schon verstrickt? – Müßt ihr noch Strampelhosen haben? ... So für heute viele liebe Grüße Eure Hilde Mutti Omi*<sup>179</sup>

In dem Brief an Ulbricht<sup>180</sup> rekapituliert sie die Gründe die zur Flucht im Februar 1961 führten. Die Staatssicherheit nötigte ihren Mann zur Bespitzelung der Elbingeröder Landwirte. *Er sagte mir, daß er dies nicht könne.* In der Absicht Ulbricht genehm zu erscheinen, distanziert sie sich von ihrem Mann: *Er ist ein Mann, der Probleme gleich welcher Art gern aus dem Weg geht.* Sie schweigt sich darüber aus, dass die Stasi ihren Mann bedrängt hatte, nur wenn er zum Spitzel würde, dürfe er sein Fuhrgeschäft behalten, andernfalls müsse auch dieses in die LPG eingebracht werden.<sup>181</sup> Stattdessen erinnert sie das Staatsoberhaupt an die Zeit der Zwangskollektivierung in beschönigenden Worten: *Es handelte sich im J. 60/61 um die Umstellung der Landwirtschaft und noch nicht alle Bauern waren von der Richtigkeit überzeugt. Weit die Hälfte der Bauern unseres Ortes waren skeptisch und die Äußerungen, Meinungen in Versammlungen, bei der Arbeit oder auch in privaten Räumen waren nicht immer rosig.* Durch die Unterscheidung zwischen Meinungen in der Öffentlichkeit (Versammlungen, bei der Arbeit) und in der Abgeschlossenheit privater Räume benennt sie (unwillkürlich) gegenüber dem Diktator die Atmosphäre der Diktatur. Und so benennt sie indirekt die Erregung der widerständigen Bauern, wenn sie schreibt, dass diese die von der Diktatur verlangte Verstellung, die wahren Absichten nur im privaten Kreis zu äußern,

---

178 Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 156)

179 Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 143)

180 ibd.

181 So hatte ihr Mann es direkt nach ihrer Ankunft im Februar 1961 in Hannover berichtet. – Auskunft von Frau Kruse im Telefongespräch vom 2. September 2002.

---

175 BStU, Ast. Magdeburg, MfS, ZMA, Nr. 6082, Bl. 12

176 ibd., Bl. 15

177 Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 139, 148)

nicht eingehalten haben. Um die Erlaubnis zur Einreise zu erhalten, um ihre Enkelkinder zu sehen, das im Juli geborene Zwillingsspärchen, signalisiert sie Verständnis für den Schritt der Staatssicherheit, der ihren Mann moralisch in Gewissensnöte trieb: *So gab es natürlich für die Regierung viel Probleme und man kann es da verstehen, wenn sie Mittelsmänner einzuschalten versucht hat, welche den Kern herauszufinden helfend eingreifen sollten.* Warum nennt Frau Kruse ihren Mann gegenüber Ulbricht einen „Mittelsmann“? Ein „Mittelsmann“ vermittelt, gleicht Interesse aus. Er soll aber, so schreibt Hildegard Kruse wieder unfreiwillig ganz offen, den Kern (des Widerstandes) herauszufinden helfend eingreifen. Die diplomatische, friedliche Bedeutung des Wortes Mittelsmann wird konterkariert durch den zweiten Halbsatz, er solle helfen, den Zugriff des Staates auf die Widerstand Leistenden zu ermöglichen. Und zu eben diesem Verrat war der gradlinige Heinrich Kruse physisch nicht fähig. Ein halbes Jahr später, in ihren Aufzeichnungen im Gefängnis, spricht sie den Sachverhalt in aller Klarheit aus: *Ehrwürdige Bauern, die nichts von diesem genossenschaftlichen Zusammenschluß „LPG“ wissen wollen, die sich wehrten, ihr Land, ihre Betriebe und ihre Arbeitskraft mit einzubringen, sollten von ihm ausgehört und benannt werden. So kam es, daß er dieser DDR, diesem Stasistaat den Rücken kehren mußte, um sich nicht selbst zu verachten.*<sup>182</sup> Noch will sie aber etwas von der Staatsgewalt. Sie bringt es aber nicht fertig, ihre Gedanken wirklich zu verbergen, denn einen Satz zuvor schildert sie selbst, wie sie ihrem Mann Ratschläge gab, wie er sich der Nötigung des Staates zum menschlichen Verrat hätte entziehen können: *Ich machte ihm Vorhaltungen und sagte u. a. „Wenn Du doch vor dem SSD gesagt hättest, daß es dir nicht liegt, du dich nicht eignest um zu einer politischen Überprüfung von Menschen mitzuhelfen. Zu überprüfen, ob sie feindlich oder freundschaftlich auf die DDR eingestellt sind.“* Und so zeigt sie Ulbricht, dass sie sehr wohl eine Einheit mit ihrem Mann bildete, ihn nur zu größerer Geschicktheit im Abwenden amoralischer Zumutungen anhalten wollte. Der Dissens zwischen Hildegard und Heinrich Kruse bestand darin, dass er nicht glauben konnte, dieser Ausweg brächte ihm auf Dauer Ruhe. Hildegard Kruse legt seine Beweggründe, sich der Staatsmacht nicht auf dem von ihr empfohlenen Weg zu entziehen, gegenüber Ulbricht offen: *Er hatte Angst, man könne sein Versagen oder seine Absage anders deuten [anders als sie hoffte, es darstellen zu können!] z. B. staatsfeindliche Einstellung usw.*

Heinrich und Hildegard Kruse waren sich in dem Punkt uneins, wie man sich am geschicktesten gegenüber dem Verlangen der Stasi zur Mitarbeit

verhielte. Von außen aber wurden sie als eine Einheit wahrgenommen. So beschreibt der Abschnittsbevollmächtigte Wolter nach Hildegard Kruses Verhaftung 1965 aus der Rückschau deren Handeln während der Zwangskollektivierung: *Bei der Gründung der LPG ... stemmten sich besonders beide Eheleute Kruse dagegen und versuchten eine besondere Verzögerungstaktik in der Zusage und dann wieder Ablehnung und Nichterscheinen nach längeren Diskussionen ...*<sup>183</sup> Im Gespräch im April 2002 sagte Frau Kruse vehement und mehrmals, ihr Mann habe ihr im Februar 1961 erst auf dem Hauptbahnhof in Hannover eröffnet, sie könnten nicht in die DDR zurückkehren, weil er die Verpflichtungserklärung für die Staatssicherheit unterschrieben habe. In diesem einen Punkt weicht ihre heutige mündliche Schilderung von der Aktenlage und ihren Aufzeichnungen in der Haft ab. In dem Brief an Ulbricht beschrieb sie ihre Zwangslage so: *Ich selber wußte von seinem Vorhaben zirka 8 Wochen vor unserer Abreise. Ich wußte natürlich keinen Rat. Meine Eltern in meine Sorgen einzuweißen getraute ich mir nicht, sie sollten unbehelligt bleiben, denn mir war klar, daß man sie nach unserem Fortbleiben (wir wohnten in einem Haus) in irgendeiner Form belangen würden.*

Und so benennt sie ihre, zweifellos reale Furcht vor der Sippenhaft, die nach ihrem Weggang über die Eltern hereinbrechen wird. Durch ihr Schweigen versucht sie den Schaden, so weit als irgend möglich, von den Eltern abzuwenden. Wenn sie sich nicht verplappern können, wird ihre Bestrafung geringer ausfallen. All das ist Ausdruck ihrer Verzweiflung und ist ohne Zweifel richtig gesehen von ihr, aber warum schreibt sie es Ulbricht?

*Dem Drängen meines Mannes mitzukommen + zu bleiben war ich ständig ausgesetzt. So entschloß ich mich dann schon im Interesse unserer Familie mit ihm in die Bundesrepublik zu gehen. Unsere Kinder waren damals 16, 13, 10 J. alt und hatte ich das Recht dazu die Familie zu entzweien? ... und wer hätte mir die eventuellen Beschuldigungen meiner Kinder abgenommen?*

Mit dem folgenden Satz appelliert sie an Ulbricht: *Keiner [d. h. auch nicht er!] wäre in der Lage gewesen, mir den richtigen Weg zu weisen, und weil sie spürt, dass dies nicht überzeugend ist, fährt sie fort vielleicht nach menschlichem Ermessen den richtigen Weg [d. h. gegen die politische Sicht der SED]. Um ihre nach außen gerichtete Unterwerfungsbereitschaft gegenüber der Diktatur anzudeuten, zieht sie auch dies sofort wieder in Zweifel aber wäre er der Richtige?*

182 Aufzeichnungen aus der Haft, maschinenschriftliche Abschrift, S. 4

183 BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Teil 2, Bl. 127

Aber ihr Versuch, die Familie zusammen zu halten, mit ihrer Bereitschaft die Heimatwurzeln aus sich heraus zu reißen, ging schief: Als sie andert-halb Jahre in Westdeutschland waren, ging ihre gerade 18-jährige Tochter nach Elbingerode zurück.

Wie schon zuvor wählt Hildegard Kruse aber auch jetzt gegenüber dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR nicht eine politische Motivation zur Rückkehr, sondern eine rein private: [Meine Tochter] *hatte es einfach nicht geschafft. Die Heimat bot ihr mehr. Sie wußte ja auch ihre Großeltern dort. ... Vor 6 Wochen bekam sie ein Zwillingsspaar. Verständlich, daß sie all die Wochen versucht hat (ab April 64) eine Aufenthaltsgenehmigung für mich zu bekommen. Sie ist recht traurig ob der wiederholten Absagen. Setzte meine Tochter nicht großes Vertrauen in die DDR? Sie ging ohne einen Zwang nur mit dem Vertrauen auf eine sichere Zukunft. „Nur, wenn jemand stirbt“, so sagte man meiner Tochter, würde ich eine Einreisegenehmigung bekommen. Ist eine solche Äußerung nicht reichlich absurd bei so jungen Menschen?*

*Wenn ich auch 1961 nach hier ging, so sollen Sie wissen, daß ich mit keiner bösen Absicht die DDR verlassen habe. Und mit dem Glauben an eine gerechte Entscheidung ..., ob man in diesem Falle nicht doch für eine Einreisegenehmigung die Erlaubnis erteilen sollte, sei es auch nur für wenige Tage, verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung!*

Nur die Kopie erreicht ihre Eltern und findet, via Prozess, den Weg in ihre Gerichtsakte. Ulbricht jedoch bekommt diesen Brief nie zu Gesicht. Der Brief ist nicht in der Staatskanzlei eingegangen, findet eine Untersuchungskommission später heraus.<sup>184</sup> Auch ein dritter Besuchsantrag im Oktober wird abgelehnt. Die Verzweiflung in ihr wächst: *Eine innere Loslösung von meinem Mann vollzog sich mehr und mehr. Ich weiß nicht zu sagen, ob er mich nicht verstehen wollte oder nicht konnte. Ich weiß aber, seine ganze Liebe galt nur seinen Kindern und mir, aber ich fand nicht mehr zu ihm. Bilder von meinen Enkelkindern aus der DDR brachten mir unendlich viel Freude, aber sie untergruben zur gleichen Zeit mein letztes bißchen Halt. Ich bin kein hysterischer Mensch, stehe mit beiden Füßen auf der Welt, aber mit diesen Zuständen fand ich mich einfach nicht mehr zurecht.*<sup>185</sup>

184 Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65)

185 Aufzeichnungen in der Haft, eigenhändige maschinenschriftliche Abschrift von Frau Kruse, S. 5

*Ich nahm meine Kinder in den Arm und versprach, nach 14 Tagen wieder bei ihnen zu sein.*<sup>186</sup>

Und nun wagt sie – keine 20 km Luftlinie entfernt von der Stelle, an welcher anderthalb Jahre zuvor Helmut Kleiner von DDR-Grenztruppen auf der Flucht von Ost nach West erschossen worden ist – den umgekehrten Weg. *Es gab nicht das kleinste geringste Zögern, mein Entschluß war unerschütterlich. Ich hatte mich in eine Lage hineinmanövriert, aus der ich kein Zurück mehr fand. Das Grenzgebiet war mir nicht fremd, da ich dieses in den Jahren nach 1945 einigemal durchlief.*<sup>187</sup>

Am Abend des 17. November 1964 gegen 20 Uhr geht Hildegard Kruse von Braunlage aus in Richtung Demarkationslinie. Drei Stunden sitzt sie an der Grenze und überlegt.<sup>188</sup> Am Tag zuvor war sie aus Varel angereist, gegen 17 Uhr in Braunlage eingetroffen. Im „Braunen Hirsch“ hatte sie sich ein Zimmer genommen, erkundete in der Nacht die Grenze, Soldaten des Bundesgrenzschutzes trafen sie auf der Straße Braunlage Richtung Grenze und wiesen sie daraufhin, wie gefährlich es um diese Zeit in so unmittelbarer Nähe zur Grenze war. *Ich leistete der Weisung Folge und kehrte um.* Am Morgen des 17. November ließ sie sich mit einer Taxe zum Wurmberg fahren, aber der Turm war gesperrt, und so konnte sie das Grenzgebiet nicht einsehen. Sie geht zum Friseur, erkundigt sich, was die Leute über die Grenzsicherungsanlagen wissen. Dem Vernehmen nach sollen in diesem Grenzabschnitt keine Minen sein.

Im Januar 1965 wird sie im Magdeburger MfS-Gefängnis in Untersuchungshaft sitzen. Auf vier Blättern Butterbrotpapier schreibt sie heimlich in winzig kleiner Schrift ihre Gedanken auf: *Können Sie mir sagen, wie man Heimweh ausmerzt? Oder Sie, können Sie mir sagen, wie man Liebe oder Sehnsucht bekämpft? Nein – aber es ist doch so einfach, man setzt sich in Zug oder in das Auto und reist in seine Heimat, so gibt es kein Heimweh mehr, oder man besucht seine Lieben, dann ist die Sehnsucht verschwunden. So einfach geht es, aber ich kann es mir nicht so leicht machen, denn ich lebe in Deutschland.*

*Was ist Deutschland, gibt es dies überhaupt noch? Nein, es gibt kein Deutschland mehr, der Krieg hat es mit fortgenommen. Aufgetaucht sind neue Namen. Im Westen BRD und im Osten DDR. Es bildeten sich zwei Regierungen, die diese Teile in ihre Obhut nahmen. Dieses Land zu teilen war nicht schwer, Deutschland hatte den Krieg verloren, war durchgerüt-*

186 ibd., S. 6

187 Aufzeichnungen aus dem Gefängnis, S. 5

188 Aussage der Mutter Wally Göbel, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65)

telt und durchgeschüttelt, hat liebe Menschen von seiner Seite gerissen und die Städte waren nur noch ein Meer von Ruinen. Man ging dabei und schnitt gleich einem großen Schlachtermesser das deutsche Land so zurecht, wie man es brauchte. Die Menschen, auch sie bekamen von diesem Messer ab und ihre Wunden sind, solange diese Teile nicht ineinanderfließen, unheilbar. Und jetzt, zwanzig Jahre nach diesem furchtbaren Krieg, nach der Teilung Deutschlands, bluten diese Wunden immer noch und neue sind hinzugekommen. Wenn man das richtige Ohr hat, ist ein großer Schrei zu hören.<sup>189</sup>

Jetzt aber, am Abend des 17. November 1964, sitzt sie im Wald auf westlicher Seite und wartet. Es ist mondhell, dann ziehen Wolken auf. Obwohl ich wußte, daß das Betreten der Deutschen Demokratischen Republik illegal verboten ist, entschloß ich mich dann schweren Herzens ... Meine Tochter Elke ... ging im Jahre 1962 (18jährig) in die Deutsche Demokratische Republik zurück, lernte dort bald ihren Mann kennen, heiratete und hat jetzt ein Zwillingspaar. Dies alles konnte ich nicht miterleben und hatte große Sehnsucht und Heimweh ...<sup>190</sup>

Sie hat eine Zange zum Durchschneiden der Zäune, eine Schachtel „Ernte 23“, Streichhölzer, ein umgebogenes Ofenblech, das sie vor sich herschieben wird zum Schutz vor explodierenden Minen und eine einige Banderolen Traubenzucker, Marke „Dextro“, bei sich.<sup>191</sup> Sie umwickelt die Knie und die Schuhe mit Scheuerlappen. Ich mußte einen kleinen Bach überspringen und kroch dann, es war mehr ein Robben, bis zum ersten Doppeldrahtzaun, durchkniff den ersten Draht, schob mein Blech vor mir her, setzte es einem Druck aus, und wagte dann die nächsten Zentimeter weiter zu robben. Stück für Stück überwand ich so den Minengürtel und war nach wenigen Schritten im Wald untergetaucht. Hier bemerkte ich in Kniehöhe Drähte und hatte Glück, daß ich diese nicht zerriß. Aufrecht gehend, Schritt vor Schritt, mit den Füßen den Waldboden auf eventuell knackende Äste abtastend, erreichte ich einen großen Hain. Ich wußte nicht, was richtiger war, umlaufen oder überkriechen. Ich entschloß mich zum Kriechen, 2 ½ Stunden, dann erreichte ich den zweiten Doppeldrahtzaun, durchschnitt wieder einige Drähte und überwand auch dieses Hindernis. Am Himmel zeichneten sich die Köpfe der Wachtürme ab, in der

189 Aufzeichnungen in der Haft, eigenhändige maschinenschriftliche Abschrift von Frau Kruse, S. 1

190 Hildegard Kruse, Berlin 2.2.65, Meine Stellungnahme zur Straftat, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65)

191 vgl. Leibesvisitationsprotokoll vom 12.1.1965, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65)

Ferne bellten Hunde und ab und zu war ein Schuß zu hören. Wild schreckte vor mir auf und ich lief, lief und lief durch den ... Wald, allen Wegen aus dem Weg gehend. Nur Sterne und Mond gaben mir die Richtung. ... die körperliche Anstrengung war niederschmetternd. Vierzehn Stunden nach meinem Aufbruch in Braunlage erreichte ich die erste, nicht mehr im Sperrgebiet liegende Ortschaft,<sup>192</sup> – Königshütte. Hier mußte ich durch den Ort. Vor Königshütte hatte ich mir meine Skihose und meinen Gymnastikanzug [an], welchen ich zum Schutz meiner Kleider mitgeführt hatte, ausgezogen und tat dies Zeug in einen kleinen Einkaufsbeutel. Von Königshütte bis Elbingerode ging ich dann über das Feld. Ich wollte auf der Straße nicht gesehen werden und kürzte so auch meinen Weg ab. Die letzten Stunden war ich kaum noch fähig zu laufen; denn von Aufbruch in Braunlage bis nach Elbingerode waren 17 Stunden vergangen. So hatte ich einfach keine Kraft mehr, das Ofenblech welches ich immer noch mit mir führte (ich wollte es auf dem Rückweg wieder nutzen) und meinen kleinen Einkaufsbeutel zu tragen – Ich versteckte den Beutel daher, das Blech warf ich fort. Beide Gegenstände wurden, der Beutel gleich und das Blech erst später, von meinen Angehörigen geholt. Auch in Elbingerode selbst, mußte ich bis zum Wohnhaus meiner Eltern + Tochter aufpassen nicht gesehen bzw. erkannt zu werden.<sup>193</sup>

Es war schon 9 Uhr, da ich meinen Heimatort erreichte. Ich überlegte, ob es wohl besser war, mich bis zum Abend im Wald zu verstecken. So kurz vor dem Ziel, nur noch wenige Minuten von zu Hause entfernt, noch wieder Stunden warten, ich konnte einfach nicht, war sehr leichtsinnig und riskierte das Weitergehen. Ich hatte in einer kleinen Pause ... Kraft gesammelt, mein Gesicht gut hinter meinem Jackenkragen verschanzi und lief schnell durch die zum Glück nicht sehr belebten Straßen. Es war Bußtag. Ich blickte nicht auf. Menschen kamen mir entgegen, aber ich sah nichts. Bald erreichte ich unser Haus und verschwand in ihm gleich einem Nichts. Wie ein Dieb kam ich mir vor. Ich schlich mich in die Wohnung meiner Tochter, da man meine Eltern erst vorbereiten sollte. Was ich vorfand waren meine süßen Enkelkinder. Ich war ... mit ihnen allein. ... alles Schwere der letzten Nacht war verschwunden. Ich lief von einem Körbchen zum andern und konnte nicht fassen, daß es kein Traum war, aus dem ich erwachen konnte, daß ich endlich hatte, wonach ich mich so sehnte. Dann kam mein Schwiegersohn, er erkannte mich nicht, woher auch? ... Der Schreck in seinen Augen, ... was will die fremde Frau bei

192 Aufzeichnungen in der Haft, eigenhändige maschinenschriftliche Abschrift von Frau Kruse, S. 6–7

193 Meine Stellungnahme zur Straftat, ibd.

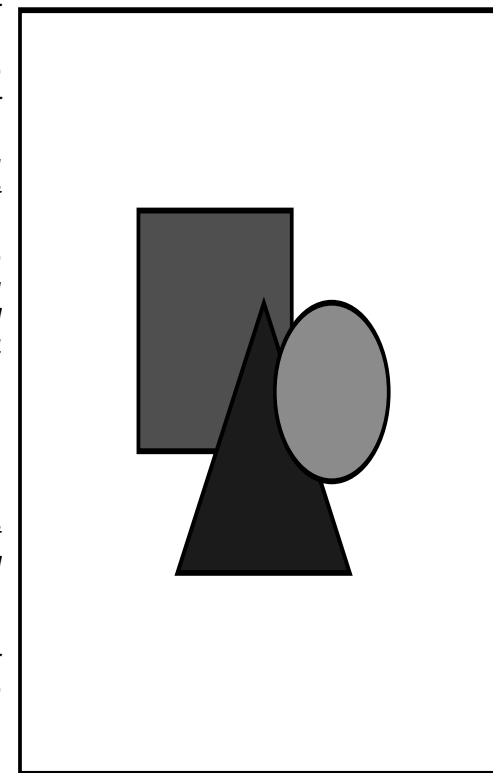
meinen Kindern, wurde aber nach wenigen Worten von großer Freude abgelöst. Den Ruf „Mutti“<sup>194</sup> meiner Tochter, ... werde ich nie vergessen. Meine Eltern wurden vorbereitet auf mich, und ich ging in der Zwischenzeit in das Bad, um mich zu waschen. „Omi, ich hab von Mutti geträumt“, hörte ich meine Tochter sagen und hierbei war ihre Freude wohl so unbändig, daß meine Mutter sofort den Gedanken hatte, da stimmt etwas nicht, und schon war sie auf der Suche nach mir. Freude, unendliches Glück strahlte aus ihren Augen, aber auch die Sorge und die Frage „Wie – willst – Du – wieder – fortkommen?“ Meine Eltern waren alt geworden. Ich hatte sie noch so jung aussehend in Erinnerung. Auch an ihnen ist die letzte Zeit nicht spurlos vorüber gegangen, und ich war doppelt froh, daß ich nicht der Feigheit Weg gesucht habe. Nach der ersten Stunde der Wiedersehensfreude zog ich mir meine Schuhe aus, erst jetzt stellte ich fest, daß es kein Wasser sondern Blut war, was in meinen Stiefeln stand. Die Wunde sah furchtbar aus und 14 Tage war mein Bein bis über das Knie angeschwollen. Ein Arzt hätte hinzugezogen werden müssen, aber die Umstände erlaubten es nicht. Ich konnte selbst nicht fassen, daß ich beim Laufen nichts gespürt hatte, denn die Wunde muß ja Schmerzen verursacht haben. ... Ich mußte des Fußes wegen meinen Aufenthalt verlängern und blieb 3 ½ Wochen, die ich dazu benutzte mein Inneres förmlich aufzuspeichern mit Freude. Mein Schwiegersohn stellte fest, daß ich seinen Kindern, sie waren zu dieser Zeit 5 Monate alt, ein so lautes Lachen entlockte, was ihm selbst noch nicht gelungen war. Ich badete, fütterte meine Enkelkinder – kurzum, ich bedauerte jede Stunde, an denen sie ihre Ruhe haben mußten und ich mich nicht mit ihnen beschäftigen konnte. Waren es am Tage die Kinder, so waren es bis spät in die Nächte meine Eltern, meine Tochter und mein Schwiegersohn, die meine Stunden des Besuchs auskosteten, und immer graute der Morgen, daß wir uns endlich für einige Stunden zur Ruhe legten. Am Tage bedurfte es äußerster Vorsicht, denn ich durfte von keiner außenstehenden Person gesehen werden, um gewollt oder ungewollt einem Verrat vorzubeugen und auch um Personen nicht in eine unangenehme Situation verwickelt zu sehen. Manchmal stand ich hinter der Gardine vor dem Fenster, sah Bekannte und Freunde ... ich glich einer Gefangenen im eigenen Haus. Eine Mutter, die Sehnsucht nach ihrer Tochter hat, eine Großmutter, die ihre Enkel kennenlernen möchte, eine Tochter, die das Verlangen hat ihre Eltern zu sehen, eine deutsche Frau muß in ihrem Land wie ein Verbrecher durch dunkle Wälder schleichen und sich im eigenen Haus verborgen

194 Aufzeichnungen in der Haft, eigenhändige maschinenschriftliche Abschrift von Frau Kruse, S. 8

halten, um nicht verraten zu werden. Oft passierte es, daß ich mich noch im letzten Augenblick in irgend einer Ecke verkriechen konnte, wenn unerwartet jemand zu meinen Eltern oder meiner Tochter kam. Aber dieses nahm nur einen kleinen Platz in mir ein, über allem stand die Freude, die ich täglich hatte. Aber wie so oft im Leben, die schönsten Stunden vergehen am schnellsten, und auch ich mußte an meinen Rückweg denken. ... Angst hatte ich, große Angst vor dem Weg. Die Strapaze vor 3 ½ Wochen klang noch zu sehr in mir nach, hinzu kam die zu überstehende Gefahr. Ich durfte dieses nicht zeigen, es hätte die ohnehin schon große Sorge meiner Lieben um mich nur verschlimmert.

Nur eine kleine Mondsichel, welche nach kurzer Zeit ganz verschwunden war und wenige Sterne teils von Wolken verdeckt, standen am Himmel, als ich mich wieder in den dunklen Wald schlich. Nach den ersten Schritten schon stolperte ich über Steine, Wurzeln und Äste. Ich schloß die Augen, denn sie nutzen mir nicht in der Dunkelheit. Ich tastete mich buchstäblich von Baum zu Baum. Es war Grabesnacht und ich sagte mir: zurück, zurück, aber ich stolperte weiter, wer hätte mir den Weg auch abgenommen, und einmal mußte es sein. 14 Stunden war ich nun schon wieder gelaufen, einen Doppeldrahtzaun hatte ich schon hinter mir, als ich plötzlich, wenige Schritte vom zweiten, in einem Meer von Licht stand. Schüsse krachten und weitere Leuchtschurmunition wurde von den Ulbricht-Schergen abgeschossen. Der Tod stand bei mir, es wäre zwecklos gewesen, wenn ich versucht hätte, zurück in den Wald zu kommen. Ich ließ

mich verhaften. Es war ein eigenartiges Gefühl der



Frau Kruse 1964, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65)

---

Leere, die mich in ihren Bann nahm. Ich dachte nichts, ich empfand nichts, ja ich bekam überhaupt nicht richtig mit, was passierte. Es war immer noch hell von neuer Leuchtpurmunition, noch immer wurde geschossen, sie grasten die Gegend ab. Man stellte es als eine Unmöglichkeit hin, daß eine Frau dort allein über die Grenze wollte. Meine Antworten auf ihre Fragen mußte ich weit herholen. Damit man mich nicht von westlicher Seite sehen konnte, mußte ich mich flach auf die Erde legen, solange bis ein Lastwagen kam und mich abholte.<sup>195</sup>

Der Oberleutnant Blume stellt im Festnahmebericht fest: *Bei der Festnahme selbst verhielt sie sich ruhig und kam den Aufforderungen der Grenzposten der Nationalen Volksarmee nach.*<sup>196</sup>

Das Festnahmeprotokoll, unterzeichnet durch den Hauptmann Kutschke, vom „Stab Elend“ Nr. A 030224 vermerkt als Aufnahmeort: *Schutzstreifen 50 m vor der Sperre Untere Kreuzung Elend. ... Am 11.12. 64 Uhrzeit: 5.<sup>45</sup> wurde durch Kräfte der NVA-Grenztruppe 1 weibl. Person festgenommen beim Grenzdurchbruch DDR-W. Sie macht keine Angaben zu ihrer Person oder von wo sie herkommt. Nach ihren Angaben ist sie am 1.12. 64 gegen 20 00 an der Obengenannten Stelle W-DDR gekommen die Sperren wurden alle durchkrochen. Beim Absuchen des Festnahmeortes wurde 1 Blech und eine Zange gefunden damit wollte sie durch die Sperre. Sie hat keine Ausweisapapiere bei sich.*<sup>197</sup>

Die Einlieferungsanzeige benennt als Grund der Festnahme wegen des *dringenden Verdachts der Spionage.*<sup>198</sup> Hildegard Kruse erinnert: *In Elend, dem Hauptquartier des dortigen Grenzabschnittes hatte ich die ersten Verhöre. Die Gerichtsakte hält aus einem der ersten Verhöre fest:*

*Frage: Nennen Sie ihren Vor- und Familiennamen!*

*Antwort: Ich möchte meinen Namen nicht sagen.*

*Frage: Wo sind Sie wohnhaft?*

*Antwort: Ich bin Bürgerin der Bundesrepublik.*

*Meine Wohnanschrift sage ich nicht.*

*Frage: Aus welchem Land der Bundesrepublik stammen Sie?*

*Antwort: Darüber mache ich keine Aussagen.*

*Ich werde von jetzt an gar nichts mehr sagen.*

---

195 Aufzeichnungen in der Haft, eigenhändige maschinenschriftliche Abschrift von Frau Kruse, S. 10

196 Untersuchungsvorgang 127/65, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 17)

197 Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1)

198 ibd.

---

*Frage: Sie werden zur Wahrheit ermahnt. Machen Sie den Tatsachen entsprechend Angaben zu Ihrer Person!*

*Antwort: Ich bleibe dabei, daß ich über meine Person keine Aussagen mache.*

*Frage: Wann sind Sie geboren?*

*Antwort: Ich wurde 1924 geboren und werde im kommenden Jahr 41 Jahre alt. Nähere Angaben zu meinem Geburtstag mache ich nicht und nenne auch meinen Geburtsort nicht.*

...

*Frage: Wo haben Sie die Schule besucht?*

*Antwort: Bei uns in der Stadt.*

*Frage: Wie heißt diese Stadt?*

*Antwort: Das sage ich nicht.*

*Frage: Sie werden erneut zur Wahrheit ermahnt.*

*Machen Sie konkrete Angaben zu Ihrer Person!*

*Antwort: Ich sage nichts über meine Person aus.*

...

*Frage: Sagen Sie über Ihre Eheverhältnisse aus!*

*Antwort: Das ist meine Privatangelegenheit.*

*Deshalb mache ich darüber keine Aussagen. ... Von meinem Ehemann lebe ich getrennt. Über die Gründe dafür verweigere ich die Aussage. Ich habe eine Tochter, ... Nähere Angaben darüber mache ich nicht.*

*Frage: Wer sind Ihre Eltern?*

*Antwort: Meine Eltern sind verstorben. Über sie sage ich nichts aus.*

*Frage: Wovon bestritten Sie Ihren Lebensunterhalt, seit Sie von Ihrem Ehemann getrennt leben?*

*Antwort: In den Jahren 1962/63 habe ich in einer Porzellanfabrik, die ich nicht näher nennen möchte, den Beruf der Keramikdruckerin gelernt. Ich dieser Tätigkeit verdiente ich monatlich etwa 390,00 Westmark netto.*

*Aus gesundheitlichen Gründen arbeite ich seit einem Jahr nicht mehr. Ich bekomme von meinem Ehemann finanzielle Unterstützung.*

*Frage: Welchen gesellschaftlichen Organisationen gehörten Sie an?*

*Antwort: Ich war von meinem 10. bis 14. Lebensjahr Mitglied der „Jungmädels“, wurde dann in den „Bund Deutscher Mädchen“ übernommen und gehörte von meinem 18. Lebensjahr der NS-Frauenschaft an. Funktionen bekleidete ich in diesen Organisationen nicht. Nach 1945 war ich nicht mehr politisch organisiert. Ich war nicht in der FDJ. Allerdings gehörte ich einer Sportgemeinschaft an, deren Namen ich nicht weiß. In dieser fanden sich abends Frauen zusammen, um sich einen körperlichen Ausgleich zu schaffen. Aktiv habe ich nicht Sport getrieben.<sup>199</sup>*

---

199 Untersuchungsvorgang 127/65, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 82)

Ihren Weg von West nach Ost und den versuchten Rückweg schildert sie detailliert. Sie lenkt die Vernehmer in die Irre, berichtet von einer Ankunft in Königshütte, wo sie von einem Bekannten abgeholt worden sei; verwickelt sich in Widersprüche, in ihrem ersten Verhör hat sie angegeben, sie sei per Anhalter bis Halberstadt gefahren.

Der Vernehmer will wissen: *Aus welchem Grund drangen Sie in der Nacht vom 1.12. zum 2.12. 1964 illegal in die Deutsche Demokratische Republik ein?*  
*Antwort:* Um mir Schwierigkeiten zu machen.<sup>200</sup>

...  
Das Vernehmungsprotokoll habe ich selbst gelesen, lehne es jedoch ab, es zu unterschreiben.<sup>201</sup>

Am 12. Dezember erklärt sie vor dem Haftrichter: *Der Grund weshalb ich die Angaben über meine Person verweigere ist der, weil ich den Personen versprochen habe, bei denen ich mich aufhielt, daß ich im Falle einer Festnahme keine Angaben machen werde. Ich bin mit keiner bösen Absicht in das Gebiet der DDR gekommen und ich wollte auch niemanden schädigen. Mein illegaler Aufenthalt in der DDR diene rein privater und familiärer Angelegenheit.*<sup>202</sup>

Am 12. Dezember erlässt der Richter Völlger in Berlin den Haftbefehl, die unbekannte Person in Untersuchungshaft zu nehmen. Ihr Verhalten ist *Strafbar gemäß § 8 des Paßgesetzes und § 14 des Strafergänzungsgesetzes sowie § 73 des Strafgesetzbuches.*<sup>203</sup> Es wird ein Ermittlungsverfahren aufgrund des *dringende[n] Verdacht[s], daß die Genannte zum Zwecke einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit im Auftrage eines imperialistischen Geheimdienstes handelt* eingeleitet.<sup>204</sup>

Anderthalb Jahre später wird die Operativgruppe Blankenburg der Staatsicherheit aufgrund eines Hinweises durch den GM-Kandidaten „König“ ermitteln, ob eine *Schleusungstätigkeit westlicher geheimer Dienststellen im Bereich der Grenzkompagnie Elend* stattgefunden habe. Circa 50 % aller verlegten Minen seien durch Witterungseinflüsse und Wild detoniert, die „offizielle Gasse“ befände sich in einem äußerst schlechten Zustand. Der Grenzabschnitt Fuchsfarm sei für eine Feindschleusung in beide Richtungen geeignet, befindet die Staatssicherheit. Die Analyse der „Grenzverletzerbewegung West/DDR und DDR/West“ in einem weiteren

200 ibd.

201 ibd.

202 ibd.

203 ibd.

204 ibd.

Fall und dem der Frau Kruse hätte jedoch ergeben, *daß die festgenommenen G[renz]V[er]letzer ... [geschwärzt] und Kruse nicht von westdeutschen Dienststellen eingeschleust sein konnten.* Auch wenn der offizielle Sachstandsbericht vom 20. Januar 1967 zu dem Ergebnis kommt, dass bei Frau Kruse nicht von einer Spionagetätigkeit ausgegangen werden kann, wird in der für die Atmosphäre in einer Diktatur typischen Weise angezweifelt, ob die Untersuchungsergebnisse stimmen: *Die Personen werden wohl auch nur das zugegeben haben, was man ihnen beweisen konnte. Eine hohe Wahrscheinlichkeit für einen GD im Auftrage des Gegners mag wohl nicht bestehen, jedoch kann man auf Grund der Umstände nicht völlig außer Acht lassen. Zumindest trifft das für ... [geschwärzt] zu. Es handelte sich doch hierbei um die bekanntgewordenen G[renz]D[durchbrüche] Ebenso kann er vorher bereits illegal mehrfach die Grenze „passiert“ haben, ohne daß es bemerkt wurde,* merkt der unbekannte Leser, möglicherweise ein Vorgesetzter an.<sup>205</sup>

Vielleicht schließt dieser MfS-Mitarbeiter sogar nicht aus, dass die illegalen Grenzübertritte von Frau Kruse von den eigenen Leuten, Hauptabteilung Aufklärung, inszeniert worden sind, um einem DDR-Spion zu tarnen? Wäre es so, würden sie möglicherweise nicht informiert. Eigenartig bleibt, dass die Blankenburger Dienststelle des MfS die Unterlagen zum Untersuchungsvorgang Kruse von der Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen) erhält – also von der Abteilung des MfS, welche die eigenen Grenztruppen überwachen sollte?

Nach dem ersten Verhör in Elend wird Hildegard Kruse nach Blankenburg gebracht und fährt in der „grünen Minna“ am Haus ihrer Eltern in Elbingerode vorbei; von dort nach Magdeburg und in Handschellen nach Berlin. Nach drei Tagen Verhör in der Stasizentrale in der Normannenstraße wird sie in die Untersuchungshaftanstalt Rummelsburg eingeliefert. Bis hierhin weigert sie sich standhaft, ihren Namen und ihren Aufenthaltsort in der DDR zu nennen. *Meine Eltern hatten sich ja strafbar gemacht. Strafbar deshalb, weil sie mich nicht angezeigt hatten, auch hätte mein Aufenthalt einer polizeilichen Meldung bedurft. Ich redete mich damit [her]aus, daß ich mein Ehrenwort gab, bei einer Verhaftung nichts über Ort und Person und auch nichts über mich auszusagen. Und wenn wir ihnen unser*

205 Die „Grenzverletzung“ durch die in dieser Akte geschwärzte männliche Person – in einer handschriftlichen Randnotiz ist von „er“ die Rede – muss wesentlich später erfolgt sein, denn durch den Einbau technischer Hilfsmittel am 2. September 1966 konnte die *Übertrittsstelle* des Mannes konkret nachgewiesen werden. Im Falle dieses Mannes soll, so die Akte, *eine Aburteilung wegen Vergehen gegen das Paßgesetz im Jahr 1962 und Schleusung der in der DDR wohnhaften Familienangehörigen ohne fremde Hilfe nach Westdeutschland* erfolgt sein. All dies trifft aber nicht auf Frau Kruse zu, denn im September 1966 lebte sie bereits mit ihren drei Kindern wieder in Elbingerode. (BStU, ZA, MfS, Allg. S 47/68, Band 1)

---

*Ehrenwort geben, daß ihren Angehörigen nichts passiert, sagte ein Herr, der für kurze Zeit beim Haftrichter mit anwesend war. Ich gab jedoch zur Antwort „Wie kann ich hoffen, daß Sie ihr Ehrenwort halten, wenn Sie von mir verlangen, es zu brechen.“ ... Erst einige Tage später, ich war nicht mehr fähig, klar zu denken, entschloß ich mich auszusagen. In der Zwischenzeit hatte man einen Steckbrief fertig gemacht, und es war mir klar, da man mich ja in der DDR kannte, daß mein Schweigen nur noch einen Erfolg von Tagen hätte. Ich machte mir auch zu große Gedanken um meine Eltern, denn sie warteten nun schon Tage auf einen Anruf von mir.<sup>206</sup>*

Als sie ihren Haftbefehl am 12. Dezember in Berlin liest, Spionagetätigkeit im Auftrage eines imperialistischen Geheimdienstes, wehrt sie sich, beantragt eine „Überprüfung“. *Ich bin u. a. wegen Spionage angeklagt, was nicht zutrifft. Ich bin in die DDR gekommen um meine Angehörigen zu besuchen.* Und jetzt unterzeichnet sie mit vollem Namen und ihrer Adresse in der Bundesrepublik: „Hildegard Kruse, geb. Göbel, Borgstede/Ol., Hauptstr. 99“. Sogleich zieht sie den Antrag zurück. *Er sollte nicht als Haftbeschwerde angesehen werden. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß ich keine Spionage getrieben habe.<sup>207</sup>*

Ihre Eltern, Ernst und Wally Göbel, und ihre Tochter Elke werden am 17. Dezember zum Verhör geladen, aber in der Folgezeit nicht für ihre Mitwisserschaft bestraft.<sup>208</sup> Zwischen Weihnachten und Neujahr 1964 erhält die Tochter von Frau Kruse, Elke, Besuch von ihrem Bruder Gerd in Elbingerode. Der Bürgermeister Kever lädt, wie jedes Jahr, die westdeutschen Gäste zu einem gesamtdeutschen Gespräch ein, und, damit die Westdeutschen ein *Gefühl der Gemeinsamkeit* entwickeln, sich *nicht allein auf sich angewiesen* fühlen und *auch in Versammlungen ... frei und offen, ohne Beklemmungen auftreten*, werden die Elbingeröder Gastgeber gleich mit eingeladen. Elke Kruse nimmt mit ihrem Bruder teil und bringt, passend zum Thema, das Gespräch auf ihre Mutter und berichtet von deren Aufenthalt in Elbingerode, und dass sie nun verhaftet sei. Offensichtlich weiß es noch niemand im Ort. Sie möchte wissen, wo ihre Mutter jetzt ist und wie es ihr geht. Unterleutnant Windhagen vom MfS, der das Treffen leitet, ist peinlich berührt. *In diesem Forum konnte diese Frage keiner beantworten. ... Bürgermeister Kever beschwerte sich darüber, daß die Sachlage nicht in Ordnung sei. Wenn die übergeordneten Instanzen schon kein Geheimnis preisgeben wollen bzw. könnten, dann soll man sich wenigstens eine reale Diskussionsgrundlage schaffen die ihrer Arbeit nicht widerspricht und die fragenden Bürger zugleich befriedigt.* Mit

---

206 Maschinenschriftliche Abschrift der Aufzeichnungen in der Haft

207 Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 24)

208 ibd., Bl. 118–126

---

anderen Worten: Bürgermeister und MfS in Elbingerode sollen die westdeutschen Gäste überzeugen, dass die DDR für die Wiedereinigung alles tut, und dann haut dieser Zwischenfall das ganze schöne Argumentationsgebäude auseinander. Wenn die Verhaftung eben nötig war, dann solle man gefälligst doch sie für dieses Gespräch argumentativ wappnen. So könnten sie sich nur blamieren. Windhagen und Kever sind verärgert. Die übergeordneten Instanzen haben sie im Regen stehen gelassen. Sie werden aber recht hart abgebügelt. Oberleutnant Meffel notiert drei dürre Bemerkungen an diesen Vermerk. 1.) *Wieso kommt die Tochter der K. zum gesamtdeutschen Gespräch?* Das kann Kever noch, wie geschildert, im Sinne der DDR beantworten. Jetzt wird es aber schärfer. Was er der Führung anlasten will, ihr habt uns durch die mangelnde Information in der Öffentlichkeit in die Bredouille gebracht, versucht Meffel nun gegen Kever zu kehren. 2.) *Der Bürgermeister Kever hat wohl keine eigene parteiliche Meinung.* Sprich: Mit genügender parteilicher Rason hätte er sich selbst aus der peinlichen Notlage retten können. Der Schwarze Peter geht an ihn. Nicht die Führung, Kever hat sich jetzt zu rechtfertigen. Und Unterleutnant Windhagen wird ebenfalls diszipliniert: 3.) *Unterleutnant Windhagen hat einen konkreten Bericht nach den 8 goldenen Ws über dieses Vorkommnis zu machen der den Vorgesetzten vorzulegen ist.* Oberleutnant Meffel lässt sich, der Vermerk ist vom 13. Januar, bis zum 25. Januar Zeit mit seinen Direktiven an die Untergebenen.<sup>209</sup> Am 21. Januar 1965 telegraphieren die Göbels aus Elbingerode direkt an das Ministerium für Staatssicherheit in Berlin: *ERWARTE DRINGEND NACHRICHT VON FRAU HILDEGARD KRUSE ANGABE WO ZU ERREICHEN.*<sup>210</sup>

Am 17. Januar 1965 übergibt der Bürgermeister Elbingerodes Kever „dem Untersuchungsorgan“, also dem MfS, eine Abschrift des Briefes von Frau Kruse an ihn aus dem Januar 1964. Windhagen vom MfS in Wernigerode schickt diesen Brief später (das Schreiben ist nicht datiert) an den Genossen Pape, den stellvertretenden Bürgermeister von Elbingerode mit der knappen Bemerkung zurück: *Übermittle Ihnen somit den Brief von Frau Kruse aus WD. Haben weiter kein Interesse, möchten Ihnen auch in der Sache freie Hand lassen.*<sup>211</sup> Die Vertreter der Kreisdienststelle des MfS in Wernigerode, Hauptmann Tronnier und Unterleutnant Windhagen, können aber, obwohl sie die Durchschläge der Vernehmungsprotokolle von Frau Kruse aus Berlin erhalten haben, offensichtlich nicht glauben, dass Frau Kruse die harmlose Großmutter ist, die sie ist; eine Frau mit einer über-

---

209 Aktenvermerk Betr.: Sachverhalt Frau Kruse aus Elbingerode, Wernigerode, den 13.1.1965 (BStU, Ast. Magdeburg, MfS, ZMA, Nr. 6082, Bl. 33–35)

210 ibd., Bl. 213

211 BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Teil 2, Band 1, Bl. 184



großen Sehnsucht nach ihren Enkelkindern. Daher fragen sie am 24. März 1964 direkt in Berlin an: ... *möchten wir darum bitten uns mitzuteilen:*

1. *Was mit der Kruse geschah, inhaftiert oder wieder nach WD geschickt?*

2. *Sind Ihrerseits Zeugen zur Verantwortung gezogen worden?*

*Um eine baldige Rückantwort wird gebeten.*<sup>212</sup>

In dem Aktenauszug, der mir vorliegt, fehlen die folgenden zwei Seiten. Sollten Tronnier und Windhagen eine Antwort bekommen haben, kenne ich sie nicht. Die beiden Fragen zeigen (vielleicht?), dass Tronnier und Windhagen glauben, es sei möglich, Frau Kruse habe im Auftrag des MfS ihre ganze „Familien-Sehnsuchts-Geschichte“ erfunden. Zurückgeschickt haben könnten die Berliner Kollegen sie, wenn Frau Kruse eine MfS-Spionin mit Westauftrag ist, dann müsste das MfS auch Zeugen „zur Verantwortung ziehen“, die sie sonst enttarnen könnten. Erst am Tage der Urteilsverkündung, den 14. April, erfahren sie, dass Frau Kruse „einsitzt“.<sup>213</sup> Die Post zwischen Wernigerode und Berlin im März lief eine Woche. Sofern sie nicht angerufen wurden, können sie von der Urteilsverkündung noch nichts wissen. Windhagen hält nur fest: *Aus diesem Grund [Einsitzen] wird das vorliegende Material zur Ablage gebracht.* Das könnte bedeuten, er rechnet nicht mehr damit, dass Frau Kruse noch einmal – als MfS-Spionin – illegal/getarnt die Grenze überquert. Der Vorgang, der mir nur bruchstückhaft zur Kenntnis gelangt, wirft ein Schlaglicht auf das Misstrauen einer MfS-Dienststelle gegenüber der anderen. Tronnier und Windhagen glauben nicht, dass Berlin ihnen reinen Wein einschenkt.

Hildegard Kruse erinnert sich an den Gefängnisalltag: *Die junge Frau, mit der ich zusammen lag, war auch aus der Bundesrepublik und in eine Schleusung verwickelt. Sie war nicht gerade das Musterstück einer Frau, viele häßliche Worte paßten mir nicht. Aber in einer so engen Gemeinschaft habe ich sie in wenigen Tagen umformen können, sie konnte wunderschön singen, und dieses ließ auch vieles entschuldigen. Sie zwang mich durch ihre Unbekümmertheit zum Mitsingen, zwar leise, denn es war verboten ... Es kamen die Weihnachtstage, wir bemühten uns, uns gegenseitig nicht zu zeigen, wie es um unser Herz bestellt war. Formten aus Silberpapier 2 Weihnachtskugeln und eine Kerze und, hingen, bzw. stellten dies auf unser Schränkchen, sangen und spielten Mühle. Die*

212 ibd., Bl. 214 – gesperrt gesetzt von mir

213 BStU, Ast. Magdeburg, MfS, ZMA, Nr. 6082, Bl. 37



Zeichnungen im Gefängnis, Privatarchiv Frau Kruse

*Schale einer Apfelsine (weiß und orange) waren unsere Klötze und auf dem Fußboden, einen Tisch hatten wir nicht, zeichneten wir mit einem Zahnputzstein unsere Mühle auf. Wir saßen unter dem Fenster auf unserem Hocker und stellten unsere Beine so, daß sie das Spiel am Fußboden verdeckten und das Auge vom Spion uns nicht erwischte. Alles, auch Kugeln und Kerze wurde uns schon am 2. Weihnachtstag ... abgenommen. Gleich nach Weihnachten war ich zwei Tage allein, meine Zellenachbarin hatte Verhöre. Es war furchtbar, ich weinte den ganzen Tag. So schnell gewöhnen sich Menschen in einer solchen seelischen Zerrissenheit aneinander. ... ich wurde herausgerufen. Nicht mit meinem Namen sondern wie immer „links, Jacke an!“ (Mein Bett stand auf der linken Seite) „Zum Verhör“ dachte ich, doch es wurde eine andere Richtung eingeschlagen, der Fahrstuhl brachte mich [ins] Parterre. Wohin – zu einem Vernehmer, der im Keller sitzt und sehr gefürchtet wurde? – Eine Tür wurde geöffnet, und ich befand mich im Bunker. Dieses Springen der*

Gedanken, was hast du gemacht, weshalb, was liegt in deiner Zelle, ... was hast du in den Taschen, was! Was! Was! Das Schlagen meines Herzens übertönte alles. Etwa eine halbe Stunde verging, noch immer stand ich in meiner Ecke und wußte keine Klarheit zu finden. Die Tür wurde geöffnet, gleich wieder verschlossen. ... Wieder wurde die Tür geöffnet, ich wurde abgetastet – ... Anschließend saß ich im Auto ... Ich war so aufgewühlt von der Stunde im Bunker, ein Zittern war in mir, ich stand wie vor einem tiefen Abgrund. Eine Starre löste diesen Zustand ab, dazu die Dunkelheit in dem Wagen, das Rütteln und Schütteln bedingt durch die schlechte Straße. Ich dachte, gleich hält der Wagen an, du mußt raus und wirst abgeknallt. Ohne Widerspruch wäre ich gegangen. In der neuen Haftanstalt ist sie in Einzelhaft. In den ersten Stunden, Tagen, Nächten des Alleinseins stürzte alles auf mich herab. Ich sah und hörte nichts und verstrickte mich täglich mehr. Die Klappe in der Tür gab mir den Rest. Wie ein im Käfig gehaltenes Raubtier, dem man mit einer langen Stange das Fressen durch eine kleine Öffnung 15 x 25 cm zuschiebt ... Gesichter von dem Aufsichtspersonal sah ich in den täglichen Freistunden. Wenn ich z. B. in den Freihof gebracht wurde, standen, ... 15 Polizisten „Spalier“. An jeder Ecke, Jeder Treppe und Tür. Wenn ein Gefangener aus der Zelle war, brannten im ganzen Haus rote Lampen und ein zweiter Gefangener durfte dann nicht aus einer Zelle heraus geführt werden. Wir Häftlinge ... sahen einander nie ... Ich konnte kaum essen, acht Tage später hatte ich Wasser in den Füßen. Die ärztliche Betreuung war hier besser. In der ersten Haftanstalt, Rummelsburg, hatte ich bei drei Gallenkoliken nicht einmal Linderung durch Medikamente. Jetzt bekam ich Diät und Liegeerlaubnis, über letztere war ich sehr froh, ich brauchte nun doch nicht mehr bis zu 16 Stunden auf dem Hocker sitzen.<sup>214</sup>

Am 2. Februar 1965, zwei Monate vor ihrem Prozess, verfasst sie auf Aufforderung eine „Stellungnahme zu ihrer Straftat“, deren Schlusssätze lauten: Es ist mir bekannt, daß ich mich durch mein Verhalten, sei es beim Grenzdurchbruch, durch meinen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik, sowie durch das Mitführen meines Geldes strafbar gemacht habe. Ich verurteile aufrichtig mein Verhalten und hoffe, daß ich all diese Vergehen nach meiner Entlassung und späterem Wohnen in der Deutschen Demokratischen Republik wieder gutmachen kann, indem ich beim Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik mithelfen kann.<sup>215</sup>

Dieser Kotau, vermutlich eingeflüstert vom Wachpersonal, entspricht den Bedingungen, welche die DDR an Rückkehrwillige stellt. Nur Rückkehrern,

die das legale oder illegale Verlassen der DDR ehrlich bereuen und die Gewähr geben, daß sie in Zukunft die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die Gesetze der DDR gewillt sind zu achten, und die ihre Absicht erkennen lassen, aktiv am sozialistischen Aufbau mitzuwirken, ist die DDR bereit, die Heimkehr zu gestatten.<sup>216</sup> Das Reuebekenntnis verschafft ihr winzige Hafterleichterungen, die Briefe ihrer Angehörigen werden ihr wieder ausgehändigt. An ihnen konnte ich mich wieder aufrichten. Ich fing wieder an, Mensch zu werden. Eines Tages stellte ich fest, daß ich ja gar nicht allein war. An manchen Nachmittagen kam die Sonne zu mir, ich fand den Sonnenstrahl mit der Hand, und ich gab ihm Grüße mit. ... Ich versuchte es jetzt noch mit dem Klopf-ABC, bekam aber keine Antwort von einer anderen Zelle. Die Kontrolle war zu scharf, alle 10 Minuten bewegte sich der Spion. Doch es war in der 5. Woche, als ich Klopfzeichen hörte. Ich gab Antwort und die Verbindung war hergestellt. Erst jetzt erfuhr ich, daß ich in Berlin-Hohenschönhausen war. ... Am 11.12. 64 wurde ich verhaftet, am 23.2. 65 mußte ich nun hören, daß ich fortkomme. ... wieder knackte der Schlüssel im Schloß, wieder war ich allein. Der Zustand der Zelle war grausam. Die Luft war zum Erstickern, hier gab es noch nicht einmal ein WC, ein Kübel stand in der Ecke, ich war so „bedient“, daß ich ihn 36 Stunden nicht benutzen brauchte. Tagelang konnte ich nichts essen. Das Bett, eine schmale Pritsche mit verdreckten und holprigen Matratzen, daß ich nach zwei Tagen eine Wirbelsäulenverlagerung hatte. Die Decken und die Wände der Zelle waren schwarz und ekelhaft die mit Sperma verschmierten Wände. Tagelang zog ich die Pritsche in die Zellenmitte, bis ich die Kraft hatte, wenigstens die Wand zu reinigen, an der ich schlief. Ganz langsam fand ich nun wieder zu mir und nahm Geräusche wieder auf, welche von draußen in meine Zelle kamen. Ich horchte nach draußen, die kleine Anstalt ließ vermuten, in einer kleinen Stadt zu sein. Dann hörte ich eine Straßenbahn, – vielleicht Halberstadt – Wochen später erfuhr ich, daß ich in Magdeburg, auch dieses Mal wieder beim Staatssicherheitsdienst (Moritzplatz) war. ... Mir gegenüber in der Zelle lag ein junger Mann, welcher sich sehr laut gab. Er konnte sich wohl nicht fügen und wurde immer wieder verwarnt. Einmal hörte ich ihn sagen: „Ich bin nicht ‚eins‘ (wir wurden nicht mit unseren Namen sondern mit 1 bzw. 2 usw. angesprochen) ich habe einen Namen, ich heiße Hugo“ ... „Jetzt geht's in den Keller, dann werden Sie erst mal acht Tage keinen Ton mehr von sich geben“ – es war auch so – acht Tage sagte er keinen Ton, ... Einmal wurde die Freistunde sofort abgebrochen, weil das laute Schreien eines Untersuchungshäftlings, bedingt durch Schläge zu hören war. Ich selbst bin von den Organen des Staatssicherheitsdienstes immer einigermaßen korrekt

214 Aufzeichnungen aus dem Gefängnis, S. 13–15

215 Stellungnahme zu meiner Straftat, 2.2.1965, Nachtrag, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65)

216 1. Ergänzung zur Dienstanweisung des Ministers des Innern Nr. 7/57, Rückkehrer und Zuziehende, 1. Exemplar (BStU, ZA, MfS, BdL Dok. Nr. 50536, Bl. 1)

behandelt worden. – Drei Monate waren nach meiner Verhaftung vergangen. Ich durfte den zweiten Brief schreiben und bekam von meiner Mutti Besuch. Was war die Freude groß, hatte meine Haft ein Gutes, so schnell sah ich sie wieder. Ich wollte versuchen, meine Haft so gut wie nur möglich zu überstehen und nahm mir ganze Stapel Bücher in meine Zelle, ich las, als hätte ich etwas versäumt. Doch die Zeit nagte an meinen Nerven. Das Warten zermürbte mich und mein Zustand wurde ausgesprochen schlecht. Ich fand keine Ruhe mehr, ... Stundenlang lag ich und konnte nicht denken, dann wieder nahm ich alles, was um mich herum geschah, zu sehr in mich auf. Meine Gedanken trommeln und bohren, ... Ihre Fülle scheint meine Schädeldecke auseinander sprengen zu wollen. ... Die Augen brennen. ... Meine Hände suchen eine Beschäftigung, schieben das Schränkchen an der Wand auf und zu, in der Hand glimmt eine Zigarette, ... Wieder nehme ich meine Wanderung auf, je 5 Schritte in eine Richtung, lege mich auf mein Bett, aber schon stehe ich wieder. Ein Ohr hört dem Gezwitscher der Vögel zu, das andere richtet sich auf die Tür, ... Die Augen gehen an der Wand hin und her, ... heften sich wieder an der furchtbare Klappe an der Tür fest. Alles runterschlucken, schlucken, schlucken, aber es geht nicht ... Ich muß Gedanken aufschreiben, sie müssen raus, raus aus meinem Kopf, damit andere Platz haben. ... Am Abend und am Morgen ist es eine Erholung, wenn ich beim Waschen den Spion verdecken darf, ...<sup>217</sup>

Am 14. April 1965 wird Hildegard Kruse in Magdeburg der Prozess gemacht. Auf eine Frage des Richters antwortet sie: *Als wir die Aufenthaltsgenehmigung [für Westdeutschland nach dem Notaufnahmeverfahren] hatten, stand es fest, daß wir nicht wieder kommen. Ich muß sagen, daß ich dabei kein gutes Gewissen hatte. Ich faßte es als Verrat auf. Die Akte notiert als Letztes Wort der Angeklagten: Ich möchte betonen, daß ich mich in Westdeutschland stets für DDR eingesetzt habe und auch meine Kinder in diesem Sinn erzogen habe. Ich wollte dadurch meinen Fehler, den ich 1961 begangen hatte, indem ich die DDR illegal verließ, wieder gutmachen. Ich wollte unbedingt meine Familie wiedersehen und dadurch habe ich meine Tat begangen*<sup>218</sup>.

Das Gericht verurteilt Hildegard Kruse zu einem Jahr Haft wegen eines fortgesetzten Angriffs gegen die Sicherheit der Staatsgrenze der DDR (§ 8 Paßgesetz, § 6 VO zum Schutz der Staatsgrenze). Kreisgerichtsdirektor Beesch, der mit dem Urteil exakt dem schon vor dem Prozess auf einem

Zettel handschriftlich dem Gericht mitgeteilten Strafvorschlag des Staatsanwaltes Opitz<sup>219</sup> folgt, wirft Frau Kruse in der Begründung des Urteils vor, sie habe durch ihre Flucht am 28. Februar 1961 *nicht nur ihr Eigentum einfach im Stich gelassen, sondern auch alle Brücken zu den Eltern ... abgebrochen. ... Die Angeklagte hat Handlungen begangen, die besonders gesellschaftsgefährlich sind. Als Bürgerin der DDR, die zeitweise ihren Wohnsitz in Westdeutschland hatte, mußte sie sich über die Bedeutung eines derartigen Durchbruchs der Staatsgrenze im klaren sein. Die DDR ist verpflichtet, im Interesse des Schutzes seiner Bürger nicht nur die Staatsgrenze ausreichend zu sichern, sondern auch die Personenbewegung über die Staatsgrenze hinweg, genau zu kontrollieren. Die Erfahrungen lehren, daß die Gegner unseres Staates mit allen Mitteln versuchen, uns zu schädigen. Dabei hat es auch schon viele Versuche gegeben durch die Einschleusung von Agenten unsere Entwicklung zu stören. Ein derartiger illegaler Grenzdurchbruch kann aber auch zu Komplikationen an der Staatsgrenze führen, die von unseren Gegnern zu ihren propagandistischen Zwecken ausgenutzt werden. Das alles war der Angeklagten gleich, sie wollte auf jeden Fall, da ihre Anträge auf Aufenthaltserlaubnis abgelehnt waren, illegal nach Elbingerode reisen. (...) Die Entwicklung der Angeklagten und die Gesellschaftsgefährlichkeit ihrer Handlungen erfordern die Höhe der ausgesprochenen Strafe. Sie soll dazu dienen bei der Angeklagten die Voraussetzungen für die zukünftige konsequente Einhaltung der Gesetze unseres Staates zu schaffen.*<sup>220</sup>

Noch am Tag der Urteilsverkündung erhält der Rechtsanwalt Horst Kühnert die Vollmacht von Frau Kruse sie für die Berufung zu vertreten. Rechtsanwalt Kühnert führt aus, dass die Angeklagte sich zu den Verhältnissen in unserer Republik bekannt habe. Sie folgte ihrem Ehemann in die Bundesrepublik im Jahre 1961 allein deshalb, weil sie den Kindern das gemeinsame Elternhaus erhalten wollte und andererseits ihren Ehemann nicht umzustimmen vermochte, in unserer Republik wohnhaft zu bleiben. Sie übersah seinerzeit nicht, führt der Anwalt zu ihrer Verteidigung aus, daß ihr sicherlich die Hilfe gesellschaftlicher Organe und anderer Verwandter umfassend zuteil geworden wäre, wenn sie mit den Kindern in der Republik geblieben wäre. Abschließend empfiehlt er: *Eine geringere Strafe, etwa im Rahmen der bislang gegen die Angeklagte vollzogene[n] Untersuchungshaft würde sowohl dem Grad der Gesellschaftsgefährlich-*

219 BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Teil 2, Band 1, Bl. 226

220 Kreisgericht Magdeburg – Stadtbezirk Nord – (N), in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 34). Vorsitzender ist der Kreisgerichtsdirektor Beesch, als Schöffen geladen sind der Reparaturschlosser Wolfgang Spychalski und der Elektriker Walter Schulz, als Staatsanwalt tritt der Bezirksstaatsanwalt Opitz auf, Protokollführerin ist die Justizangestellte Großkopf.

217 Aufzeichnung aus dem Gefängnis, S. 15, 18–21

218 Handschriftliches Protokoll der Verhandlung, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 32)

keit entsprechen als auch ausreichend sein, der Angeklagten nach dieser bereits langen Untersuchungshaft und der erzieherischen Wirkung der Hauptverhandlung erster Instanz klarzumachen, daß sie die Gesetze unserer Republik zu achten und zu respektieren hat.

Unter Berücksichtigung dieses Sachvortrages erscheint das Urteil des Vordergerichtes im Strafausspruch übersetzt und der Berufung kann der Erfolg nicht versagt werden.<sup>221</sup>

Am 17. Mai 1965 weist der I. Strafsenat des Bezirksgerichtes Magdeburg die Berufung einstimmig als „offensichtlich unbegründet“ zurück.<sup>222</sup> Das Urteil wird damit rechtskräftig. Die Untersuchungszeit wird auf die Haftstrafe angerechnet. Die Kosten der Verfahrens trägt die Verurteilte.

... ich kam nun in den Strafvollzug. Zuvor aber hatte ich noch eine große Freude. Meine Mutti besuchte mich und da an meiner Führung wohl kein Tadel war, gewährte man uns 2 Stunden Sondersprechzeit und dieses zum Teil ohne Beisein eines Wachhabenden. Sicher machte man bei mir, da ich ja wieder nach Westdeutschland ging, eine große Ausnahme. Nun egal warum, diese 2 Stunden waren für mich sehr wichtig und ich kostete sie voll aus.

Ihre Aufzeichnungen über ihre Erlebnisse in der Haft, aus denen hier zitiert wurde, steckt sie der Mutter bei diesem Besuch zu, und ihr gelingt es, die Aufzeichnungen an den Kontrollen vorbei heraus zu schmuggeln. Die verbliebene Haftzeit schrieb Hildegard Kruse später aus der Erinnerung in Westdeutschland auf.<sup>223</sup>

Schon einen Tag später ging es auf Transport. Erst für einen Tag K-Strafvollzug, Magdeburg, von hier für acht Tage nach Halberstadt, wieder Untersuchungshaftanstalt, aber nicht Staatssicherheitsdienst, sondern auch hier bei der Kripo. Die Anstalt war gut eingerichtet, und ich staunte nicht schlecht, daß ich hier auf dem Freihof mit so vielen Untersuchungshäftlingen zusammenkam. ... Von Halberstadt kam ich wieder für einen Tag nach Magdeburg, bevor ich mit einem Transportzug nach Halle in den dortigen Strafvollzug kam. Hier mußte ich nun die restlichen 5 ½ Monate bleiben. ... Der Strafvollzug in Halle ist ein älterer Bau. Viele Menschen sollen hier in der Nazizeit gequält und hingerichtet worden sein, daher auch „roter Ochse“ genannt. Seine Wände haben Mauern von 150 cm Dicke und jedes Haus hat Souterrain und 5 ½ Etagen. Weit über 1.000

221 Rechtsanwalt Horst Kühnert, Magdeburg 15.4.65, Berufung im Auftrage der Angeklagten, in: Gerichtsakte Hildegard Kruse, Beiakten (BStU, ZA, MfS, AU 10983/65, Band 1, Bl. 41–43)

222 ibd., Bl. 46

223 Auskunft im Telefongespräch, 2. September 2002

Menschen finden dort Platz. Die Zellengröße 3 x 3.60 m wurde belegt mit 4–6 Personen. ... Große Tafeln an den Wänden der einzelnen Etagen und Häuser sollten mich darüber aufklären, daß ich in einem humanen Strafvollzug sozialistisch umerzogen werden sollte. Humaner Strafvollzug – sozialistische Umerziehung – und was steckt dahinter?

Wir hatten jede Woche 1–3 Stunden Presseinformation, es wurden zu diesem Zweck immer etwa bis zu 20 Strafgefangene versammelt. Politische Gespräche wurden geführt und diskutiert über den bösen Westen und den guten Osten. Es war fast immer die gleiche Platte, ... nur mit dem Unterschied, daß sie mal am Anfang, mal in der Mitte oder am Ende anfang. Jeden Sonntag hatten wir politische Vorträge. Das Wachpersonal wartete auf Verrat. Genügend Verräter und Intriganten lassen sich in einem solchen Haus finden. In der Hauptsache waren politische Äußerungen sehr gefragt, sie standen bei dem Wachpersonal hoch im Kurs. Auch mir wollte man politische Äußerungen zur Last legen. Ich sah mich schon erneut vor Gericht stehen. Alles wird politisch ausgeschlachtet und ist propagandistische Hetze und Verleumdung des Arbeiter- und Bauernstaates. Ich war zuletzt so weit, daß ich niemandem mehr traute. In meiner Zelle sagte ich einer Strafgefangenen auf den Kopf zu, das sie mich aushorchen soll. Sie war Parteigenossin, wurde aber durch ihre Straftat aus der Partei ausgeschlossen. Sie stand mit der Parteileitung im Gefängnis in ständiger Verbindung, und ich kann behaupten, daß ihr verräterisches Handeln von einer Frau Unterleutnant Weber mit Zigaretten belohnt wurde. Das Wachpersonal hatte eine recht unterschiedliche Einstellung zu den Strafgefangenen ... Einig waren sie sich aber fast alle in ihrem Bestreben, uns, wo es ging, zu schikanieren. Wir wurden gedrillt. ... Sie sahen am liebsten, wenn die Gefangenen sich untereinander nicht vertrugen. So richtig nach dem Motto: Kratzen und beißen. – Keine Hygiene! Bei 4 bis 6 Personen meint man, eine Schüssel und ein Wasserkrug seien genug für die Häftlinge. Kein WC, ein Kübel stand in einer Zellenecke. ... Zum Zahnarzt kam man schlecht, es waren wohl auch zu viel Menschen in der Anstalt. Einmal wurde ich Zeuge, wie sich eine Strafgefangene empörte, nicht zum Zahnarzt vorgelassen zu werden. ... eine Frau Oberwachtmeister sagte zu ihr: Ich lasse Sie jetzt überhaupt nicht mehr vor, und wenn Ihnen die Zähne im Mund verfaulen. ... Über allem aber stand „Humaner, sozialistischer Strafvollzug“ und an den Flurwänden beim medizinischen Dienst hingen große Tafeln mit der Aufschrift „Im Mittelpunkt steht der Mensch“. Meine Eltern beantragten für mich über meinen Rechtsanwalt Strafaussetzung. Diese wurde von meiner Staatsanwältin mit folgender Begründung abgelehnt: „Bezüglich Hildegard Kruse teile ich Ihnen mit, daß einer bedingten Strafaussetzung für die Genannte z. Zt. aufgrund der Gesellschaftsgefährlichkeit der Handlung nicht nähergetreten werden kann. Ich werde von Zeit zu Zeit prüfen, ob der Strafzweck erreicht ist.“

...

Auch hatte ich von meinem Fall erzählt, weshalb man mich hier in der DDR eingesperrt hat. Das Wachpersonal ging dagegen an und behauptete, ich sitze wegen eines ganz anderen Deliktes und meine Erzählungen wären Fantastereien und unwahr. ... In der Zeit der Wahl in der DDR hatten wir ständig Leibesvisitationen, wobei wir uns vollständig entkleiden mußten. In der Anstalt hatte man an einigen Stellen Parolen wie „nieder mit Ulbricht“, „wer Ulbricht wählt, wählt den Krieg“ angeheftet. Der Zuschchnitt und die Schneiderei der Anstalt hatten sabotiert. Tage und Nächte war der Staatssicherheitsdienst im Haus, um gleich an Ort und Stelle Verhöre führen zu können. ...

Vierzehn Tage vor meiner Entlassung sagte man mir plötzlich, daß ich nicht mehr zur Arbeit mit rausfahren müsse. ...

Am Nachmittag des 10.12. 65 war es dann soweit, man öffnete mir die Zelle, ... In einem Wagen brachten mich zwei Polizisten nach Gerstungen – Grenzübergang Bebra. ... Noch immer glaubte ich an eine Änderung im letzten Augenblick. Der Satz aus meinem Urteil „Welche vorübergehend ihren Wohnsitz in Westdeutschland hatte“ machte mir immer noch zu schaffen. ... Mein Geld, welches ich in Halle verdient hatte, mußte ich bis auf den letzten Pfennig meinen Angehörigen in der DDR schicken. Ich bekam, obwohl man mir ja bei meiner Verhaftung 86,- DM beschlagnahmt hatte, nicht einen Pfennig Ost in West umgetauscht und stand mittellos in Bebra.<sup>224</sup>

In Bebra erwartet sie ihr Mann. Die Haft hat sie verändert. *Er durfte mich nicht anfassen. Im Gefängnis hatten die Frauen so häßlich gesprochen, was sie nach ihrer Haft mit ihren Männern machen würden, ich konnte nicht mehr.*<sup>225</sup>

Die Entlassung in den Westen bringt Hildegard Kruse nicht, was sie sucht. *Meine Ehe ist zerbrochen, meine Heimat für mich unerreichbar, die Zukunft für mich dunkel. Und trotzdem kann ich diesen Teil Deutschlands, der es sich erlaubt hat, mir 12 Monate meines Lebens zu stehlen, nicht verdammen, denn in ihm liegt meine Heimat und dort wohnen meine Eltern, meine Tochter und Enkel. So ging ich am 10. April 1966 mit meinen zwei Kindern in die DDR zurück.*<sup>226</sup>

224 Hildegard Kruse, Erinnerungen an die Haftzeit, S. 24–31

225 Hildegard Kruse, 13. April 2002

226 Hildegard Kruse, Erinnerungen an der Haftzeit, S. 31

TELEGRAMM				DEUTSCHE POST	
Aufgegeben am: 10.12.65 12.30				Eingereicht am: 10.12.65	
von: 300				nach: 31	
An: 31				10.05	
Telegramm von: Kruse, Hildegard, L. Rottberg, Fulda, 14.12.65					
Inhalt: Sonne, blauer Himmel und Fabelhaft Tausend Grüße aus Bebra					
Lilke					
Für den Fall: Rückfragen					

Kruse – Freiheitstelegramm, Privataarchiv Frau Kruse

Im Aufnahmeheim für die Rückkehrer in die DDR wird sie genötigt, ihr Einverständnis zur Scheidung von ihrem Mann zu erklären. Diese Erklärung unterschreibt sie. In den Akten ist sie heute nirgends auffindbar. Es quält Hildegard Kruse bis heute, dass dieser Zwang des Staates nicht nachweisbar ist.<sup>227</sup>

Sie hat sich entschieden: *Ich will das Los mittragen, welches alle Menschen hinter dem eisernen Vorhang durch die Teilung auferlegt bekamen – Demütigung, Verachtung jeglichen Menschenrechtes, ein Mensch ohne Meinungsfreiheit zu sein, dort zu leben, wo man sich erlaubt, Menschen für harte Devisen zu verkaufen, was in meinen Augen ein moderner Sklavenhandel des 20. Jahrhunderts ist. Ich will versuchen zu ertragen, daß die große Lüge um mich ist, denn noch einmal Kerkermauern würden mein „ich“ vernichten. Es ist mein Preis, daß ich in meinem Heimatort leben möchte!*<sup>228</sup>

Zurückgekehrt in die Heimat, ist Hildegard Kruse nun dem Spinnennetz der Beobachtung ausgesetzt: *Über Frau Kruse ist nichts Nachteiliges bekannt, sie ist arbeitsam und sehr selbstbewußt. In Elbingerode ist sie wenig zu sehen und tritt nirgends in Erscheinung, gibt der IM „Procke“ am 27. April 1967 Windhagen zu Protokoll.*<sup>229</sup> Am 8. Juni 1967 legt die Kreisdienststelle Wernigerode des MfS eine Akte zu ihr, einer *Person mit feindlicher Grundeinstellung* an, und Unterleutnant Windhagen, der sie 1964 besuchsweise einreisen lassen wollte – wollte er sie abschöpfen, wollte er

227 Hildegard Kruse im Gespräch am 13. April 2002

228 Hildegard Kruse, Erinnerungen an der Haftzeit, S. 31

229 BStU, Ast. Magdeburg, MfS, ZMA, Nr. 6082, Bl. 18

sie umpolen als Agentin, wir wissen es nicht –, setzt nun den geheimen Informanten „Utta“ auf sie an.<sup>230</sup>

„Utta“ hat sich schnell eingeschlichen bei Frau Kruse. Sein erster Bericht datiert vom 29. April 1967. Er lässt bei ihr schneiden und horcht sie aus. *Aus diesem Kontakt ist dem GI aufgefallen, daß Frau K. z. Zt. eine undurchschaubare Haltung einnimmt. Seine Ausführungen belegte der GI damit, daß Frau Kruse sich gegenwärtig nicht darüber ausläßt, warum sie aus WD. – von ihrem Mann – in die DDR zurückgekehrt ist. Auf alle Fälle scheint es nicht aus Zuneigung zu unserem Staat gewesen zu sein, denn sie hat zu unseren Organen z. B. eine sehr negative Einstellung bei den bisherigen Gesprächen gezeigt. So sprach Frau K. über ihre Inhaftierung und schätzte in diesem Zusammenhang die Bewachungsmannschaft als Dumm ein. Dieses hätte Frau K. mehrfach erleben können, indem sie trotz erfolgter Kontrollen Informationen aus dem Gefängnis geschmuggelt hätte. Dabei hätte sie desweiteren gute Beziehungen aufnehmen können. Zu wem sie diese Beziehungen aufnahm und was sie mit wessen Hilfe durch welche Möglichkeiten aus dem Gefängnis wohin schmuggelte, daß wurde dem GI noch nicht bekannt. GI „Utta“ hat entsprechende Instruktionen zur Bearbeitung und Aufklärung der Frau F. von Unterzeichnetem erhalten.* Windhagen ist aufgestiegen, er unterzeichnet als Leutnant. Seine Schwächen hat er behalten. In einem früheren Bericht meinte er, sie sei 1955/56 geflohen, und jetzt nennt er sie im Schluss-Satz Frau F. Er spricht von sich selbst als dem „Unterzeichneten“.<sup>231</sup> Aber Windhagen weiß im Vorhinein, was von ihm verlangt wird. Am 30. Mai, abends um 19.00 Uhr, empfängt seine Dienststelle eine Funknachricht aus Berlin. Hildegard Kruse ist für die Hauptabteilung I/IX/6kk *erfasst für ihre dienst-einheit*.<sup>232</sup> Aufgabe der Hauptabteilung I ist die „Abwehrarbeit in NVA und Grenztruppen“. Ihr ist der Schutz der Grenztruppen und die Aufklärung ihrer Feinde übertragen. Die Überwachung der Mutter dreier Kinder und Großmutter zweier Enkelkinder, die unbewaffnet die Grenze von West nach Ost überwand und nach einjähriger Gefängnisstrafe in der DDR und der Abschiebung in den Westen auf ihren Wunsch nun in die DDR zurückkehrt, ist naheliegend. Ihre Rückkehr ist unerklärlich, ihre Haltung „undurchschaubar“, und sie handelt bestimmt nicht aus „Zuneigung zu unserem Staat“, wie Windhagens Informant konstatiert. „Utta“ ist fleißig. Schon eine Woche nach seinem ersten Treff mit Windhagen sitzt er wieder bei ihm und weiß nun einige Details aus Hildegard Kruses Haftzeit. Sie hat vor den Wachmannschaften ihre 50 Westmark lange versteckt halten können. Sie hat Kaffee vom Besucherraum auf die Station geschmuggelt,

230 ibd., Bl. 17

231 ibd., Bl. 19

232 ibd., Bl. 20

und sie hat in einer Zahnpastadose eine Information für jemand anderen herausgeschmuggelt. *Sie hat noch zu einer weiteren weiblichen Person – der Name ist mir im Moment entfallen – Verbindung. Beide genannten Personen haben die K. hier in Elbingerode 1966 schon besucht.* Er bekräftigt seine Eifrigkeit: *Ich werde in der Folgezeit weiter über die K., deren Einstellung und Verbindung berichten.*<sup>233</sup> Rasch findet sich ein dritter Informant. Vom IM „Ludwig Heinze“ erfährt Windhagen am 16. Mai 1967: *Auf welche Weise sie zur Zeit ihren Lebensunterhalt bestreitet, ist mir nicht bekannt.*<sup>234</sup>

Nun scheint das Interesse der Staatssicherheit an Frau Kruse zu erlahmen.<sup>235</sup> Fast anderthalb Jahre weiß die Akte nichts mehr über sie zu berichten; bis Frau Kruse selbst die MfS-Kreisdienststelle in Wernigerode aufsucht, denn sie wohnt seit ihrer Rückkehr mit ihren beiden Kindern bei ihren Eltern. Ihre ehemals eigene Wohnung auf ihrem Grundstück ist von anderen Mietern besetzt, für die sich kein Ersatzwohnraum findet. Der Rat der Stadt Ebingerode hat sie immer wieder getröstet, und nun wendet sie sich an die, von denen sie glaubt, dass sie in der DDR das Sagen hat, die Staatssicherheit. Unterleutnant Waldyra, der mit ihr in Vertretung spricht, der Genosse Windhagen als Leiter des MfS Wernigerode hatte mit ihr schon eine „Aussprache“, sagt ihr, *daß unser Organ nicht für die Beschaffung von Wohnraum zuständig ist.* Hildegard Kruse fährt starkes argumentatives Geschütz auf. Anderthalb Jahre fände sich kein Wohnraum für sie, darunter leide das Prestige der DDR. Wenn man ihr keinen Wohnraum geben kann, dann solle man ihr doch die Rückkehr nach Westdeutschland gestatten, und sie braucht unbedingt eine Wohnung mit Bad, denn sie arbeitet in der Rindviehzucht Hasselfelde und muss sich gründlich waschen können. Die Großeltern, so sehr sie sich über die Rückkehr der Tochter gefreut haben, die Belagerung der Wohnung durch Tochter und zwei Enkelkinder zerrt an ihren Nerven.<sup>236</sup>

Zum Schluss kommt Waldyra der rettende Einfall. Er fragt sie, ob sie bei ihrer Einweisung nach Elbingerode *einen Wohnungsanspruch geltend gemacht hat*.<sup>237</sup> Und fast man hört sein triumphierendes *Ja, dann tut es uns leid! Hätten Sie man ...* Aber Frau Kruse antwortet knochentrocken, sie habe nicht auf Wohnraum verzichtet. Irgendwo muss der Mensch ja schließlich wohnen. Waldyra glaubt den bürokratischen Kniff gefunden zu haben, ihr die Schuld zu schieben zu können: *Nach Meinung des Unter-*

233 ibd., Bl. 21

234 ibd., Bl. 22

235 ibd., Bl. 32

236 ibd., Bl. 28

237 ibd., Bl. 29

zeichneten müsste dieser Fakt unbedingt in der Rückkehrerakte überprüft werden. Und am Rande vermerkt er handschriftlich kleinklein: *ist aber kein Antrag!* Windhagen erklärt sich in krakeliger Schrift in einer Notiz unter dem Vermerk für nicht zuständig und verweist sie an den Rat der Stadt Elbingerode. Frau Kruse versuchte in den folgenden Jahren unauffällig zu leben. Am 19. Dezember 1968 teilt ihr der Generalstaatsanwalt der DDR mit, dass ihre Strafe aus dem Strafregister getilgt sei.<sup>238</sup>

## 8. Ein Blick zurück

Als Frau Kruse im Winter 1964 den Minengürtel überquerte, wurde sie bald darauf Opfer der Staatsmacht. Ihr unpolitischer Wunsch, mit der Familie und in der Heimat zu leben, war stärker als Schießbefehl und Stacheldraht. Sie zahlte einen hohen Preis für ihre Sehnsucht. Im Herbst 1989 brach der Panzer der Angst bei vielen. *Es waren Visionen, die konkret gemacht wurden. Visionen können Hoffnungen wecken und Lethargie nehmen, wobei man beachten muß, daß ein zuviel und zu lange verträsten auf eine Hoffnung ins Gegenteil umschlagen kann*, so hat ein Beteiligter diesen langen Gärungsprozess charakterisiert.<sup>239</sup>

Im Grenzgebiet wohnten Täter und Opfer vielleicht am dichtesten in der ganzen DDR beieinander. Angehörige wurden an der Grenze erschossen, und die Soldaten, die dies taten, waren, wenn auch selten, im eigenen Dorf zu sehen. Nirgendwo konnte die Propaganda der DDR, sie sei der bessere Staat auf deutschem Boden, absurder wirken, und nirgendwo zeigte die abendliche Flucht des Westfernsehens stärker eine unerreichbar nahe Welt. Nirgendwo sonst vielleicht in der DDR hat sich mit der Wende das Erlebnis des wieder gewonnenen Raumes stärker befreiend angefühlt.

Am vierten Oktober 1990 erstattet Werner Haberland aus Ilseburg, gerichtet an das Bezirksgericht Magdeburg, *im festen Vertrauen auf eine gerechte bürgerlich-demokratische Rechtsprechung* Strafanzeige gegen Unbekannt, stellvertretend für seine 1952 und 1961 zwangsausgesiedelten Ilseburger Mitbürger. Staatsanwalt Müssig antwortet am 22.10.1991 unter der Geschäfts-Nr. 110 Js 380009/91 abschließend: ... *Am 06. Juli 1990<sup>240</sup> wurden Sie auf Ihrer Arbeitsstelle von einem Mitarbeiter der Kriminalpolizei aufgesucht. Gegenstand des zwischen Ihnen und dem Kriminalbeamten geführten Gesprächs waren einige dieser Ihnen bekannt*

238 Der Brief des Generalstaatsanwaltes der Deutschen Demokratischen Republik ist an „Frau Heinrich Kruse“ gerichtet.

239 Ortwin Ringleb in dem genannten Brief

240 Gemeint ist 1991

gewordenen Fälle. Dabei konnten Sie jedoch keine konkreten Angaben zum Verbleib der Ihnen namentlich bekannten Personen machen. Auch inhaltlich liegen Ihnen nur vage Informationen vor, die – abgesehen von dem erheblichen Zeitablauf – eine Überprüfung in strafrechtlicher Hinsicht nicht möglich machen.

*Dieser Sachstand läßt nach kriminalistischer Erfahrung es als unmöglich erscheinen, daß eine verfolgbare Straftat vorliegt, zumal sich das Verfahren gegen „Unbekannt“ richtet. Ich hoffe deshalb auf Ihr Verständnis, daß ich das Ermittlungsverfahren gemäß § 170 Abs. 2 eingestellt habe.*

Im Januar 1992 greift der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren erneut auf. Dr. med. Uwe Nehler, Abgeordneter des Landtages Sachsen-Anhalt, hatte zwischenzeitlich seine Deportation aus Ilseburg brieflich dargelegt. Aber auch er kann, wie schon Herr Haberland, keinen der Täter konkret benennen. Nach der Zeugenvernehmung begründet der Staatsanwalt die erneute Einstellung des Verfahrens mit dem Befehlsnotstand der untergebenen Exekutivkräfte vor Ort.

Die „kleinen“ Täter, die das schmutzige Geschäft der Befehle des Innenministers Maron und des Ministers für Staatssicherheit, Mielke, ausführten, waren nicht wie die Deportierten Vertriebene. Sie waren gejagt von ihrer Schwäche; mancher mag im Nachhinein unter seiner Feigheit gelitten haben. Einige haben vielleicht auch eine Lust an der kleinen Macht verspürt. Erst im Herbst 1989 verloren Unterworfene und Befehlsempfänger gleichermaßen ihre Furcht. Der Aufstand vom 17. Juni war noch von den Panzern der Sowjets erstickt worden. Nun mussten die Quäler des Volkes erkennen, dass sie mit Gorbatschow in Moskau keine Rückendeckung mehr hatten für ihre Bosheiten, und sie gaben von einem Moment auf den anderen klein bei. Eine solche Konstellation war aber 1952 und 1961 bei den Zwangsaussiedlungen noch nicht gegeben. Wer sich den Befehlen widersetzt hätte, wäre 1952 vielleicht noch in stalinistische Säuberungsprozesse hinein geraten mit der Folge einer langjähriger Gefängnisstrafe. 1961 wäre vermutlich nur noch eine harte Degradierung die Konsequenz gewesen. Wer nicht zur Herrschaftsschicht gehörte, sei es durch glücklichen Zufall oder aufgrund moralischer Standfestigkeit, erwartete von dem neuen Staat eine Bestrafung der zur Befehlsausführung genötigten Täter. *Ich bin der Meinung, daß eine historische Bewertung der DDR gegenüber Straftätern juristische Konsequenzen haben muß. Andernfalls wiederholt sich die Geschichte*, antwortete Herr Haberland dem Staatsanwalt.<sup>241</sup> Der Untergang der DDR hat vielen Menschen Befreiung gebracht. Die Hoffnung aber auf eine nachträgliche Gerechtigkeit enttäuschte die Justiz möglicherweise nicht nur in diesem Fall.

241 Das Dokument wurde dem Autor von Herrn Haberland bereit gestellt.